

Adomeit, Hannes

**Research Report**

## Putin und die Raketenabwehr: Moskaus Haltung zu NMD im Kontext der russisch-amerikanischen Beziehungen

SWP-Studie, No. S 29/2001

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Adomeit, Hannes (2001) : Putin und die Raketenabwehr: Moskaus Haltung zu NMD im Kontext der russisch-amerikanischen Beziehungen, SWP-Studie, No. S 29/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252394>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Hannes Adomeit*

# **Putin und die Raketenabwehr**

Moskaus Haltung zu NMD im Kontext der  
russisch-amerikanischen Beziehungen

S 29  
September 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

## **Problemstellung und Schlußfolgerungen 5**

### **Einleitung 7**

#### **Die russische Haltung 10**

- »Bruch der strategischen Stabilität« 10
- »USA wollen politische Vorherrschaft« 12
- Anerkennung neuer Bedrohungen? 13
- Drohpotentiale der Außenseiter werden  
»übertrieben« 14
- Problemlösung durch Verbesserung nationaler und  
internationaler Kontrollregime 15
- Eine Raketenabwehr mit »Zielrichtung Rußland« 16
- Androhung von »Gegenmaßnahmen« 17
- Anpassung des ABM-Vertrags? 19

#### **Entscheidungsmöglichkeiten 23**

#### **Entscheidungsabhängigkeiten 25**

- Die russisch-amerikanischen Beziehungen 25
- Politische Dimensionen 25*
- Militärstrategische Dimensionen 27*
- NMD und Nato-Erweiterung 30*
- Die »europäische Karte« 32*
- Die russisch-chinesische  
»strategische Partnerschaft« 34
- Das Verhältnis Rußlands zu den  
»Schurkenstaaten« 36
- Rüstungstechnologie: Kooperation und Exporte 37
- Innenpolitische Zwänge und die Kosten von  
»Gegenmaßnahmen« 41
- Internationaler Terrorismus 44

#### **Fazit 46**

#### **Abkürzungen 48**



**Putin und die Raketenabwehr.  
Moskaus Haltung zu NMD im Kontext der russisch-amerikanischen Beziehungen**

Schon in der Jelzin-Ära haben zwei sicherheitspolitische Themen die Beziehungen Rußlands zum Westen überschattet: Erstens die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer nationalen Raketenabwehr (NMD) und zweitens die Nato-Erweiterung. Es seien diese beiden Probleme, die Rußland derzeit »beunruhigen«, sagte auch Präsident Putin Nato-Generalsekretär Robertson bei seinem Besuch in Moskau im Februar 2001.

Bei der Behandlung der beiden Problembereiche gibt es allerdings wesentliche Unterschiede: (1) Im Gegensatz zur Nato-Erweiterung spielt NMD in russisch-amerikanischen Gesprächen auf verschiedenen Ebenen, wie beispielsweise auf der Putin-Bush-Gipfelkonferenz in Ljubljana im Juni 2001, eine wichtige, wenn nicht zentrale Rolle. (2) Zum gesamten Komplex »strategischer« und »nicht-strategischer« Raketenabwehr (TMD) gibt es auch in Rußland eine breite Fachdiskussion. (3) Seit dem 20. Februar 2001 liegt ein »alternativer« russischer Vorschlag zum Aufbau einer »gesamteuropäischen« mobilen, multinational zusammengesetzten Eingreiftruppe zur Abwehr nichtstrategischer Raketen vor.

Das Hauptargument Moskaus in der Auseinandersetzung mit Washington läßt sich wie folgt zusammenfassen: Das amerikanische NMD-Projekt soll dazu dienen, sowohl die globale politische als auch die militärstrategische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zu erringen und zu sichern. Die Bedrohung, die von sogenannten »Schurken«- oder »Problem«-Staaten durch einen möglichen Angriff mit interkontinentalen ballistischen Raketen gegen die Vereinigten Staaten ausgeht, wird von Washington übertrieben, kann durch russisch-amerikanische Zusammenarbeit und internationale Kontrollregime politisch gebannt werden, rechtfertigt also nicht militärtechnologische Lösungen in Form eines finanziell aufwendigen strategischen Abwehrsystems. Im Grunde genommen richtet sich NMD auch nicht gegen vage künftige Bedrohungen seitens dritter und drittrangiger Staaten, sondern gegen Rußland. Zumindest würden der Aufbau eines derartigen Systems und die dafür notwendige Verletzung des ABM-Vertrags beziehungsweise dessen Aufkündigung seitens der Vereinigten Staaten (1) bedeutende strategische Interessen

Rußlands beeinträchtigen, (2) die Gefahren eines neuen Wettrüstens und einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel heraufbeschwören, die es ja gerade zu vermeiden gelte und (3) insgesamt die bestehende internationale strategische Stabilität unterhöheln.

Die Untersuchung führt zu folgenden Schlußfolgerungen: (1) Die den Vereinigten Staaten mit ihrem NMD-Projekt unterstellten Absichten entsprechen zwar zum Teil den Überzeugungen in Moskau, sie werden andererseits aber auch wegen beabsichtigter politischer Nutzeffekte übertrieben. (2) »Gegenmaßnahmen« wie beispielsweise eine Vermehrung der Offensivwaffen sind nicht oder nur zu Lasten anderer wichtiger Programme finanzierbar; sie würden die strategische Gleichung auch nicht wesentlich zugunsten Rußlands verändern. (3) Die meisten der von Washington gemachten Angebote werden in Moskau als nicht glaubwürdig angesehen, andere wiederum wären in den USA innenpolitisch nicht durchsetzbar. (4) Trotzdem würde eine wohlverstandene Kosten/Nutzen-Rechnung zugunsten einer Modifikation des ABM-Vertrags ausfallen; tatsächlich geht die Tendenz im Kreml in Richtung auf eine Vertragsanpassung. (5) Die Terroranschläge vom 11. September auf das World Trade Center und das Pentagon könnten diese Tendenz weiter stärken und dazu führen, daß das russische außen- und sicherheitspolitische Establishment seine Ansicht revidiert, NMD sei primär gegen Rußland und China gerichtet; künftige Bedrohungen durch »Schurkenstaaten« seien nur ein Vorwand für das amerikanische Raketenabwehrprogramm. (6) Putin hat sich allerdings vermutlich noch nicht hinsichtlich der Einzelheiten einer ABM-Vertragsanpassung und der vertraglich zu vereinbarenden Begrenzungen einer NMD-Stationierung festgelegt.

Es dürfte im Interesse der Bundesregierung liegen, sich bei der NMD/ABM-Frage zurückzuhalten. Vorteilhaft könnte es allerdings sein, sich in Moskau für eine einvernehmliche Lösung mit Washington einzusetzen. Öffentlich eine kritische Haltung zu den amerikanischen Plänen einzunehmen wäre hingegen nicht empfehlenswert, weil dies sich negativ auf die russische Konzessionsbereitschaft auswirken könnte.

# Einleitung

Am 14. Juli wurde ein vierter, nach zuletzt zwei gescheiterten Versuchen als erfolgreich bezeichneter Test für die von den USA geplante Raketenabwehr vom kalifornischen Militärstützpunkt Vandenberg aus durchgeführt.<sup>1</sup> Am 17. Juli berief sich der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in einem Hearing vor dem Verteidigungsausschuß des Senats auf diesen Test und kündigte an, man wolle beginnen, auch »die vielen vielversprechenden Technologien zu testen, die in der Vergangenheit noch nicht verfolgt worden sind, welche aber ein enormes Potential haben, unsere Sicherheit zu verbessern«.<sup>2</sup>

Gleichzeitig haben sich die Anzeichen verdichtet, daß Präsident Bush die Erprobung verschiedener Technologien für eine »vielfach geschichtete Raketenabwehr« (multilayered missile defense) beschleunigen will. Getestet werden sollen landgestützte Abfangraketen sowie luft- und seegestützte Radaranlagen und Laserwaffen. Für diesen Zweck, so erklärten Sprecher der Administration, solle mit dem Bau eines umfangreichen Testgeländes in Alaska mit fünf Silos für Abfangraketen, Radaranlagen und einem Kontrollzentrum bereits im August 2001 begonnen werden.<sup>3</sup>

Unter anderem für das zu beschleunigende Forschungs- und Entwicklungsprogramm hat die Bush-Administration für das Finanzjahr 2002 eine

Erhöhung der bisherigen Ausgaben für die Raketenabwehr um 57 Prozent auf 8,3 Mrd. Dollar beantragt. Darüber hat sie im Entwurf des Verteidigungsbudgets 110 Mio. Dollar für die Erforschung von weltraumgestützten Laserwaffen angesetzt. Diese Waffen sollen es ermöglichen, Raketen bereits in der Startphase (boost phase) zu zerstören.<sup>4</sup>

Insgesamt scheinen die verstärkten Bemühungen der Bush-Administration bei NMD darauf abzielen, ein Abwehrsystem so schnell wie möglich und unabhängig von seiner Wirksamkeit aufzustellen – spätestens aber bis zum Jahre 2004, vielleicht auch schon früher, falls eine Stationierung im »Notfall« erforderlich werden sollte.<sup>5</sup>

In welcher Beziehung stehen derartige Absichten zum ABM-Vertrag? In einem Hintergrundpapier der Regierung vom Juli 2001 hieß es dazu: »Wir haben unsere Verbündeten und Rußland informiert, daß wir erwarten, daß unsere Anstrengungen *innen Monaten*, nicht Jahren in Konflikt mit den Beschränkungen des ABM-Vertrags geraten werden.«<sup>6</sup> Verteidigungsminister Rumsfeld bestritt diese Darstellung: »Ich kann Ihnen versichern«, sagte er vor Journalisten, »daß ich davon wüßte, wenn die Vereinigten Staaten etwas vorhätten, das im Juli, August oder September den Vertrag verletzen würde.«<sup>7</sup> Während der vermutliche Zeitpunkt einer Vertragsverletzung in der Administration umstritten ist, steht aber grundsätzlich für sie fest: »Es ist unumgänglich, daß unser Test- und Entwicklungsprogramm letztlich an die Beschränkungen stoßen wird, die durch den ABM-Vertrag auferlegt werden. Wir wollen eine Abwehr bauen, um das amerikanische Volk zu schützen. Sinn und Zweck des ABM-Vertrags ist jedoch, uns die Entwicklung einer derartigen Abwehr zu verbieten.«<sup>8</sup>

1 Jeanne Rubner, Zweifel an einem zweifelhaften Konzept: Der erfolgreiche Raketenabwehrtest war zu einfach gestaltet, als daß er wirklich aussagekräftig wäre, in: Süddeutsche Zeitung, 16.7.2001, S. 2.

2 Wolfowitz Urges Support of Congress for Missile Defense, in: Washington File, U.S. Department of State, International Information Programs, 17.7.2001, <http://usinfo.state.gov/cgi-bin/w.../products/washfile/newsitem.shtml>. Der Hinweis auf »even more operationally realistic tests« war vermutlich dazu gedacht, gegenüber den Erfolgsmeldungen skeptischen Senatoren und unabhängigen amerikanischen Wissenschaftlern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bei dem Täuschkörper handelte es sich um einen einzigen Plastik-Ballon, der relativ leicht vom Attrappen-Gefechtskopf zu unterscheiden war. Realistischere Testbedingungen lägen beispielsweise vor, wenn mehrere Täuschkörper verwandt oder einfache Metallstreifen hinter der Flugbahn der Rakete im Weltraum verstreut würden, um die Radarsensoren zu verwirren.

3 Bush will Projekt der Raketenabwehr beschleunigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.7.2001, S. 1, 2.

4 Laut Robert Snyder, Executive Director der Ballistic Missile Defense Organization (BMDO); Vernon Loeb, U.S. Plans to Test Space-Based Laser to Intercept Missiles, in: Washington Post, 18.7.2001, S. A3.

5 Loeb, U.S. Plans to Test Space-Based Laser [Anm. 4].

6 Bush will Projekt beschleunigen [Anm. 3] (Hervorhebung nicht im Original).

7 Bush will Projekt beschleunigen [Anm. 3].

8 Wolfowitz, Senate Hearing [Anm. 2].



Wie soll in Anbetracht dieser Tatsache mit ABM-Vertragspartner *Rußland* umgegangen werden? Präsident Bush, so versicherte Wolfowitz den Senatoren, unternahme »Anstrengungen, eine Übereinkunft mit Rußland über ballistische Raketenabwehr zu erzielen. Der Präsident arbeitet daran, ein neues Sicherheitsverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland herzustellen, dessen Basis nicht auf der Aussicht gegenseitiger Vernichtung unserer jeweiligen Bevölkerung beruht.«<sup>9</sup>

Bush selbst hatte vorher mit Blick auf Rußland gesagt, es sei an der Zeit, »die Zwänge eines ABM-Vertrags, der ein Verhältnis auf der Grundlage von Mißtrauen und gegenseitiger Verwundbarkeit fortschreibt, hinter uns zu lassen« und eine »neue Grundlage für Weltfrieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert« und ein »neues kooperatives Verhältnis« mit Rußland zu entwickeln, das sich auf »gemeinsame Verantwortlichkeiten und gemeinsame Interessen« gründet.<sup>10</sup>

Das Konsultations- und Kooperationsangebot an Rußland ist allerdings nicht bedingungs- oder richtungslos. Erklärtes Ziel der Bush-Administration ist es, Putin zu einer Modifikation oder Neufassung des ABM-Vertrags zu bewegen. Ihr eigentliches Ziel könnte es allerdings sein, die Bindewirkung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen einschließlich des ABM-Vertrags aufzuweichen und rechtlich verbindliche Abkommen zu einem bloßen Prinzipienkatalog herabzustufen.

Wie immer auch die Zielsetzungen der amerikanischen Regierung Bushs aussehen mögen, sie drängt Rußland nahezu ultimativ, sich schnell zu einer Lösung bereit zu finden. Dabei sollte der Kongreß, wie Wolfowitz warnte, »Rußland nicht den falschen Eindruck vermitteln, es könne irgendwie ein Veto über unsere Entwicklung von Raketenabwehr ausüben. Die unbeabsichtigte Folge einer derartigen Handlung wäre, eine kooperative Lösung auszuschließen und dem Präsidenten keine andere Wahl zu lassen, als den Vertrag unilateral zu verlassen.«<sup>11</sup> Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice wurde mit einer noch deutlicheren Aussage zitiert: Eine Raketenabwehr werde aufgestellt, sei es nun mit oder ohne Rußland.<sup>12</sup> Und Bush selbst meinte, die USA

würden den ABM-Vertrag »zu einem Zeitpunkt [kündigen], der für Amerika gut ist«.<sup>13</sup>

Putin steht infolgedessen unter Entscheidungszwang. Für ihn stellt sich die Frage: Soll Rußland (1) auf das amerikanische Drängen *eingehen* und einer vertraglichen Modifizierung des ABM-Vertrags und/oder einem neuen Rüstungskontroll- und internationalen Sicherheitsregime (möglicherweise auch unter Beteiligung anderer Mächte) mit den Vereinigten Staaten zustimmen und dafür Gegenleistungen verlangen, (2) eine Modifikation *ablehnen* und mit den angedrohten Gegenmaßnahmen Ernst machen oder (3) *abwarten* und darauf bauen, daß das NMD-Projekt aufgrund von Skepsis und Ablehnung in anderen Ländern (China und Europa) und im amerikanischen Kongreß sowie einer sich abzeichnenden Konjunkturschwäche in den Vereinigten Staaten das Schicksal von Reagans »Star Wars« erleidet und versandet?

Nachfolgend wird diesen zentralen Fragen nachgegangen.<sup>14</sup> Im ersten Kapitel wird die bisherige russische Position zum Problem der Raketenabwehr und zu den von Washington diagnostizierten neuen Bedrohungen dargestellt. Im zweiten Kapitel werden Putins Entscheidungsmöglichkeiten ausgebreitet. Das dritte Kapitel steht unter der Fragestellung, wovon eine Entscheidung Putins beim NMD-/ABM- und TMD-Komplex abhängt. Als Entscheidungsfaktoren werden dabei unter anderem die Entwicklung der russisch-amerikanischen politischen und militärstrategischen Beziehungen, die Angebote Washingtons zu Rü-

angeblich am 17.6. eingenommen hatte, wurde Putin am 18.6.2001 vom Chef des NBC-Büros in Moskau, D. Lewis, auf seinem (Putins) Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau kurz nach seinen Gesprächen mit Bush in Ljubljana konfrontiert; siehe Polnyj tekst besedy Prezidenta Rossijskoj Federacii V. V. Putina s rukovoditeljami predstavitel'stv veduščich amerikanskich SMI (Volltext des Gesprächs des Präsidenten der Russischen Föderation, W. W. Putin, mit den Leitern der Vertretern der führenden amerikanischen Informationsmedien), in: strana.ru, 19.6.2001.

<sup>13</sup> Gespräche über ABM-Vertrag erfolglos. Bush droht mit Kündigung, in: FAZ, 25.8.2001, S. 1, 2. Allerdings milderte Bush seine Ankündigung mit dem Hinweis ab, die Kündigung des Vertrags werde »in enger Abstimmung« mit den Verbündeten in Europa und dem russischen Präsidenten Putin geschehen.

<sup>14</sup> Dabei wird die Darstellung der russischen Haltung bei Klaus *Arnhold*, Raketen und Raketenabwehr: Die US-Raketenabwehr – Teil der neuen Weltordnung?, unveröffentl. Arbeitspapier, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2000 (SWP-AP 3147), weitergeführt.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Rede Präsident Bushs am 1.5.2001 vor der National Defense University; Text im Internet, <http://usinfo.state.gov/cgi-bin/products/washfile/newsitem.shtml>.

<sup>11</sup> *Wolfowitz*, Senate Hearing [Anm. 2].

<sup>12</sup> Mit dieser Charakterisierung der Position Rices, die sie

stungskooperation und finanzieller Kompensation, die Auswirkungen einer Einigung auf Rußlands Verhältnis zu Europa, China und den »Problemstaaten«, die Kosten eventueller »Gegenmaßnahmen« und die innenpolitische Durchsetzbarkeit und Akzeptanz der verschiedenen Handlungsoptionen untersucht.

## Die russische Haltung

### »Bruch der strategischen Stabilität«

Das Hauptargument, das vom außen- und sicherheitspolitischen Establishment Rußlands gegen NMD ins Feld geführt wird, ist wie folgt: »Der Schlüsselfaktor, welcher die internationale Sicherheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestimmt, ist die Aufrechterhaltung der *strategischen Stabilität*. Dafür bildet der ABM-Vertrag des Jahres 1972 die zementierende Basis ... Die Logik des Vertrags bestand all diese Jahre in der Widerspiegelung einer objektiven Wechselbeziehung zwischen strategischen Offensiv- und Defensivwaffen. Er erlaubte es nicht nur der UdSSR und den USA, sondern auch der ganzen Welt, Nuklearfragen berechenbarer und Fortschritte auf dem Weg der nuklearen Abrüstung zu machen.«<sup>15</sup>

Diese Sicht begründet auch die russische Ablehnung: »Wir sind nicht nur aufgrund von nationalen Überlegungen gegen die Pläne der USA, ein Raketenabwehrsystem auf dem nationalen Territorium (NMD) zu schaffen (unsere eigene, russische Antwort werden wir finden). Wir sind dagegen, weil sie das Fundament der globalen strategischen Stabilität unterhöhlen. Die Stationierung von NMD würde den ABM-Vertrag seines Wesens berauben. Sein Bruch würde unserer Überzeugung nach zum Zusammenbruch der gesamten Struktur der strategischen Stabilität führen und die Voraussetzungen für ein neues Wettrüsten, darunter auch im Weltraum schaffen.«<sup>16</sup>

Verhilft man der traditionellen »kremlinologischen« Kunst zur Geltung, zwischen den Zeilen offizieller und halboffizieller Erklärungen zu lesen, ist offensichtlich, was hier gemeint ist: Der ABM-Vertrag kodifizierte die strategische Ebenbürtigkeit der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten. Der Aufbau einer strategischen

Raketenabwehr der USA, ohne daß Rußland nachziehen könnte, würde zu einem militärischen Übergewicht der Vereinigten Staaten führen und den auf militärischer Parität beruhenden politischen Sonderstatus des Landes gegenüber den USA untergraben. Insofern ist Rußlands Ablehnung von NMD ähnlich am Status quo orientiert wie seine Haltung gegenüber dem in der UN-Charta festgelegten internationalen System: Rußland wendet sich gegen jegliche Tendenz, seine mit dem Veto-Recht als ständiges Mitglied im Sicherheitsrats verbundene Sonderrolle in der internationalen Politik – »die besondere Verantwortlichkeit Rußlands für die Aufrechterhaltung der Sicherheit sowohl auf globaler, als auch auf regionaler Ebene«, wie es in Moskau heißt – einzuschränken.<sup>17</sup>

Die russische Argumentation ist allerdings nicht frei von Widersprüchen, beziehungsweise sie wäre nur glaubwürdig, wenn als Bezugspunkte (1) nicht ein begrenztes, sondern ein *umfassendes*, (2) nicht ein durch verhältnismäßig einfache Maßnahmen leicht zu täuschendes, sondern ein *wirksam diskriminierendes* und (3) infolgedessen nicht ein technisch unausgereiftes, sondern ein *funktionsfähiges* NMD-System und schließlich (4) ein Angreifer angenommen werden, der nur eine *geringe Anzahl* von Raketen und Gefechtsköpfen besitzt und wegen dieser quantitativen Beschränkung die Verteidigung nicht überwinden kann.

Den Vereinigten Staaten wird offensichtlich unterstellt, daß sie letzten Endes ein umfassendes System aufstellen wollen. Zweifel werden aber in Moskau regelmäßig an der technischen Machbarkeit von NMD geäußert (Putin: »Es ist dasselbe, als würde eine Kugel eine andere Kugel treffen [wollen]. Ist dies heute möglich oder nicht? Unsere Experten sagen, daß dies heute nicht möglich ist. Praktische Tests zeigen ... : Es ist unmöglich.«<sup>18</sup> Auch wenn realistisch gestaltete Tests erfolgreich sein sollten, wären die Konsequenzen doch, so müßte man folgern, für Rußland unerheblich. Denn Putin fragt selbst: »Was, wenn es sich nicht nur um eine einzige Kugel handelt? Was, wenn es

<sup>15</sup> Sergej Iwanow in seiner Funktion als Sekretär des Sicherheitsrats auf der 37. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 4.2.2001; Vystuplenie Sekretarja Soveta Bezopasnosti Rossijskoj Federacii S. B. Ivanova na 37-j konferencii po problemam meždunarodnoj bezopasnosti (Rede des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrats der Russischen Föderation, S. B. Iwanow, auf der 37. Konferenz für Sicherheitsfragen), unveröffentl. Manuskript.

<sup>16</sup> Sergej Iwanow auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 4.2.2001 [Anm. 15].

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

davon 10, 20 oder 1000 gibt? Oder 2000 oder 3000 bis 5000? Das ist das Potential russischer und amerikanischer Nuklearwaffen.«<sup>19</sup>

Demgegenüber hat ein amerikanischer Experte für Sicherheitsfragen folgende Rechnung aufgestellt: NMD könnte der »Strohalm« sein, der dem lahmen Kamel der russischen »deterrence posture« das Rückgrat bricht. Unter gewissen Bedingungen, schreibt er, könnte ein amerikanischer Überraschungsschlag alle bis auf einige Dutzend russischer Gefechtsköpfe zerstören. Die verbleibenden noch einsatzfähigen Waffen könnten aus einem nuklearstrategischen U-Boot (Delta-III-Klasse mit 48 Gefechtsköpfen oder Delta-IV-Klasse mit 64 GK) und einem Regiment landgestützter, mobiler SS-25 (insgesamt 9 GK) bestehen. Zum Zeitpunkt einer bereits existierenden amerikanischen Raketenabwehr (2010–2015) könnte das russische Potential unter 500 Gefechtsköpfe sinken, was den durch eine »begrenzte« Raketenabwehr gewährleisteten Schutz noch wirksamer machen würde. Das sei russischer Ansicht nach nicht akzeptabel. Schließlich sehe die strategische Planung der USA vor, daß nach einem gegnerischen Erstschlag 2000 Gefechtsköpfe für den Vergeltungsschlag zur Verfügung stehen müßten.<sup>20</sup>

In gewisser Hinsicht scheint General Wladimir Jakowlew, Oberbefehlshaber der russischen Raketen-truppen (RWSN), dem amerikanischen Sicherheitsfachmann recht zu geben. »Die Stationierung von Abfangraketen in Alaska würde den Schutz von 70 Prozent des Territoriums der USA gewährleisten«, meint er. »Und die Einrichtung von 5–6 derartigen [Abwehr]-Bezirken [wie in Alaska] würde das zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten bestehende nukleare Gleichgewicht völlig zerstören: Je nach der Konfiguration der amerikanischen NMD würde das Verhältnis [bei den nuklearstrategischen Fähigkeiten von 1:1] auf 10:1 oder sogar 15:1 [zugunsten der USA] fallen.«<sup>21</sup>

Der Chef der Raketen-truppen setzt aber für seine Analyse einen fundamental anderen Bezugspunkt mit

entsprechend grundlegend anderen Auswirkungen auf russische Abschreckungserfordernisse als der amerikanische Fachmann und das Pentagon. Seiner Ansicht nach reichen nämlich »150–200 Gefechtsköpfe völlig aus, um die Existenz eines beliebigen Staates faktisch zu beenden«, und es wäre »kein Problem« mit 100–200 nuklearen Gefechtsköpfen auch ein umfassendes Raketenabwehrsystem zu überwinden.

Gemeint ist wohl, daß auch ein dichtes amerikanisches Raketenabwehrsystem »kein Problem für Rußland« wäre. Ganz so deutlich will Jakowlew das aber nicht sagen. Es bleibt Lew Semejko, einem unabhängigen russischen Militärexperten überlassen, konkrete Bezüge zu russischen Fähigkeiten und START-Obergrenzen herzustellen. Geht man von der Anzahl der Gefechtsköpfe aus, die bei START II vereinbart und für START III ins Auge gefaßt sind (3500 bzw. 1500–2000), und wendet man auf sie die bei einem umfassenderen NMD-System existierenden strategischen Ungleichgewichte (10:1 oder sogar 15:1) an, dann, so rechnet er vor, könnten bei START II immerhin 250–350 russische Gefechtsköpfe und bei START III noch 150–250 Gefechtsköpfe die Vereinigten Staaten treffen – also eine ausreichende Anzahl, um Jakowlews Bedingungen für gesicherte Abschreckung und unannehmbaren Schaden erfüllen zu können.<sup>22</sup>

Für Semejko wäre infolgedessen eine Zustimmung Moskaus zur Modernisierung des ABM-Vertrags »vorteilhaft« – nicht zuletzt deshalb, weil diese »den Weg für eine Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit mit den USA eröffnen würde«.

Derartige Überlegungen verlieren sich allerdings leicht im Dickicht der offiziellen russischen Anti-NMD Kampagne; sie passen schlecht in die propagandistische Landschaft. Denn bliebe auch bei einer geschlossenen und wirksamen Raketenabwehr die gegenseitige Abschreckungsfähigkeit gesichert, worin bestünde dann der »Bruch der strategischen Stabilität«?

Solche Ansätze widersprechen keineswegs der von Putin im April 2000 in Kraft gesetzten Militärdoktrin. Dort ist davon die Rede, Rußland »müsse unter gegenwärtigen Bedingungen über ein nukleares Potential verfügen, das in der Lage ist, gesichert jedwedem Aggressor unter jedwedem Bedingungen unannehmbaren Schaden zuzufügen«.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Voennaja doktrina Rossijskoj Federacii (Militärdoktrin der Russischen Föderation), in: Nezavisimaja gazeta, 22.4.2000, S. 5. Anmerkungen: (1) Genau übersetzt müßte es »beabsichtigter« (zadannyj) Schaden heißen; da auch im russischen Verständnis von Abschreckung der beabsichtigte Schaden für

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Bruce Blair, The Russian Nuclear Arsenal: Broke and Broken, in: Center for Defense Information, 23.3.2001, <http://www.cdi.org/hotspots/issuebrief/ch6/index.html>.

<sup>21</sup> Zit bei Lev Semejko, Rossii vygodno skazat' »da«. Soglasie Moskvj na modernizaciju Dogovora po PRO otkroet put' dlja ulučenija voennogo sotrudničestva s SŠA (Für Rußland wäre es vorteilhaft, »ja« zu sagen: Die Zustimmung Moskaus würde den Weg für eine Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit mit den USA eröffnen), in: Nezavisimoe voennoe obozrenie (NVO; Internet-Ausgabe), 24.3.2000.

Sie entsprechen auch dem in der Zeit des Neuen Denkens unter Gorbatschow entwickelten Gedanken der »vernünftigen Hinlänglichkeit«, wenn auch ohne das verstärkende Adjektiv. So setzt sich Putin –zusammen mit dem französischen Präsidenten Chirac – dafür ein, die heute bestehenden »Mechanismen eines komplexen Equilibriums« nicht durch ein »System geringerer Verbindlichkeit zu ersetzen, das den Weg zur ... Multipolarität [verbauen] ... und zu neuer Rivalität führen könnte«. Bei der Festlegung der Bedingungen für strategische Stabilität behielte »die auf dem Prinzip der Hinlänglichkeit basierende nukleare Abschreckung ihre volle Geltung«.<sup>24</sup>

Auf der offiziellen, eher propagandistischen Ebene werden den Vereinigten Staaten mit ihrem NMD-Projekt immer noch, wenn auch im Zuge der Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen unter Putin und Bush (s.u.) in abnehmendem Maße, neben dem Bemühen, militärstrategische Dominanz zu sichern oder herzustellen, auch politische Motive unterstellt.

#### »USA wollen politische Vorherrschaft«

Wie unter anderem in den von Putin seit seinem Amtsantritt unterzeichneten Grundsatzdokumenten zur Sicherheitspolitik deutlich wird, gibt es allerdings zur geforderten Multipolarität eben doch eine Alternative, nämlich die »Unipolarität« – eine »Struktur der internationalen Beziehungen, die auf der Dominanz der entwickelten westlichen Länder unter Führung der USA in der internationalen Gemeinschaft gründet« und die auf »einseitige, vor allem militärisch-gewaltsame Lösungen der Schlüsselfragen der internationalen Politik unter Umgehung

den Gegner »unannehmbar« (nepriemlemyj) sein muß, ist hier gleich letzterer Begriff verwandt worden. (2) Allerdings fehlt in der Endfassung der folgende noch im ersten Entwurf enthaltene Auftakt zu dieser Aussage: »Rußland strebt bei der Entwicklung seiner nuklearstrategischen Kräfte nicht nach Parität.«

**24** Sovmestnoe zajavlenie Prezidenta Rossijskoj Federacii i Prezidenta Francuzkoj Respubliki po strategičeskim voprosam (Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation und des Präsidenten der Französischen Republik über strategische Fragen), in: Informationsbulletin des russischen Außenministeriums (Internet: www.mid.ru), 4.7.2001.

grundlegender Normen des internationalen Rechts abstellt«.<sup>25</sup>

Der ehemalige Verteidigungsminister Marschall Sergejew hat dieses Streben mit dem NMD-Programm verbunden und den angeblich bestehenden Zusammenhang auf eine einfache Formel gebracht: »Der einzige Grund, warum die Vereinigten Staaten NMD aufstellen wollen, ist unserer Meinung nach ihre Absicht, eine globale strategische Vorherrschaft zu erreichen.«<sup>26</sup>

Auch andere Repräsentanten des außen- und sicherheitspolitischen Establishments meinen, bei den Plänen für den Aufbau einer Raketenabwehr gehe es weniger um den militärischen Schutz der USA, sondern um Amerikas politische Rolle in der Welt. »Bei NMD geht es um die weltweite amerikanische strategische Hegemonie«, schreibt beispielsweise Aleksej Puschkow, ein Mitglied des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik (SWOP). »Auch wenn ich unrecht hätte, so jedenfalls wird dies überall auf der Welt gesehen, und Wahrnehmungen sind wichtiger als die Wirklichkeit.«<sup>27</sup>

Selbstverständlich wird auch in Moskau das Ende des Kalten Kriegs, die Beendigung der ideologischen und militärischen Konfrontation zweier gegensätzlicher Weltsysteme und auch der militärstrategischen Bipolarität festgestellt. »An ihre Stelle tritt die neue Architektur einer multipolaren Weltordnung.« Diese wird teils als bereits existierend, teils als wünschbare, künftige Entwicklungsrichtung dargestellt, »zu der es keine Alternative gibt«.<sup>28</sup>

Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob in Moskau trotzdem nicht gesehen wird, daß sich die internationalen politischen und militärstrategischen Verhältnisse in den letzten drei Jahrzehnten seit Abschluß

**25** Konceptija nacional'noj bezopasnosti Rossijskoj Federacii (Konzept der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation), in: NVO (Internet-Ausgabe), [http://nvo.ng.ru/concepts/2000-01-14/6\\_concept.html](http://nvo.ng.ru/concepts/2000-01-14/6_concept.html). Zu Übereinstimmungen und Unterschieden zwischen dieser und anderen sicherheitsrelevanten Dokumenten der Ära Putin siehe Hannes Adomeit, Putins Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unveröffentl. Studie, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2000 (SWP-S 434).

**26** Äußerungen Marschall Sergejews, zit. bei: Alexander Golts, Russia's Proposals Outdo even NMD's Fantasies, in: The Russia Journal (Internet-Ausgabe), 3.3.2001.

**27** Scott Petersen, Moscow's Offense against US Missile Defense, in: Christian Science Monitor (Internet-Ausgabe), 14.3.2001.

**28** Sergej Iwanow auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 4.2.2001 [Anm. 15].

des ABM-Vertrags grundlegend gewandelt haben? Wie bewertet Putin die von den NMD-Befürwortern in den USA eingenommene Ausgangsposition, die – wie er selbst nach seinen Gesprächen mit Bush in Ljubljana einräumte – darin besteht, daß »wir über die Bedrohungen nachdenken müssen, denen wir gegenüberstehen und welche in Zukunft im Bereich der Raketentechnologie entstehen könnten«?<sup>29</sup>

## Anerkennung neuer Bedrohungen?

Putin meint, es gebe darüber unterschiedliche Auffassungen in Rußland. »Ich aber teile die [amerikanische] Ansicht ... : Wir müssen darüber nachdenken, wie die Waffenentwicklung ... in den nächsten 10, 15 oder 20 Jahren ... in einem besonders gefährlichem Bereich verläuft: dem der Raketen.« Dabei sei zu berücksichtigen, daß die eigentliche Bedrohung nicht von den Raketen selbst ausginge, sondern von der Verbindung von Trägersystemen mit Massenvernichtungswaffen, insbesondere Nuklearwaffen.

Das russische Zugeständnis, sich neuen Bedrohungen stellen zu wollen, ist einerseits nicht neu, andererseits ist es mit Vorbehalten verbunden; entsprechenden Vorschlägen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, fehlt jegliche Dringlichkeit. Initiativen dieser Art verlaufen denn auch meist im Sande.

Im Juni 1992 beispielsweise vereinbarten die Präsidenten Jelzin und Bush Senior auf der Gipfelkonferenz in Washington, »mit den Verbündeten und anderen interessierten Staaten ein Konzept für ein globales Schutzsystem gegen begrenzte ballistische Raketenangriffe (Global Protection System – GPS) auszuarbeiten«.<sup>30</sup> Diese Übereinkunft stand noch ganz im Zeichen einer anscheinend ernsthaft von Rußland angestrebten »strategischen Partnerschaft« mit den Vereinigten Staaten. Nicht zuletzt wegen der Abkehr Moskaus von einer eindeutig proatlantischen Orientierung wurde diese Übereinkunft nicht verwirklicht.

In einer nächsten Phase, die bis heute andauert, wurde der Schwerpunkt bei der Abwendung möglicher neuer Gefahren auf die regionale, russischen Begriffen zufolge »nichtstrategische« Raketenabwehr gelegt. Auf russischen Wunsch wurde dieses Thema im

Januar 1997 zwischen der Nato und Rußland erörtert und in die Nato-Rußland-Grundakte vom Mai 1997 aufgenommen. Regionale Raketenabwehr (»cooperation in theater missile defense«) wurde als eines der möglichen Konsultations- und Kooperationsthemen zwischen Rußland und der NATO vereinbart. Eine Ausfüllung dieses Kooperationsfeldes erfolgte allerdings ebenfalls nicht. Die vertragliche Grundlage dafür wurde noch einmal in einem im September 1997 zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten vereinbarten Zusatzprotokoll zum ABM-Vertrag bestätigt, in dem Tests und der Aufbau einer regionalen Raketenabwehr als vertragskonform bezeichnet wurden.<sup>31</sup>

In einer Gemeinsamen Erklärung nach Abschluß der Gipfelkonferenz in Moskau Anfang Juni 2000 stimmten Clinton und Putin überein, daß »die internationale Gemeinschaft einer gefährlichen und wachsenden Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel, einschließlich der Raketen und Raketentechnologie, gegenübersteht«.<sup>32</sup> Gewissermaßen dieser Erkenntnis entsprechend wurde ein Abkommen geschlossen, das vorsieht, in Moskau ein gemeinsames Zentrum für den Austausch von Daten nationaler – amerikanischer und russischer – Frühwarnsysteme zur weltweiten Erfassung von Raketenstarts zu errichten. Putins Unterschrift unter diese Dokumente bedeutete allerdings offensichtlich keine Billigung der NMD-Pläne Washingtons. So ist in der Gemeinsamen Erklärung lediglich von dem gemeinsamen »Wunsch« die Rede, den Prozeß der Weiterverbreitung unter anderem durch »bestehende und mögliche neue internationale rechtliche Mechanismen umzukehren«.

Erste Vorstellungen zu einem Raketenabwehrsystem in Europa entwickelten Außenminister Iwanow im Mai 2000 in Washington, Präsident Putin im Juni auf dem russisch-amerikanischen Gipfel in Moskau und bei sich daran anschließenden Besuchen in Rom und Berlin sowie General Iwaschow in einer Presseerklärung in Moskau. Eine Konkretisierung dieser Vorstellungen erfolgte am 20. Februar 2001: Der damalige russische Verteidigungsminister Marschall Sergejew übergab Nato-Generalsekretär Robertson bei seinem Besuch in Moskau einen Vorschlag für den Aufbau eines »gesamteuropäischen« Systems zur Abwehr

<sup>29</sup> Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

<sup>30</sup> Bush-Yeltsin Summit Conference, in: New York Times, 17.6.1992, S. 5.

<sup>31</sup> Zu Einzelheiten des Zusatzprotokolls und der Abgrenzungsvereinbarungen siehe S. 20, 28, 30.

<sup>32</sup> David Hoffmann, Clinton and Putin Spar on ABM Plan, in: International Herald Tribune (IHT), 5.6.2001, S. 1, 4.

nichtstrategischer Raketen.<sup>33</sup> Ziel des Vorschlags ist es, eine internationale Raketenabwehr-Eingreiftruppe für Europa zu schaffen, die bei Bedarf schnell innerhalb der Region verlegt und eingesetzt werden kann.<sup>34</sup>

Der Vorschlag füllt zwar Überlegungen aus, die von Putin im Juni 2000 ins Spiel gebracht worden sind, wirft aber ebenso viele Fragen auf, wie er beantwortet; letztlich ist er breit gefaßt, geht aber nicht in die Tiefe.<sup>35</sup> Ein Sprecher des russischen Außenministeriums hat den Grund für diese Mängel wie folgt angedeutet: »Der Gedanke der russischen Vorschläge besteht darin, einen Dialog von Experten mit dem Ziel zu beginnen, eine gemeinsame Auffassung darüber zu entwickeln, ob es Raketen Gefahren für Europa gibt. Und falls es diese gibt, dann die Frage zu beantworten, wie man auf sie angemessen reagieren kann, ohne die strategische Stabilität und das ganze System internationaler Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsabkommen zu zerbrechen. Infolgedessen sind unsere Initiativen kein Aufruf, »schon morgen« ein Raketenabwehrsystem in Europa zu entwickeln und zu stationieren, sondern eine Einladung zum Dialog.«<sup>36</sup>

Einerseits, um hier zusammenzufassen, erklärt sich Rußland im Prinzip bereit, mit dem Westen bei der

33 Zamysl i étapý sozdanija obščeevropéjskoj sistemy protivoraketnoj oborony (Konzept und Etappen des Aufbaus eines gesamteuropäischen Systems der Raketenabwehr), in: Moskauer Institut für Physik und Technologie, Zentrum für Rüstungskontrolle, Energie und Umweltstudien, www.arms control.ru.

34 Wörtlich: »gemeinsame Einheiten, die sich in ständiger Bereitschaft befinden und die nach dem Prinzip »schnelle Raketenabwehr-Eingreiftruppe« organisiert sind«. Eine umfassende Darstellung und Bewertung des russischen Vorschlags findet sich bei Klaus Arnhold, Rußland und die nichtstrategische Raketenabwehr. Der russische Entwurf zum Aufbau eines Abwehrsystems für Europa, unveröffentl. Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001 (S 28/01).

35 Allem Anschein nach haben auch die von Marschall Sergejew (nach seiner Ablösung als Verteidigungsminister in seiner Funktion als Berater Putins in strategischen Fragen Marschall) am 26.4.2001 auf der Sitzung des Nato-Rußland-Rats vorgenommenen Erläuterungen und die schriftliche Beantwortung von Fragen, um welche die Nato gebeten hatte (Briefing in Brüssel am 12.7.2001), keine Klarheit gebracht.

36 Moskva ne vidit ugroz, opravdyvajuščich sozdanie NPRO (Moskau sieht keine Gefahren, welche die Schaffung von NMD rechtfertigen würden), Interview mit Dmitrij Černogorskij, Direktor der Abteilung für Information und Presseangelegenheiten im russischen Außenministeriums], in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 21.3.2001. Ganz ähnlich die Interpretation von Aleksandr Gol'c, Na bezryb'e. Dialog PRO éto (In der Not frißt der Teufel ... : Darüber ein Dialog), in: Itogi, 27.2.2001, S. 12-16.

nichtstrategischen Raketenabwehr und speziell mit den Vereinigten Staaten bei der Erfassung von Raketenstarts zusammenzuarbeiten. Andererseits verharmlost oder leugnet es genau die Gefahren, welche durch derartige Vereinbarungen abgewendet werden sollen, und vertritt die Position, daß die amerikanischen Befürchtungen im Grunde genommen »absurd« seien und es »noch notwendig ist zu definieren, worin die Bedrohungen bestehen«.<sup>37</sup>

Gehen diese womöglich von den Regimen aus, die von den Vereinigten Staaten als »Problem«- oder »Schurkenstaaten« eingestuft werden? Wie sehen denn die Fähigkeiten aus, über welche diese Staaten verfügen?

### Drohpotentiale der Außenseiter werden »übertrieben«

Putins Antwort: Die Fähigkeiten der »Schurkenstaaten« (»das ist nicht unsere Terminologie; das ist amerikanische Terminologie«) beruhen auf sowjetischen Raketen vom Typ Scud. »Was sind sowjetische Scud-Raketen? Genau genommen sind es modernisierte deutsche V-1 und V-2; das sind die Raketen, mit denen Deutschland London im Zweiten Weltkrieg bombardierte. Nordkorea hat die größten Fortschritte bei der Modernisierung dieser Raketen gemacht. Es gibt aber Grenzen für eine derartige Modernisierung, und die sind bereits erreicht worden. Man kann [das Volumen] und die Anzahl der [Treibstoff-]Tanks erhöhen, aber lassen Sie mich wiederholen, die Grenze der Modernisierung ist bereits erreicht.«

»Raketen einer anderen Generation zu entwickeln, ist eine völlig andere Sache. Es ist möglich, Komponenten zu stehlen, aber ein funktionsfähiges modernes Raketenangriffs-System zu entwickeln, ist eine Aufgabe einer völlig anderen Dimension. Es erfordert neue, absolut neue Materialien. Es erfordert völlig neue Treibstoffe, eine neue Generation an Treibstoffen. Es erfordert ein entwickeltes, sehr kostspieliges System von Erprobungsstätten. Es erfordert eine breite

37 Die Charakterisierung der amerikanischen Befürchtungen als »absurd« stammt von Dmitrij Rogosin, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Duma, zit. bei: Patrick Tyler, Russian Aide Emphasizes Opposition to ABM Plan, in: New York Times (Internet-Ausgabe), 11.9.2001; die Position der noch notwendigen Definition der Bedrohungen vertrat Putin, Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12] (Hervorhebung nicht im Original).

Palette von Komponenten für das Gesamtprogramm. Zusammengefaßt kann man sagen, daß all das eine völlig andere Wirtschaft und ein völlig anderes Niveau der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung ... sowie wirtschaftliche Zuwachsraten erfordert ... [als sie die Staaten besitzen], die diese Technologien entwickeln wollen. Das [zu bewerkstelligen, würde] Jahrzehnte dauern ... es wird noch sehr lange Zeit dauern, bis die Raketen, über welche die ›Schwellenstaaten‹ derzeit verfügen, amerikanisches Territorium erreichen können.«<sup>38</sup>

Russische Fachleute fügen hinzu, wenn die von Washington als »Schurkenstaaten« bezeichneten Regime – Iran, Irak und Nordkorea – tatsächlich die USA bedrohen wollten, müßten sie Raketen mit einer Reichweite von über 3000 bis 3500 Kilometer herstellen können. Sie verfügten aber noch nicht einmal über Mittelstreckenraketen, und diejenigen Staaten, die – wie Indien und Pakistan – dieser Fähigkeit nahe kämen, entwickelten diese nicht, um ein Bedrohungspotential gegenüber den USA zu schaffen, sondern aufgrund von regionalen Interessen.<sup>39</sup>

Wie aber verhält es sich mit der Rolle Rußlands beim Proliferationsproblem, insbesondere hinsichtlich seiner militärtechnischen Zusammenarbeit mit Iran? Beabsichtige Rußland, so fragte ein amerikanischer Journalist, seine Zusammenarbeit mit Iran auf eine vergleichbare Grundlage zu stellen wie die USA mit Nordkorea, welche ihre Lieferung von Nuklearreaktoren an den Verzicht Pjöngjangs auf militärische nukleare Programme gebunden hätten? Putins Antwort: »Der Typ von Nuklearkraftwerk, den wir mithelfen, in Iran zu bauen, ist genau derjenige, [den die USA in Nordkorea bauen]. Nichts besonderes also passiert hier. Die Fachleute werden Ihnen sagen, daß das absolut nichts mit der Fähigkeit zu tun hat, Nuklearwaffen herzustellen. Sie sagen, die Vereinigten Staaten hätten den Bau des Nuklearkraftwerks in Nordkorea daran gebunden, daß dieses Land keine Nuklearwaffen produziere. Das heißt, Sie halten [diese Bindung] für wirksam. Warum aber wird *uns* dann Nordkorea als ein ›Schurkenstaat‹ präsentiert, der eine Gefahr darstellt?«<sup>40</sup>

Ähnlich verhielte es sich mit Rußlands Beziehungen zu Iran. »Die Pläne für Rußlands militärtechni-

sche Zusammenarbeit mit Iran sehen keine derartigen Programme [Herstellung von Nuklearwaffen und Raketentechnologien] vor, weder jetzt noch künftig. Und Rußlands Haltung ist der iranischen Führung bekannt. Rußland hat gewisse Verpflichtungen hinsichtlich der Nichtweiterverbreitung [von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln] übernommen und wird sich an diese Verpflichtungen halten. Das ist auch im Einklang mit unserem Nationalinteresse. Wenn Sie sich bei den Fachleuten erkundigen, über welche Raketenwaffen Iran verfügt und welche Reichweite sie haben, werden Sie erkennen, daß ich hier nicht übertreibe.«<sup>41</sup>

### Problemlösung durch Verbesserung nationaler und internationaler Kontrollregime

Ein weiteres Argument, das Rußland ins Feld führt, zielt auf die Möglichkeit, daß einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme *politisch* begegnet werden könne. Als Paradebeispiel nennt Moskau immer wieder die von Putin und dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong Il im Juli 2000 angeblich getroffene Vereinbarung, der zufolge Nordkorea sein Programm zur Entwicklung und Produktion weitreichender Raketen aufgeben würde, falls es finanzielle Unterstützung für den Transport von Weltraumsatelliten erhalte. Der nordkoreanische Führer distanzierte sich davon aber kurz darauf mit der Bemerkung, diese Idee sei nur »scherzhaft« angesprochen worden.<sup>42</sup>

Parallel zu den intensiven Exportbemühungen unter anderem bei Raketen- und Raketenabwehrtechnologie kürzerer Reichweite fordert die russische Regierung die Stärkung *nationaler* und *internationaler Kontrollregime* zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme.

Amerikanische Kritik an der Waffenexportpolitik Rußlands wird von offiziellen Stellen immer wieder als unbegründet zurückgewiesen. Putin selbst hat dazu Stellung bezogen und erklärt: »Rußland erfüllt seine selbst übernommenen internationalen Verpflichtungen hinsichtlich des Verbots von Ausrüstungen, Materialien und Technologien, welche für die Schaffung von Massenvernichtungswaffen und

38 Ebd.

39 Vladimir Krjažev, *Vozmožen slom sistema strategičeskoj stabilnosti* (Der Bruch des Systems der strategischen Stabilität ist möglich), in: NVO (Internet-Ausgabe), 2.3.2001.

40 Putin, Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18. 6. 2001 [Anm. 12].

41 Ebd.

42 Doug Struck/Joohee Cho, *North Korean Chief Throws Missile Offer into Doubt*, in: IHT, 15.8.2000, S. 1, 4.



Raketen als ihre Trägermittel verwandt werden könnten.«<sup>43</sup> Andererseits können aber auch offizielle Stellen in Moskau nicht ausschließen, daß russische Komponenten für Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel illegal an »Problemstaaten« gelangen.

Immerhin gibt es im *nationalen* Bereich ernstzunehmende Bemühungen zur Verschärfung der Exportkontrollen. Unter anderem unterzeichnete Putin am 29. Januar 2001 ein entsprechendes Dekret (»Über die Exportkontrolle«). Mit dieser Problematik beschäftigte sich auch der Sicherheitsrat auf seiner Sitzung vom 22. Februar 2001.<sup>44</sup>

Auch die Verbesserung *internationaler* Kontrollregime steht offiziell auf der russischen Agenda. In Wirklichkeit trägt Moskau aber wenig zur Stärkung des bereits existierenden Missile Technology Control Regimes (MTCR) bei, im Gegenteil. In der Vergangenheit wurde Rußland von den USA wiederholt wegen Nichteinhaltung des MTCR mit Sanktionen belegt. Allerdings legt dieses Regime vor allem den Exporteuren der Raketentechnologie Beschränkungen auf. Demgegenüber hat die russische Regierung eine Initiative gestartet, die sich unter der Bezeichnung Globales Kontrollsystem (GKS) an die potentiellen Importstaaten von Raketentechnologie wendet. Im März 2000 und erneut im März 2001 veranstaltete Moskau internationale Konferenzen zu diesem Problem. Unter anderem befürworteten dort russische Teilnehmer ein Transparenzregime für Raketenstarts sowie Sicherheitsgarantien für Mitgliedstaaten des GKS, die auf Erwerb oder Besitz von Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen verzichteten.

Der Verdacht liegt allerdings nahe, daß derartige Anstrengungen angesichts der russischen Exportpolitik nur Propaganda darstellen. Die Unterstützung des GKS-Projekts durch den Iran, einen der besten Kunden russischer Raketentechnologie, stärkt diese Vermutung.<sup>45</sup>

43 Zit. bei: Jurij Pankov, *Rossija usilit eksportnyj kontrol'*, in: *Krasnaja zvezda*, 24.2.2001, S. 1. Unter anderen hat sich auch General Leonid Iwaschow dazu nahezu identisch geäußert; zit. bei: Maksim Jusin, »Vy pomogaete izgojam«. Glava Pentagona obvinil Rossiju v rasprostranenii jadernych tehnologij (»Ihr helft den Schurken«: Der Chef des Pentagons beschuldigt Rußland der Weiterverbreitung von nuklearen Technologien), in: *Izvestija*, 16.2.2001, S. 8.

44 Jurij Pankov, *Rossija usilit eksportnyj kontrol'* (Rußland stärkt die Exportkontrolle), in: *Krasnaja zvezda*, 24.2.2001, S. 1.

45 Siehe Oleg Faličev, *Vostočnaja vektor prioritetov Rossii* (Die östliche Richtung der Prioritäten Rußlands), in: *Krasnaja zvezda*, 4.1.2001.

Insgesamt ergibt sich also, daß Rußland den Vereinigten Staaten vorwirft, sie übertrieben das Ausmaß möglicher Bedrohungen. Dies wiederum wirft die Frage auf, was Washington in der Sicht Moskaus damit bezwecken könnte.

### Eine Raketenabwehr mit »Zielrichtung Rußland«

Sergejew hat darauf folgende Antwort gegeben, die bis zu den Gesprächen zwischen Putin und Bush in Ljubljana offiziell verbindlich war: »Unsere militär-technologische Analyse zeigt, daß die Bedrohung seitens eines sogenannten »Problem«-Staates, der einen Angriff mit interkontinentalen ballistischen Raketen gegen die Vereinigten Staaten führt ..., in Wirklichkeit nicht existiert.« Gegen wen also richtet sich das geplante amerikanische Abwehrsystem? »Es ist unsere tiefste Überzeugung, daß sich ein derartiges System, falls es aufgestellt würde, hauptsächlich gegen Rußland richten würde.« Die sich daraus für das Land ergebene Folgerung sei infolgedessen: »Rußland wird nicht zustimmen, sich »anzupassen« und den [ABM-]Vertrag zu liquidieren.«<sup>46</sup>

Die Sicht von NMD als einem hauptsächlich gegen Rußland (und China) gerichteten Projekt wird von amerikanischen Kritikern genährt. Die von der amerikanischen Regierung geplanten Verbesserungen (upgrades) der Radar-Frühwarnsysteme in Fylingdales Moor in England, Thule in Grönland, Grand Forks in Nord Dakota und Clear in Alaska, so macht beispielsweise Postol geltend, »sind genau von der Art, die für eine gegen Rußland und China gerichtete Raketenabwehr notwendig wären. Und jetzt kommt das neueste Versatzstück in der Aneinanderreihung von Falschdarstellungen gegenüber den Russen – die Errichtung einer sich auf dem neuesten Stand der Technik befindlichen, für NMD geeigneten Radaranlage in Vardø [Norwegen], praktisch direkt an der russischen Grenze. Die [amerikanische] Regierung behauptet, daß der Zweck des Radars darin bestünde, Weltraumbruchstücke (space debris), die sich auf der Erdumlaufbahn befinden, zu verfolgen. Für jede technisch bewanderte Person ist jedoch offensichtlich, daß diese Behauptung einfach nur eine weitere Fehldarstellung ist. In Verbindung mit einer auf der Shemya-Insel in Alaska ... geplanten zweiten [Anlage] ... besteht die

46 Äußerungen Marschall Sergejews [Anm. 26] (Hervorhebung nicht im Original).

hauptsächliche Anwendung dieses X-Band-Radars unbestreitbar darin, genaue Erkenntnisse über Rußlands weitreichende ballistische Raketen zu sammeln. Die Daten werden die gesamte Flugbahn der Raketen ... umfassen. Unklar ist, ob die mit dem Kodennamen ›Have Stare‹ [von den Norwegern Globus II] bezeichnete Radaranlage bei Vardø formal den ABM-Vertrag verletzt. Klar ist aber, daß die Radaranlage einem NMD-Sensorensystem so hinzugefügt werden kann, daß sie unzweifelhaft den Geist, wenn nicht den Buchstaben des Vertrags verletzen würde ... Vardø ist also ein weiterer bedrohlicher und beleidigender Stich ins Auge des russischen Bären.<sup>47</sup>

Genau so wird die Errichtung der Radaranlage von russischen Fachleuten und der Regierung gesehen.<sup>48</sup> Auch Putin fragt: »Was haben denn die ›Schurkenstaaten‹ damit zu tun?«<sup>49</sup>

Ein anderer wichtiger Bestandteil der russischen Position sind die »Gegenmaßnahmen«, die immer wieder angedroht werden, falls die USA den ABM-Vertrag verlassen oder brechen sollten.

### Androhung von »Gegenmaßnahmen«

In seiner Rede vor der Duma zur Unterstützung des START-II-Ratifikationsgesetzes im April 2000 wies Putin auf die feste Bindung des START-II-Vertrags an die unveränderte und uneingeschränkte Gültigkeit des ABM-Vertrags hin und warnte die Vereinigten Staaten in scharfer Form davor, nach der russischen START-Ratifikation den ABM-Vertrag zu brechen. Sollte Washington dies dennoch tun, sagte er, »können und werden wir nicht nur aus dem START-II-Vertrag, sondern aus dem gesamten System vertraglicher Beziehungen zur Begrenzung und Kontrolle strategischer und konventioneller Waffen aussteigen. Wir können auch die Frage nach einer Überprüfung unserer

Entscheidungen im Bereich der taktischen [Nuklear-] Waffen stellen. Und unter diesen Bedingungen wird Rußland eine eigenständige Politik der nuklearen Abschreckung verfolgen.«<sup>50</sup>

Gemeint war offensichtlich ein Ausstieg Rußlands aus den Rüstungskontrollverträgen sowohl zu den strategischen Offensivwaffen (START I und START II nebst Zusatzprotokoll vom September 1997) als auch aus dem Vertrag über die Beseitigung von nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag vom Dezember 1987). Vor allem letztere Drohung richtete sich offensichtlich an die europäische Adresse, denn gerade in Europa war der INF-Vertrag als Abkehr Moskaus von einer Politik nuklearer Drohungen gegen Westeuropa gefeiert worden.

Ähnlich verhält es sich mit der russischen Drohung, von Rüstungsbegrenzungs- und Kontrollvereinbarungen zu *konventionellen* Waffen in Europa zurückzutreten. Nach großen Anstrengungen wurde im Dezember 1999 auf der OSZE-Gipfelkonferenz in Istanbul der KSE-Anpassungsvertrag und ein neues »Wiener Dokument« zu sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen (WD 1999) unterzeichnet. Ein Widerruf der dort von Rußland eingegangenen Verpflichtungen könnte die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändern.

An der gegenüber der Duma eingenommenen Position hielt Putin in der Folgezeit fest und malte die Konsequenzen eines Scheiterns kooperativer Ansätze in düsteren Farben aus. So erklärte er im Juni 2001, Rußland sei zu kooperativen Lösungen bereit; falls die Vereinigten Staaten aber keine Zusammenarbeit wollten, dann »werden wir unabhängig handeln«. Wozu würde das führen? START I und START II und die mit diesen Verträgen verbundenen Verifikations- und Kontrollregime würden aus dem System der internationalen Beziehungen herausfallen – »wir [würden] nicht mehr in der Lage sein, uns gegenseitig zu überwachen und festzustellen, wie viele Raketen wir außer Dienst gestellt haben [oder] wenn wir einen Gefechtskopf abmontiert haben, nachzuprüfen, ob wir

47 Theodore A. Postol, National Missile Defense: The Target Is Russia, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 56 (März/April 2000) 2, S. 31–32. Postol lehrt am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und wurde durch seine von Pentagon-Darstellungen abweichenden Bewertungen der Erfolgsraten der Patriot-Raketen gegen die Scud-Raketen Saddam Husseins im Golfkrieg bekannt.

48 Dmitrij Gornostaev, U rossijskich granic nezakonno rabotaet RLS, buduščij element NPRO SŠA (An den russischen Grenzen arbeitet eine Radaranlage illegal als künftiges Element der US-NMD), in: strana.ru, 9.7.2001, <http://www.strana.ru/994687110.html>.

49 Putin, Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

50 Naši jadernye sily uničtožat ljubogo protivnika mnogokratno i garantirovanno. Polnyj tekst otkrytoj časti vystuplenija Vladimira Putina 14 aprelja v Gosdume (Unsere Nuklearstreitkräfte vernichten jedweden Gegner mehrere Male und garantiert. Vollständiger Text des offenen Teils der Rede Wladimir Putins am 14. April vor der Duma), in: Kommersant, 15.4.2000, S. 3. Die Bindung des START-II-Vertrags an die unveränderte und uneingeschränkte Gültigkeit des ABM-Vertrags wurde vom russischen Parlament im Ratifikationsgesetz rechtlich verankert.

ihn [lediglich] in der Nähe bereithalten oder ihn zerstören. Das [dadurch entstehende] sogenannte ›Ausbruchspotential‹ könnte so groß sein, daß Fragen nuklearer Rüstungskontrolle aufhören würden zu existieren.«<sup>51</sup>

Putin hielt nicht nur an seiner vor der Duma eingenommenen Haltung fest, sondern erweiterte und verschärfte sie. Das betrifft beispielsweise den Zusammenhang, den er zwischen dem ABM-Vertrag und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme konstruiert. Zwar gebe es im Vertrag selbst »keine direkte Verbindung«, dennoch seien »Nonproliferations-Vereinbarungen mit dem ABM-Vertrag von 1972 verbunden. Und wenn wir ihn gänzlich verlassen, ist es für Schwellenstaaten viel leichter, sich zu Nuklearstaaten zu erklären. Wird die Welt dadurch sicherer? Ich zweifle daran.«<sup>52</sup>

Auch der KSE-Vertrag wurde mit dem Schicksal des ABM-Vertrags und den Gefahren einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verbunden. So warnte das russische Außenministerium im Anschluß an die zweite KSE-Überprüfungskonferenz im Juni 2001 die KSE-Teilnehmerstaaten davor, »Entscheidungen zu treffen oder Handlungen vorzunehmen, die geeignet wären, den [KSE-Anpassungs-]Vertrag zu schwächen«. Zu diesen Schritten rechnete das Außenministerium unter anderem eine »Unterhöhung der strategischen Stabilität durch den Austritt aus Schlüsselvereinbarungen über Nuklearwaffen und Nichtweiterverbreitung«.<sup>53</sup>

Was könnte Rußland konkret an Gegenmaßnahmen im nuklearstrategischen Bereich ergreifen, um bei einem einseitigen Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem ABM-Vertrag zu verhindern, daß sich das strategische Gleichgewicht zu seinen Ungunsten verschiebt? Putin selbst hat über die Bemerkung hinaus, daß »neue Gefechtsköpfe auf vorhandene Raketen montiert werden« könnten, keine Einzelheiten genannt.

Ausführlicher haben russische Militärs und unabhängige Fachleute verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Ihnen zufolge kämen unter anderem folgende Gegenmaßnahmen in Frage:

<sup>51</sup> Putin, Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> In Connection with the Completion of the Work of the Second Conference on Review of the Treaty on Conventional Forces in Europa, Presseerklärung des russischen Außenministeriums, 4.6.2001, www.mid.ru, 5.6.2001.

- Langsamere Abbau der Raketenarsenale, indem die Lebensdauer der Raketen auf ein Maximum verlängert wird;
- beschleunigte Produktion und Stationierung der Topol-M, Rußlands modernster ICBM;
- Bestückung der Interkontinentalraketen (ICBM) einschließlich der Topol-M (SS-27) mit mehreren Gefechtsköpfen (MIRV), statt mit nur einem, wie im START-II-Vertrag vorgesehen;
- Erhöhung der Anzahl der mit nuklearen Sprengköpfen versehenen Marschflugkörper;
- Entwicklung manövrierbarer Gefechtsköpfe (MARV), was die Abwehraufgabe erschweren würde.
- Ausrüstung der Gefechtsköpfe mit verbesserter Durchdringungsfähigkeit;
- Wiederaufstellung von ICBM in Weißrußland, weil das geplante amerikanische System mit Standort Alaska vor allem Raketen erfassen würde, die hinter dem Ural stationiert sind;
- häufigerer Einsatz von U-Booten in der Nähe von Amerikas Küsten mit einer größeren Zahl von ballistischen Raketen.<sup>54</sup>

Als Teil von Gegenmaßnahmen finden MIRV- und MARV-Varianten bei den Militär- und Sicherheitsfachleuten besondere Befürwortung, gelegentlich auch als Drohgebärde im Vorfeld amerikanischer Entscheidungen. So weist Sergej Rogow vom Institut für USA- und Kanada-Studien eingangs darauf hin, daß das in New York im September 1997 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum START-II-Vertrag (s.u.) vom Senat nicht ratifiziert worden, der Vertrag infolgedessen nicht in Kraft getreten ist. Damit sei auch dessen Bestimmung hinfällig, die ein Testverbot für Raketen mit Mehrfachsprengköpfen vorsieht. Rußland solle auf amerikanischen Tests, sobald sie sich im Widerspruch zum ABM-Vertrag befänden, mit der Ankündigung reagieren, es werde die Topol-M mit drei oder mehr MIRVs testen. Die Möglichkeit eines rapiden Aufwuchs der russischen Offensivfähigkeiten könnte einen heilsamen Schock in den Vereinigten Staaten und unter ihren europäischen Verbündeten auslösen.<sup>55</sup>

<sup>54</sup> Laut Wladimir Jakowlew, dem Chef der Strategischen Raketentruppen, in: Kommersant, 3.6.2000 und Grigorij Tischtchenko vom Institut für strategische Untersuchungen, Bluff oder echte Gegenmaßnahmen?, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.6.2001, S. 3.

<sup>55</sup> Sergej Rogov, Stavka na jadernyj ščit. Nacional'nuju bezopasnost' Rossii obespečit ne odnostoronnee sokraščenie, a poisk kompromissnych rešenij s SŠA (Setzen auf den nuklearen Schild: Die nationale Sicherheit Rußlands wird nicht durch einseitige Begrenzung, sondern durch das

Der Charakter möglicher Gegenmaßnahmen bei einseitigem amerikanischem Vorgehen wird insgesamt als »adäquat« und »asymmetrisch« bezeichnet. Als asymmetrisch deshalb, weil – wie bei der von der Sowjetunion angedrohten Reaktion auf Reagans Strategic Defense Initiative (»Star Wars«) – Moskau nicht damit gedroht hat, es würde mit den USA gleichziehen und seinerseits ein strategisches Abwehrsystem aufbauen. Diese Haltung entspricht den russischen Argumenten, (1) ein neues Wettrüsten müsse verhindert werden, (2) NMD sei technisch nicht wirksam, (3) zumindest könne ein Raketenabwehrschirm leicht durchdrungen werden, (4) auf jeden Fall sei es zu teuer.

Nicht angedroht werden auch politische Gegenmaßnahmen. Allerdings liegt auf der Hand, daß der Zusammenbruch internationaler Rüstungskontrollregime und als dessen Konsequenz einseitige militärische Maßnahmen auch ernste Auswirkungen auf die politischen Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Nato hätten.

Hervorzuheben ist allerdings, daß all die angedrohten oder angedeuteten militärischen und politischen Entwicklungen in den meisten russischen Darstellungen nur dann eintreten könnten, wenn es nicht gelänge, mit Washington eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.<sup>56</sup> Die Frage stellt sich infolgedessen, welche Haltung Rußland zu einer möglichen Modifizierung, Anpassung oder Neufassung des ABM-Vertrags sowie zu dem von Bush ins Spiel gebrachten Gedanken eines neuen Sicherheitssystems eingenommen hat.

## Anpassung des ABM-Vertrags?

General Leonid Iwaschow, ehemals Leiter der Hauptverwaltung der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit im russischen Verteidigungsministerium, hat die Standard-Position seines Landes

Bemühen um Kompromißlösungen mit den USA gewährleistet), in: NVO (Internet-Ausgabe), 4.8.2000.

**56** Demgegenüber heißt es apodiktisch in der Konzeption zur Außenpolitik der Russischen Föderation vom Juni 2000: »Die Ausführung der Pläne der Vereinigten Staaten, ein nationales Raketenabwehrsystem zu schaffen, wird Rußland unweigerlich dazu zwingen, adäquate Maßnahmen zu ergreifen, um seine nationale Sicherheit auf einem angemessenem Niveau zu halten.« (Hervorhebung nicht im Original.) Konceptija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, in: Nezavisimaja gazeta (Internet-Ausgabe), 11.7.2000.

zur Frage der ABM-Anpassung wie folgt charakterisiert: Natürlich sehe der Vertrag Möglichkeiten einer Anpassung an neue Gegebenheiten vor, Änderungen seien auch schon vorgenommen worden. »Was die USA aber vorschlagen, ist mit der Beseitigung dieses Vertrags und des gesamten Systems der strategischen Stabilität gleichbedeutend.« Der erste Artikel des Vertrags verbiete den Aufbau einer nationalen Raketenabwehr, genau das aber hätten die Vereinigten Staaten vor; »das bedeutet den Bruch des Vertrags, und darauf werden wir uns niemals einlassen.«<sup>57</sup>

Ähnlich hatte vorher schon sein ehemaliger Chef, Marschall Sergejew, gesagt: »Rußland wird nicht zustimmen, sich »anzupassen« und den [ABM-]Vertrag zu liquidieren.«<sup>58</sup>

Der neue Chef im Amt des Verteidigungsministers, Sergej Iwanow, hat dies sogar zu der Bemerkung zugespitzt, »auf eine Anpassung dieses Dokuments [ABM-Vertrag], die gleichbedeutend mit seinem Bruch ist, werden wir uns nicht einlassen.«<sup>59</sup>

Putin selbst hat sich derartig apodiktischer Festlegungen enthalten – und das bereits vor seinen Gesprächen mit Bush in Genua im Juli 2001, als er seine Bereitschaft zur Erörterung des Gesamtkomplexes ABM, NMD und nuklearstrategische Offensivwaffen amtlich machte. (Einzelheiten hierzu unten in diesem Abschnitt.) Seine flexiblere Haltung kam unter anderem in der Darstellung seiner Gespräche mit Präsident Bush in Ljubljana wie folgt zum Ausdruck: »Wir stimmten darin überein (das war mein Vorschlag), daß unsere Experten sich nicht nur damit befassen sollten, wo es Bedrohungen gibt, sondern auch, was genau im Vertrag von 1972 uns davon abhält [in einem anderen Kontext: welche Vertragsbestimmungen, »speziell welche Vertragselemente uns davon abhalten«], diese Bedrohungen heute zu verhindern.«<sup>60</sup>

Mit der Möglichkeit von Vertragsänderungen ist Artikel 13 des Vertrags angesprochen, der jeder

**57** Leonid Ivašov: na otkaz ot pervoj stat'i Dogovora Rossija ne pojdët (Leonid Iwaschow: Rußland wird nicht vom ersten Artikel des Vertrags zurücktreten), in: www.strana.ru, 18.7.2001.

**58** Äußerungen Marschall Sergejews [Anm. 26].

**59** Sergej Ivanov: »Adaptacija Dogovora po PRO ravnosnačno ego razrušenija (Sergej Iwanow: »Anpassung des ABM-Vertrags ist mit seinem Bruch gleichbedeutend«), Itar-Tass (Brüssel), 8.6.2001. Diese Ansicht vertrat Iwanow in einem Interview mit russischen Journalisten aus Anlaß seiner Teilnahme an einer Sitzung des Nato-Rußland-Rats.

**60** Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

Vertragspartei gestattet, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Wenn die andere Seite zustimmt, bedürfen die Änderungen der Ratifikation nach dem jeweiligen nationalen Verfahren. In der Geschichte des ABM-Vertrags geschah dies bisher nur ein Mal, bei dem 1974 erarbeiteten Protokoll, welches die Anzahl der erlaubten Stationierungsgebiete von jeweils zwei auf ein einziges begrenzte, wobei die Sowjetunion sich entschied, ein Abwehrsystem um Moskau zu bauen und die Vereinigten Staaten eins zum Schutz ihrer ICBM-STARTanlagen in North Dakota. Die Vereinbarung trat 1976 in Kraft.

Putin deutete zumindest *eine* Anpassungsmöglichkeit an. Zu den »speziellen Angelegenheiten, mit denen sich die Experten beschäftigen« sollten, zählte er »die Frage der Geschwindigkeit der Raketen, die [darüber entscheidet], ob ein Abwehrsystem »strategischer« oder »taktischer« Natur ist.«<sup>61</sup> Allerdings ist diese Frage nicht im Vertrag selbst, sondern in Vereinbarungen geregelt, die im September 1997 in New York unterzeichnet wurden. Die Vereinbarungen dehnen die Gültigkeit des Vertrags auf die anderen postsowjetischen Nuklearstaaten (»Multilateralisierung«) aus und legen Kriterien für die Vereinbarkeit des Vertrags mit regionalen Raketenabwehrsystemen (»Abgrenzungserklärungen«) fest.<sup>62</sup>

Die Abgrenzungserklärungen erlauben land-, see- und luftgestützte Raketenabwehrsysteme, wenn die im Test verwendete Abfangrakete nicht schneller als 3 km/sec und die Zielrakete nicht schneller als 5 km/sec fliegt und letztere keine größere Reichweite als 3500 km hat, und sie verbieten Test und Stationierung von weltraumgestützten Abwehrwaffen auch dann, wenn sie sich gegen nichtstrategische Raketen richten.

Mit den Abgrenzungserklärungen hat die Clinton-Regierung, von der sie ausgehandelt wurden, den NMD-Befürwortern einen Bärendienst in vierfacher Hinsicht erwiesen: (1) Der ABM-Vertrag wird dort als »Eckstein der strategischen Stabilität« (cornerstone of strategic stability) gefeiert. (2) Die Multilateralisierung macht ABM-Vertragsanpassungen von der Zustimmung nicht nur Rußlands, sondern auch Weißrußlands, Kasachstans und der Ukraine abhängig. (3) Die Abgrenzungserklärungen klären zwar das Offensichtliche: TMD-Forschung, Entwicklung und Stationierung

sind erlaubt; gleichzeitig und von den amerikanischen Mitgliedern der Redaktionsgruppe vermutlich unbeabsichtigt, legen die Statements im Sinne der NMD-Befürworter *restriktive Kriterien für »strategische« Systeme* fest (Geschwindigkeitsbegrenzungen für Abfangraketen 3km/sec und für Zielraketen 5 km/sec). (4) Der Weltraum wird für Raketenabwehrwaffen gesperrt, nur weltraumgestützte Sensoren sind erlaubt.

Weil Clinton eine Ablehnung fürchtete, legte er weder das Zusatzprotokoll zum START-II-Vertrag noch die vier Vereinbarungen zum ABM-Vertrag dem Senat zur Ratifizierung vor.<sup>63</sup> Für die Verknüpfung von START- und ABM-Vertragsfragen ergibt sich infolgedessen folgende komplizierte Situation:

- Der Senat hat START II im Januar 1996 ratifiziert. Der Vertrag trat dann aber nicht in Kraft, weil sich im Moskauer sicherheitspolitischen Establishment Widerstand gegen angeblich ungleiche Vertragsauswirkungen, eine Benachteiligung Rußlands durch die Vertragsbestimmungen regte.
- Im März 1997 einigten sich Clinton und Jelzin in Helsinki auf Regelungen, die Rußlands Wünschen entgegenkamen (»Zusatzprotokoll«) und die im September desselben Jahres in New York zusammen mit den oben erwähnten ABM-Dokumenten unterzeichnet wurden.
- Die Duma ratifizierte daraufhin, nun nach siebenjähriger Verzögerung den START-II-Vertrag einschließlich des Zusatzprotokolls und der ABM-Multilateralisierung und Abgrenzungserklärungen. Gleichzeitig band die Duma den Austausch der START-II-Ratifikationsurkunden per Gesetz unter anderem an die Ratifizierung des START-II-Zusatzprotokolls und der ABM-Dokumente in den Vereinigten Staaten, an die weitere Gültigkeit des ABM-Vertrags selbst (kein Rücktritt der USA von dem Vertrag) sowie an einen erfolgreichen Abschluß von START-III-Verhandlungen bis Ende Dezember 2003.
- Konservative, meist republikanische Kritiker vertreten die Auffassung, der ABM-Vertrag brauche gar nicht angepaßt zu werden, weil er keine Gültigkeit mehr habe. Die Nachfolgeregelung (»Multilate-

<sup>63</sup> Neben den Multilateralisierungs- und Abgrenzungsvereinbarungen (vier Dokumente) wurde noch eine fünfte Übereinkunft ausgehandelt, welche die Geschäftsordnung der für ABM-Fragen zuständigen und durch weißrussische, kasachische und ukrainische Vertreter erweiterten Standing Consultative Commission regelt. Die letztere Vereinbarung bedurfte nach Auffassung der Clinton-Regierung keiner Zustimmung des Kongresses.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Text des Memorandum of Understanding und der Agreed Statements im Internet, [http://www.fas.org/nuke/control/abmt/text/abm\\_scc2.htm](http://www.fas.org/nuke/control/abmt/text/abm_scc2.htm).

ralisierung«) sei ja nie dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt worden.<sup>64</sup>

Einzelheiten möglicher Anpassungen des ABM-Vertrags oder eines neuen Vertrags werden im Zusammenhang mit den russischen Handlungsoptionen im nächsten Kapitel diskutiert. Hier sei nur festgehalten, daß – wie aus dem vertragsrechtlichen Wirrwarr ersichtlich – Vereinbarungen in russischer Sicht nur dann in Frage kommen können, wenn Offensiv- und Defensivsysteme vertraglich miteinander verbunden werden.

Eine derartige Verbindung als Lösungsansatz für das NMD-Problem hatte der Oberkommandierende der Strategischen Raketentruppen in einem in Rußland wie im Westen vielbeachteten Interview mit russischen Journalisten bereits im November 2000 gezogen. Jakowlew ging davon aus, daß die amerikanische Öffentlichkeit fest von der Notwendigkeit eines Raketenabwehrsystems überzeugt sei und erhebliche Finanzmittel für ein entsprechendes Programm ausgegeben worden seien. Die Beton-Fundamente für neue starke Radarsysteme zur Erfassung von Raketen auf ihrer Flugbahn würden gelegt, in Norwegen werde das Radarsystem Globus-2 errichtet, Abfangraketen würden getestet und Forschungsarbeiten für die Stationierung von Laserwaffen im Weltraum und auf Flugzeugen durchgeführt – kurzum, »das Schwungrad des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes« sei in Bewegung gekommen, und es sei »unwahrscheinlich, daß es angehalten werden könnte«. Eine neue amerikanische Regierung werde sich nicht mehr mit einem Stillstand in den Gesprächen über die Zukunft des ABM-Vertrags zufrieden geben. Wie sollte Rußland darauf reagieren? De facto schlug er vor, von der bis zu diesem Zeitpunkt (und darüber hinaus) starren offiziellen Haltung abzugehen, einer Anpassung des ABM-Vertrags zuzustimmen und »einen konstanten allgemeinen Index für strategische Rüstung einzuführen, in den neben den Offensivwaffen auch die Anti-Raketen-Abwehrsysteme aufgenommen werden«.<sup>65</sup>

<sup>64</sup> Ausführlich hierzu *Arnhold*, Raketen und Raketenabwehr, [Anm. 14], Anhang 12, S. 97–100.

<sup>65</sup> Der Wortlaut des Interviews ist anscheinend nicht veröffentlicht worden. Nach russischen Berichten und Kommentaren zu urteilen, scheint Jakowlew einer Anpassung des ABM-Vertrags nur sinngemäß, der Logik seiner Argumentation nach, aber nicht *expressis verbis* das Wort geredet zu haben; siehe Vladimir *Skosyrev*, Putin tolkuet odno, a glavkom RVSN – drugoe. Intervju generala Jakovleva ozadačilo amerikancev (Putin betreibt eine Sache, der Oberkomman-

Dieser Lösungsansatz wurde in der Gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Bush und Putin am 22. Juli 2001 in Genua wie folgt beschrieben: »Wir sind übereingekommen, daß bedeutende Veränderungen in der Welt konkrete Diskussionen sowohl offensiver als auch defensiver Systeme erfordern. Es gibt [zwischen uns] bereits in einigen Punkten weitgehende und greifbare Übereinstimmung. Wir werden in Kürze intensive Konsultationen über die miteinander verbundenen Themen offensiver und defensiver Systeme beginnen.«<sup>66</sup> Auf der Pressekonferenz der beiden Präsidenten sagte Putin, »für mich – und ich glaube auch für Präsident Bush – kam das Einvernehmen darüber ... ganz unerwartet.«<sup>67</sup>

Ist dies nun der Durchbruch zur Lösung der Kontroverse über ABM und NMD? »Natürlich hat es keinen grundlegenden Durchbruch gegeben«, berichtete Putin nach seiner Rückkehr aus Genua in einer Kabinettsitzung in Moskau. »Wir haben unser Festhalten am ABM-Vertrag bestätigt.«<sup>68</sup> Das Außenministerium kommentierte den anschließenden Besuch von Sicherheitsberaterin Rice in Moskau mit dem Hinweis, die russischen Gesprächspartner hätten nichts gehört, was ihre Opposition gegen ein Abgehen vom ABM-Vertrag verändert hätte.<sup>69</sup> Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats, Oleg Tschernow, schlug vor, Nordkorea und Iran an Gesprächen über einen neuen Sicherheitsrahmen einzubeziehen. »Wir sind dafür, die Höchstzahl von Ländern, die über Nuklearwaffen oder [Nuklear-]Technologien verfügen, in den Prozeß der Diskussion von Fragen der strategi-

dierende der RWSN eine andere. Das Interview General Jakowlews gibt den Amerikanern Rätsel auf), in: *Vremja MN* (Internet-Ausgabe), 15.11.2000; Oleg *Odnokolenko*, V Belom dome predpočitajut vysokie potolki (Im Weißen Haus zieht man hohe Obergrenzen vor), in: *Segodnja* (Internet-Ausgabe), 14.11.2000; vgl. auch westliche Berichte, Widersprüchliche Signale aus Moskau zum ABM-Vertrag, in: *FAZ*, 14.11.2000, S. 10.

<sup>66</sup> Bush-Putin Statement, Genoa, 22.7.2001, <http://www.acronym.org.uk/START/genoa.htm>.

<sup>67</sup> *Rossija i SŠA dogovorilis' o kompleksnom rešenii problem nastupatel'nych i oboronitel'nych vooruženij* (Rußland und die USA haben die Lösung des Problems von Offensiv- und Defensivwaffen in einem Paket vereinbart), [www.strana.ru](http://www.strana.ru), 22.7.2001.

<sup>68</sup> David A. *Sanger*, A Day after Seeing Putin, a Harder-Line Bush Emerges, in: *New York Times* (Internet-Ausgabe), 24.7.2001. Allerdings schwächte Putin diese Charakterisierung der Gespräche mit dem Zusatz ab, es seien auch »erhebliche Fortschritte« gemacht worden.

<sup>69</sup> Review of Rice Talks, in: *Moscow Times* (Internet-Ausgabe), 30.7.2001.

schen Stabilität im Rahmen des ABM-Vertrags einzubringen.«<sup>70</sup> »Drastische Reduzierungen der strategischen Offensivwaffen« dürften nur auf der Basis des ABM-Vertrags vorgenommen werden, hatte vorher schon sein Chef, Wladimir Ruschajlo, gesagt.<sup>71</sup> Gegen die Ansicht eines erzielten Durchbruchs spricht auch die Tatsache, daß in Genua keine Verhandlungen, sondern »Gespräche« und »Konsultationen« vereinbart worden sind und der objektive Zusammenhang von Offensiv- und Defensivwaffen nun wirklich nicht überraschend, sondern – wie oben ausgeführt – von der Duma gesetzlich verankert worden ist.

Die Frage ist infolgedessen auch nach Genua keineswegs beantwortet, was Putin mit den »Konsultationen« bezwecken und was er in Verhandlungen, falls es dazu käme, erreichen will. Dies wiederum wirft die Frage auf, welche Verhandlungsoptionen Rußland überhaupt hätte und wovon die Wahl einer dieser Optionen abhängt.

70 Ebd.

71 Wladimir Rušajlo: Rossija gotova sokratit' strategičeskie vooruženija vmeste s SŠA (Wladimir Ruschajlo: Rußland ist bereit, zusammen mit den USA die strategischen Waffen zu begrenzen), in: [www.strana.ru](http://www.strana.ru), 28.5.2001.

## Entscheidungsmöglichkeiten

Im wesentlichen lassen sich drei Entscheidungsmöglichkeiten unterscheiden:

- Aufschub jeglicher Festlegungen, endlose Konsultationen, Vorspiegelung von Flexibilität, jedoch prinzipielles Festhalten am ABM-Vertrag ohne wenn und aber, eine »Hinhaltetaktik« also.
- Zustimmung zu Anpassungen des Vertrags, die einerseits NMD-Tests erlauben, andererseits Begrenzungen einer Stationierung festschreiben. Je nach Schärfe der Begrenzungen und ihrer Bewertung durch unterschiedliche Akteure in den Vereinigten Staaten könnte man diese Option entweder (a) als »Verhandlungsfalle« oder (b) »Kompromiß- oder Teillösungsangebot« bezeichnen.
- Eingehen auf weiterreichende amerikanische Vorstellungen über ein neues Regime in nuklearstrategischen und sicherheitspolitischen Fragen (»Grand Bargain«).

Putin könnte bei der Verfolgung der Verzögerungstaktik der *ersten* Option eventuell davon ausgehen, daß es auch in den Vereinigten Staaten, vor allem seitens unabhängiger Wissenschaftler (z.B. Federation of American Scientists) weiterhin – trotz des letzten »erfolgreichen« Tests – erhebliche Zweifel an der technischen Machbarkeit von NMD gibt. Zweifel bestehen in den USA weiterhin auch an der politischen Opportunität des Projekts, falls es zu keiner einvernehmlichen Lösung mit Rußland käme. In dem nun von den Demokraten geführten Senat haben die Vorsitzenden sowohl des Streitkräfte- als auch des Außenpolitischen Ausschusses (Carl Levin und Joseph Biden) deutlich gemacht, daß sie keine Programme genehmigen werden, die auf eine einseitige Änderung des ABM-Vertrags hinauslaufen. Sicherheitsexperten verschiedener Forschungsinstitutionen (z.B. Brookings und Center for Defense Information) haben sich dieser Haltung angeschlossen. Die Finanzierung von NMD könnte aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung und einer eventuell notwendigen Umschichtung von Mitteln im Verteidigungshaushalt zugunsten von NMD in Schwierigkeit geraten. Auch die europäischen Verbündeten der USA begegnen NMD weiterhin mit einer Mischung aus Skepsis und Zurückhaltung.

Sollte die Bush-Administration in dieser Situation gespielter russischer Konzessionsbereitschaft und unverminderter Skepsis im eigenen Lande und in Europa die Geduld verlieren und sollte sie den ABM-Vertrag brechen oder verlassen, könnte Putin dies als weiteren Anlaß nehmen, sie unter Hinweis auf das Schicksal des START-Zusatzprotokolls und der ABM-Vereinbarungen, des Atomwaffenteststoppvertrags (CTBT), des Protokolls zur Verifikation der B-Waffenkonvention und des Abkommens über Handfeuerwaffen sowie des Kyoto-Protokolls zu Umweltfragen als international nicht kooperationsfähig und -willig bloßzustellen.

Russische Verzögerungstaktik wird offensichtlich von der Bush-Administration als Gefahr angesehen. Der Präsident meinte im Juli 2001, »time is of the essence«, und Rice erläuterte: »Präsidenten haben nur eine begrenzte Zeit, in der sie ihren Nachfolgern ein Vermächtnis hinterlassen können«; der Präsident gehe ohnehin davon aus, daß »wir schon eine Menge Zeit verloren haben«. Die mit Putin vereinbarten Gespräche sollten auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister stattfinden, sie sollten »intensiv« sein, nicht »15 Jahre andauernde Rüstungskontrolldiskussionen« wiederholen, sondern sich »schnell [vorwärts] bewegen«. <sup>72</sup> Um den Druck auf eine schnelle Lösung zu erhöhen, legte Bushs Sonderbeauftragter für die Verhandlungen mit Rußland, John Bolton, bei seinen Gesprächen in Moskau November 2001 als Orientierungspunkt für eine russisch-amerikanische Einigung über den ABM-Vertrag fest. <sup>73</sup>

Die Überlegungen zur Wahl der *zweiten* Option könnten davon ausgehen, daß (1) die Europäer und China sich nicht vor einen wackeligen anti-amerika-

<sup>72</sup> Sanger, A Harder-Line Bush Emerges [Anm. 68]; Briefing by US National Security Advisor, Genua, 22.7.20001, <http://www.acronym.org.uk/START/genoa.htm>.

<sup>73</sup> Patrick Tyler, U.S. Sets Deadline for Settlement of ABM Argument, in: New York Times (Internet-Ausgabe), 22.8.20001; Peter Baker, U.S. Envoy Fails to Sway Russia on ABM Pact, in: Washington Post, 23.8.20001, S. A20. Bolton fügte allerdings begütigend hinzu, es handle sich dabei nicht um ein Ultimatum oder einen »harten« Termin, sondern lediglich darum, den beiden Präsidenten für das im November 2001 geplante Treffen in Crawford, Texas, etwas »zu geben, was sie erörtern können«.



nischen Karren spannen lassen werden, (2) die Skeptiker und Gegner der Abwehrpläne im Senat sich nicht durchsetzen werden, (3) NMD auch ohne überzeugenden Nachweis ihrer technologischen Wirksamkeit und Kosteneffizienz aufgestellt wird, (4) »Gegenmaßnahmen« finanziell nicht zu verkraften sind und darüber hinaus falsche rüstungspolitische Prioritäten setzen, (5) eine drastische Verschiebung des nuklearstrategischen Gleichgewichts noch weiter zugunsten der Vereinigten Staaten nur durch eine ABM-Vertragsanpassung verhindert werden kann und (6) ein oder mehrere »Preise« für ein Einlenken gefordert und gewonnen werden können.

Moskau könnte beabsichtigen, Washington entweder ganz bewußt eine »Verhandlungsfalle« zu stellen, das heißt, die Bedingungen für ein Einlenken insbesondere hinsichtlich einer NMD-Stationierung und der Nutzung des Weltraums für die Abwehr so restriktiv zu setzen, daß ein entsprechendes Verhandlungspaket am Widerstand der Konservativen im und außerhalb des Kongresses scheitern würde und die Vereinigten Staaten auf diese Weise international als nicht kooperationsfähig und -willig angeprangert werden könnten – oder aber die Bedingungen so zu konstruieren, daß sie der Bush-Administration genug Freiraum lassen, Forschung und Entwicklung (militärische Weltraumforschung und -entwicklung eingeschlossen) sowie eine begrenzte Stationierung zu ermöglichen.

Überlegungen in Moskau hinsichtlich der *dritten* Möglichkeit könnten daran ansetzen, daß (1) ein strategisches Raketenabwehrsystem trotz aller Skepsis und Zweifel an technischer Machbarkeit und politischer Opportunität in den Vereinigten Staaten selber wie auch in Europa und trotz des chinesischen Widerstands eine beschlossene Sache der Bush-Administration ist und auch gegen russischen Widerstand aufgestellt wird, (2) der Nutzen einer Politik, die darauf abzielt, Washington international an den Pranger zu stellen, für Moskau eigentlich gleich null ist, (3) begrenzte, restriktive Vertragsanpassungen, wie oben erwähnt, am konservativen Widerstand vermutlich scheitern werden und (4) mehr als nur der Anschein nuklearstrategischer Ebenbürtigkeit mit den Vereinigten Staaten ausschließlich durch Verwirklichung eines neuen, weitreichenden Ansatzes – durch Eingehen auf die amerikanischen Vorstellungen über ein neues Fundament für strategische Stabilität erreicht werden kann und (5) eine umfassende einvernehmlich Lösung mit Washington den Vorteil hätte, daß sie zu einer

erheblichen Verbesserung der russisch-amerikanischen Beziehungen beitragen würde.

Offensichtlich hängt die Entscheidung für jede der drei genannten Vorgehensweisen vom Stellenwert ab, den Rußland seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beimißt, aber auch seinen Beziehungen zu Westeuropa, China und den »traditionellen Verbündeten«. Nachfolgend wird infolgedessen das russische Entscheidungsproblem in den internationalen politischen Kontext gestellt.

# Entscheidungsabhängigkeiten

## Die russisch-amerikanischen Beziehungen

### Politische Dimensionen

Zwischen NMD und den russisch-amerikanischen Beziehungen gibt es eine enge Wechselbeziehung: Eine Verbesserung des russisch-amerikanischen Verhältnisses insgesamt trüge zur Lösung des NMD/ABM-Problems bei; umgekehrt würde die Lösung dieses Problems das Verhältnis zwischen Moskau und Washington positiv beeinflussen.

Bei Amtsantritt der Bush-Administration wurde in Moskau noch eine Ansicht vertreten, die schon in der Sowjetära gängig war: Im Grunde genommen sei es mit einer an Realpolitik ausgerichteten republikanischen Regierung leichter umzugehen, als mit einer demokratischen Administration, die oft mit idealistischen und irrationalen Vorstellungen, überzogenen politischen Forderungen (Aufbau von Demokratie und einer Zivilgesellschaft) sowie moralischen Ansprüchen (Minderheitenschutz und Achtung von Menschenrechten zum Beispiel in Tschetschenien) das russisch-amerikanische Verhältnis strapazierten.<sup>74</sup>

Die Hoffnungen auf einen kooperativen Ansatz der neuen Administration zerschlugen sich (vorerst) in den ersten Monaten der Amtszeit Bushs. Es schien, als wolle Washington Salz in alle offenen Wunden des russisch-amerikanischen Verhältnisses streuen. Die Kontroversen der vergangenen Jahre setzten sich

<sup>74</sup> Beispiele für die anfänglich optimistische Haltung gegenüber der neuen amerikanischen Administration sind u.a.: Arsenij Arent'ev, Buš – istoričeskij šans dlja Rossii? (Bush: Eine historische Chance für Rußland?), in: strana.ru (Internet-Ausgabe), 27.10.2000; Aleksej Podberezkin, Vašington i Moskva menjajut orientiry. Nacional'nye interesy SŠA i Rossii kak ključ k ponimaniju mirovoj politik v novom veke (Washington und Moskau ändern ihre Orientierung: Die nationalen Interessen der USA und Rußlands als Schlüssel für das Verständnis der internationalen Politik im neuen Zeitalter), in: Nezavisimaja gazeta, 11.1.2001, S. 3. Bereits während der Kampagne gab es optimistische Auffassungen hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung einer republikanischen Administration, so beispielsweise Boris Gryzlov in einem Interview, in: Vek, 4.8.2000, S. 1.

entweder fort oder verschärften sich. Dies betraf (1) die amerikanische Kritik am Verhalten russischer Streitkräfte und Sondertruppen in Tschetschenien und die offiziellen Kontakte der USA mit Repräsentanten der abtrünnigen Republik, (2) das Ringen um Einfluß im kaukasischen und zentralasiatischen Raum, (3) die russische Politik gegenüber dem Irak und Iran bis hin zu russischen Lieferungen von Nukleartechnologie und konventionellen Waffen an den Irak, (4) die Besuche Putins in Nordkorea und Cuba, (5) die »strategischen Partnerschaften« Rußlands mit China und Indien, (6) die Ausweisung von angeblichen oder tatsächlichen russischen Spionen aus den Vereinigten Staaten, (7) eine weitere mögliche Runde der Nato-Erweiterung und (8) die amerikanischen Pläne zum Aufbau eines strategischen Abwehrsystems.

Die Machtelite in Moskau betrachtete die Außen- und Sicherheitspolitik Washingtons unter der neuen Administration wieder verstärkt mit Skepsis und Mißtrauen. Die amerikanisch-britischen Luftschläge auf Ziele in Irak im Februar wurden als Zeichen dafür gewertet, daß die neue Administration vom Gedanken der Anwendung »roher Gewalt besessen« sei; der Stil von Bush Jr. erinnere nicht an den seines Vaters, sondern an den von Ronald Reagan, hieß es.<sup>75</sup>

Für Spannungen im russisch-amerikanischen Verhältnis sorgten auch Berichte in der »Washington Times« im Januar und Februar 2001 unter Berufung auf den US-Geheimdienst, daß taktische Nuklearwaffen nach Kaliningrad verlegt worden seien. Derartige Berichte wurden vom russischen Präsidenten (»absoluter Quatsch«), vom Verteidigungsministerium (»völlig unwahr«), vom Baltischen Flottenkommando (»entsprechen nicht der Wirklichkeit«) und vom Gouverneur der Region (»Kaliningrads

<sup>75</sup> Dmitrij Kozyrev/Marina Belen'kaja, »Refleks Buša«: ne znaeš', čto delat', nanosti raketnye udary (Der »Bush-Reflex«: Wenn man nicht weiß, was man tun soll, dann teilt man Raketenschläge aus), in: Nezavisimaja gazeta, 20.2.2001, S. 1. »Washington und London setzen weiterhin auf Gewalt in den Beziehungen zu Irak«, meinte auch das russische Außenministerium; zit. in: Sergej Zumbaev, Udar po Bagdadu – udar po miru (Der Schlag auf Bagdad: Ein Schlag auf den Frieden), in: Krasnaja zvezda, 20.2.2001, S. 3.

nuklearfreier Status »wird nicht verletzt«) scharf zurückgewiesen.<sup>76</sup> Ein Vertreter des Außenministeriums stellte die Berichte in den Zusammenhang mit »anderen Äußerungen der Bush-Administration«, die alle darauf abzielten, Rußland für all die Probleme der Region verantwortlich zu machen und »das Image der Führung des Landes auf der Weltbühne zu unterminieren«.<sup>77</sup>

Mit »anderen Äußerungen« waren vermutlich besonders Bemerkungen von Condoleezza Rice, der neuen Sicherheitsberaterin des Präsidenten, und dem neuen amerikanischen Verteidigungsminister, Donald Rumsfeld, gemeint. Kurz vor den amerikanisch-britischen Luftschlägen auf den Irak hatte Rice in einem Interview mit »Le Figaro« gesagt: »Ich glaube aufrichtig, daß Rußland eine Bedrohung ganz allgemein für den Westen und insbesondere für unsere europäischen Verbündeten darstellt.« Sie ging auch auf das Thema Rußland, Nahost und Irak mit den Worten ein: »Meine Prognose ist, daß sich Rußland mehr und mehr den arabischen Staaten einschließlich Irak annähern wird und daß diese Entwicklung es letztlich dahin führen wird, sich zu weigern, einen Beitrag zu gewissen Bemühungen zugunsten des Friedens zu leisten.«<sup>78</sup>

Aller Wahrscheinlichkeit nach meinte sie damit eine konstruktive Teilnahme Moskaus an amerikanischen Bemühungen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme einzuschränken oder zu verhindern.

Zur Haltung Rußlands in dieser Frage hatte Verteidigungsminister Rumsfeld wenige Tage zuvor deutliche Worte gefunden. »Laßt uns ganz ehrlich darüber sprechen, was Rußland tut«, meinte er in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS: »Rußland trägt aktiv zur Weiterverbreitung [von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel] bei. Sie [die Russen] sind Teil des Problems. Sie verkaufen diese Technologien an Länder wie Iran,

Nordkorea und Indien und unterstützen sie, und diese Länder wiederum bedrohen andere – wie die Vereinigten Staaten und Westeuropa sowie Länder im Nahen Osten.« Rumsfeld verband diese Unterstellung mit scharfer Kritik an Rußlands Haltung zur amerikanischen NMD: Es sei »fehl am Platze, wenn sie [die Russen, Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel] aktiv weiterverbreiten und sich dann darüber beklagen, daß die Vereinigten Staaten sich gegen die Ergebnisse dieser Weiterverbreitungsaktivitäten verteidigen wollen«.<sup>79</sup>

In Washington herrschte offensichtlich keine Eile, mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Auch nach den Gesprächen zwischen den Sicherheitsberatern Iwanow und Rice in Washington im März und den Außenministern Iwanow und Powell in Cairo im April 2001 wurde Putin noch nicht zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2001 kam es zwar zu Begegnungen zwischen dem von russischen und westlichen Beobachtern als »Nummer 2« im Kreml angesehenen Vertrauten des russischen Präsidenten, Sergej Iwanow, und Nato-Generalsekretär Robertson wie auch dem Hohen Vertreter für die GASP, Javier Solana, nicht aber zu einem Gespräch zwischen Iwanow und Rumsfeld. Letzterer erwähnte Rußland in seinem Vortrag mit keinem einzigen Wort, was nicht nur von Konferenzteilnehmern in München, sondern auch von Beobachtern in Moskau – dort mit einiger Irritation – registriert wurde.<sup>80</sup>

Die Mischung aus gegenseitigen Beschuldigungen, gespielter oder echter Verstimmung und Wiederholung scheinbar unverrückbaren Positionen löste sich erst bei dem Treffen zwischen Putin und Bush in Ljubljana am 16. Juni auf.

Putin charakterisierte den Ablauf des zweistündigen Gesprächs mit Bush mit den Worten, ihm sei »gesagt worden, der [amerikanische] Präsident könne nicht lange zuhören, er ziehe es vor, selbst zu reden, werde nach fünf Minuten unruhig und warte darauf,

<sup>76</sup> Russia Denies Report of Baltic Arms Buildup, in: IHT, 5.1.2001, S. 5. Putins Dementi vom »absoluten Quatsch« erfolgte auf deutsch gegenüber Bundeskanzler Schröder bei seinem Besuch anlässlich des russisch-orthodoxen Weihnachtstags Anfang Januar; Markus Wehner, Schröder und Putin fahren miteinander Schlitten, in: FAZ, 8.1.2001, S. 3.

<sup>77</sup> Vladimir Kozin, Who Really Wants Baltic Nukes?, in: Moscow Times (Internet-Ausgabe), 26.2.2001. Der Autor zeichnete als »Senior Counselor for the Russian Foreign Ministry«, seine Stellungnahme bezeichnete er als »persönliche Meinung«.

<sup>78</sup> Condoleezza Rice, Conseillère pour la sécurité: La vigie de Bush, in: Le Figaro Magazine, 10.2.2001, S. 16–18.

<sup>79</sup> Rumsfeld Deems Missile Shield Feasible. Russia's Concern is Misplaced, He Says [Wortlaut des Interviews], in: U.S. Department of State, Office of International Information, <http://usinfo.state.gov/scripts>. Das Interview fand am 14.2.2001 statt.

<sup>80</sup> Vadim Solov'ev, Očerednye zigzagi v voennyh otnošenijach. Moskva i Vašington vydvigajut raznonapravlennye predloženiya po protivoraketnoj oborone (Normale Zick-Zack-Bewegungen in den Militärbeziehungen: Moskau und Washington unterbreiten unterschiedliche Vorschläge zur Raketenabwehr), in: NVO, 23.-29.2.2001, S. 1, 2.

daß sein Gesprächspartner fertig werde. In Wirklichkeit war das alles ganz anders. Der Präsident erwies sich als sehr aufmerksamer und sehr interessierter Zuhörer. Er reagiert dynamisch auf all das, was ihm gesagt wird. Er hört mit einem kritischen Ohr zu und vertritt seinen eigenen Standpunkt ganz offen. Sofort entwickelte sich eine Beziehung großen Vertrauens.<sup>81</sup> In Ljubljana selbst, auf der gemeinsamen Pressekonferenz, hatte Bush ähnliches über Putin gesagt: »Ich schaute dem Mann in die Augen und fand ihn sehr offen und vertrauenswürdig. ... Ich war in der Lage, ein Gefühl für seine Seele zu entwickeln; er ist ein Mann, der sich sehr ernsthaft seinem Land und den wohl verstandenen Interessen seines Landes verpflichtet fühlt.«<sup>82</sup>

Inhaltlich kamen bei den außenpolitischen Themen die Nato-Erweiterung und das Baltikum, der Nahe Osten, der Balkan, Nagorni Karabach, die Ölförderung im Gebiet des Kaspischen Meers, die Zusammenarbeit russischer und amerikanischer Gesellschaften beim Bau der Ölleitung nach Noworossisk, Tschetschenien, Georgien und die Lage der Medien in Rußland zur Sprache – und natürlich auch NMD und der ABM-Vertrag. Eine Veränderung der Positionen wurde von den beiden Präsidenten nicht festgestellt. Sie bemühten sich aber, den Eindruck zu erwecken, als seien unterschiedliche Auffassungen nirgends grundsätzlicher Art. Insgesamt wurden die Gespräche als »aufrichtig«, »nützlich« und »konstruktiv« hingestellt, als »eine gute Basis«, auf der die russisch-amerikanische Zusammenarbeit weiterentwickelt werden könne. Wichtig sei, meinte Putin, daß der amerikanische Präsident davon ausgehe, daß Rußland und die Vereinigten Staaten heute keine Gegner mehr sind und sie sogar Verbündete werden könnten.<sup>83</sup>

Insbesondere von amerikanischer Seite wurde der Eindruck erweckt, als entwickle sich ein intensiver Dialog. Präsident Bush, sagte Wolfowitz vor dem Senat

<sup>81</sup> Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

<sup>82</sup> Transcript, Bush-Putin News Conference, Ljubljana, Slovenia, 16.6.2001, <http://www.cnn.com/2001/WORLD/europe/06/18/bush.putin.transcript/>. Putin hatte auch auf der Pressekonferenz anerkennende Worte für Bush gefunden. Der Präsident sei ein Mann »der die Geschichte studiert hat« und ihrem Verständnis einen »globalen, breit gefächerten Ansatz« zugrunde lege.

<sup>83</sup> Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12].

am 17. Juni, werde sich nach dem Treffen in Ljubljana Mitte Juni 2001 mit Putin wieder Mitte Juli in Genua (aus Anlaß der G-7/G-8-Konferenz) treffen; er habe den russischen Präsidenten »auf seine Ranch in Crawford, Texas eingeladen und eine Einladung angenommen, Präsident Putin in Rußland zu besuchen. Verteidigungsminister Rumsfeld und Außenminister Powell befinden sich ebenfalls in Diskussionen mit ihren russischen Kollegen. Ein wichtiger Dialog ist also im Gange, und wir sind hinsichtlich der Aussichten für eine Übereinkunft mit Rußland optimistisch.«<sup>84</sup>

Die »gute Basis« wurde auf dem Treffen zwischen Putin und Bush in Genua verbreitert. Dort wurde von den beiden Präsidenten, wie erwähnt, schon »weitgehende und greifbare Übereinstimmung« festgestellt und Gespräche auf Ministerebene über die »miteinander verbundenen Themen offensiver und defensiver Systeme« vereinbart.

### Militärstrategische Dimensionen

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das rapide Schrumpfen der nuklearstrategischen Offensivsysteme der *wichtigste Faktor*, von dem die russische Haltung zu NMD und neuen vertraglichen Regelungen bei den Defensivwaffen abhängt.

Der Hauptgrund dafür liegt einerseits darin, daß das nuklearstrategische Arsenal des Kernlandes der einstigen Supermacht Sowjetunion nach ihrem Zerfall zusammen mit dem Status als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat als wesentliches Element des Großmachtanspruchs gilt. Dieser Teil des militärischen Potentials Rußlands stellt auch das letzte verbliebene Symbol einer allerdings immer unglaubwürdiger werdenden politischen und strategischen Gleichheit und Ebenbürtigkeit mit den Vereinigten Staaten dar. Alle wichtigen Grundsatzdokumente zur nationalen Sicherheit weisen auf die ungebrochene Bedeutung von Nuklearwaffen als Instrument der Abschreckung hin; in den Kommentaren wird sogar ihr größerer Stellenwert angesichts der »Schwäche«, das heißt in Wirklichkeit katastrophalen Situation der konventionellen Streitkräfte festgestellt.

Andererseits haben die Auflösungsprozesse im Bereich der Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes sowie die akuten Finanzierungsprobleme militärischer und militärtechnischer Vorhaben nicht vor den nuklearstrategischen Kräften

<sup>84</sup> Wolfowitz, Senate Hearing [Anm. 2].

Halt gemacht. Dabei verbanden sich Außerdienststellungen wegen Überalterung der Systeme mit vertraglich vereinbarten Reduzierungen gemäß START-II-Vertrag und Zusatzprotokoll. Die Entwicklung verlief im Zeitraum von 1991 bis 2001 wie folgt:

- Bei den Raketen interkontinentaler Reichweite (ICBM) beseitigte Rußland seine Systeme vom Typ SS-11, SS-13 und SS-17. Von den einst 308 SS-18 sind nur noch 180 vorhanden. Der ursprüngliche Bestand an SS-19 ist von 300 auf 140 zurückgeführt worden, die Anzahl der SS-25 fiel von 89 auf 46. Nur die Anzahl der (mobilen) SS-25 erhöhte sich – von 288 auf 360. Eine neue Interkontinentalrakete, die SS-27 oder »Topol-M« wurde produziert; allerdings konnten bis Anfang 2001 nur insgesamt 27 Raketen (3 Regimenter) dieses Typs aufgestellt werden.
- Beim *seegestützten* nuklearstrategischen Potential, den U-Booten (SSBN) und Raketen (SSLM), waren die Einschnitte noch tiefer als bei den landgestützten Raketen. Der Bestand fiel von 940 Raketen auf 62 U-Booten auf 324 Raketen auf 19 nuklear angetriebenen U-Booten (dazu weitere 180 SLBM auf elf vorläufig stillgelegten Booten, die aber in den START-Verhandlungen weiterhin angerechnet werden). Allerdings liegen praktisch alle »einsatzfähigen« SSBNs untätig in den jeweiligen Marinestützpunkten, weil längere Einsätze auf See erhebliche Kosten verursachen und neben den Finanzmitteln auch die notwendigen Besatzungen fehlen.
- Die Anzahl der strategischen *Bombenflugzeuge*, der schwächste Teil der Triade strategischer Kräfte Rußlands, ging von 162 auf 102 Mitte 2000 zurück. Die Produktion der Tu-160 (Blackjack), des modernsten Bombers, lief zwar noch kurze Zeit weiter, insgesamt stieg deren Zahl jedoch nur um vier auf 19 Flugzeuge an. Ein weiterer geringfügiger Ausgleich für die Vernichtung und Stilllegung veralteter Bomber war der Abschluß des Transfers von drei Tu-95 (Bear) und acht Tu-160 von der Ukraine an Rußland als Teil der Verringerung der Auslandsschulden Kiews an Moskau.<sup>85</sup>

<sup>85</sup> Zahlenangaben sowie Analyse der Entwicklung der nuklearstrategischen Fähigkeiten Rußlands folgen der umfassenden Studie *Carnegie Endowment for International Peace/Monterey Institute of International Studies, Nuclear Status Report: Nuclear Weapons, Fissile Material, and Export Controls in the Former Soviet Union*, 6 (Juni 2001); zusätzliche hier herangezogene Darstellungen und Analysen: Walter Schilling, *Zustand und Perspektiven der strategischen Rüstung Rußlands*, in: *Osteuropa*, 50 (Januar 2000) 1, S. 56–61; Lothar Rühl, *Tiefe Schnitte sind ohne Risiken möglich*, in: *FAZ*, 24.7.2001, S. 7.

Oberflächlich betrachtet ist das derzeitige nuklearstrategische Arsenal Rußlands mit insgesamt fast 6000 Gefechtsköpfen auf 1173 strategischen Trägersystemen enorm (siehe Tabelle 1). Sowohl russische als auch westliche Militärfachleute sind sich aber darin einig, daß erhebliche Mängel bei der Reparatur und Wartung und nur noch vereinzelt stattfindende Übungen und Seepatrouillen die Einsatzbereitschaft der nuklearstrategischen Systeme drastisch gesenkt haben und daß Triebwerke und Elektronik nahezu aller Trägersysteme der Triade rasch veralten und bis zum Jahre 2010 ausgemustert werden müssen.<sup>86</sup>

Die russische Militärführung ging in der Amtszeit Sergejews, der seine militärische Karriere in der Raketenarmee gemacht hatte, davon aus, daß die Verringerung des nuklearen Arsenal durch Modernisierung ausgeglichen werden könnte. Diese Erwartung hat sich als illusorisch herausgestellt. Neue Bauvorhaben sowohl für Groß-U-Boote (SSBN, Borey-Klasse) sowie SLBMs (SS-NX-28) wurden aufgrund von Finanzmangel und technischen Problemen vorerst eingestellt. Die Produktion und Stationierung der Paradewaffe der RWSN, die Topol-M (SS-27) vollzieht sich schleppend: Bis zum Jahre 2003 sollten zwischen 250 und 300 Topol-M disloziert werden, und noch im Herbst 1998 hatte die Regierung vor, ab dem Jahr 2000 jährlich mindestens 35–45 Topol-M-Raketen herzustellen.<sup>87</sup> Anfang 2001 waren aber erst lediglich *insgesamt* drei Topol-M-Regimenter mit insgesamt 27 Raketen einsatzbereit; das entspricht einer jährlichen Dislozierungsrate von weniger als 10 Raketen.<sup>88</sup>

Trotz des für Rußland vorteilhaften (aber, wie erwähnt, von den USA nicht ratifizierten) Zusatzprotokolls zum START-II-Vertrag vom September 1997 mit der Verlängerung der Implementierungsfrist von Ende

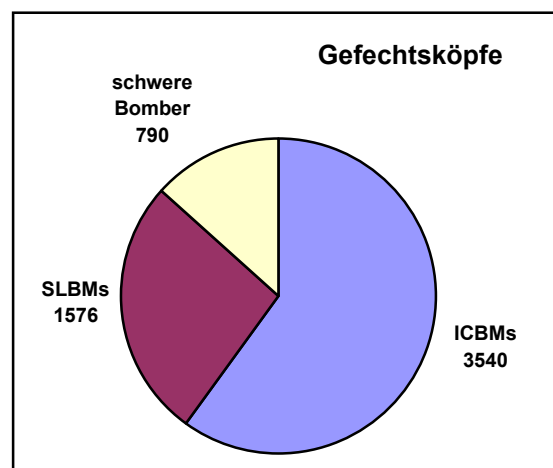
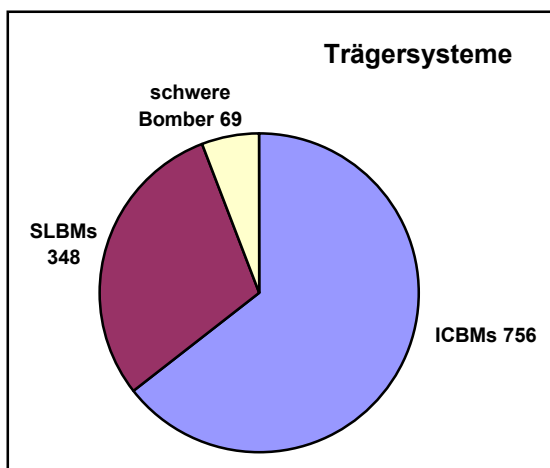
<sup>86</sup> Siehe beispielsweise die umfangreiche Studie von A. S. D'jakov/P. B. Romaškin/T. T. Kadyšev u.a., *Rossijsko-amerikanskije otnošenija v oblasti sokraščeniya jadernych vooruženij: sovremennoe sostojanie i perspektivy* (Die russisch-amerikanischen Beziehungen im Bereich der Begrenzung nuklearer Waffen: Derzeitiger Stand und Perspektiven), Zentrum für die Erforschung der Probleme der Abrüstung, Energie und Ökologie am Moskauer Physikalisch-Technischen Institut, Moskau 2001.

<sup>87</sup> Angaben des damals in der Regierung für Wirtschaftsfragen zuständigen Ersten Vizepremiers, Jurij Masljudow, *Maslyukov Calls for Russian Nuclear Rearming*, in: *James-town Foundation Monitor: A Daily Briefing on the Post-Soviet States*, 7.10.1998; *Maslyukov Plan to Hurt Defense Contractors?*, in: *RFE/RL Newsline* (Internet), 2 (21.10.1998) 204.

<sup>88</sup> Zahlenangabe laut RWSN-Chef Jakowlew, »Topolej-M« stanet bol'se (Die »Topol-M« werden mehr), in: *Nezavisimaja gazeta* (Internet-Ausgabe), 16.12.2000.

**Tabelle 1**  
**Rußlands nuklearstrategisches Potential (Stand: Mai 2000)**

Type (russ./amerik. Bezeichnung)	Trägersysteme	Gefechtsköpfe
R-36M/RS-20/SS-18 Satan	180	1800
UR-100N/RS-18/SS-19 Stiletto	150	900
RT-23/RS-22/SS-Scalpel, in Silos	10	100
RT-23/RS-22/SS-24 Scalpel, auf Eisenbahnsch.	36	360
RT-2PM/RS-12M/SS-25 Sickle	360	360
RT-2-PM2/RS-12M/Topol-M	20	20
Zwischensumme, ICBMs	756	3540
Delta III/Projekt 667 BDR R-29R/RSM-50/SS-N-18	SSBNs: 11 SLBMs: 176	528
Typhoon/Projekt 941 R-39/RSM-52/SS-N-20	SSBNs: 3 SLBMs: 60	600
Delta IV/Projekt 667 BDRM R-29M/RSM-54/SS-N-23	SSBNs: 7 SLBMs: 112	448
Zwischensumme, SSBNs/SLBMs	SSBNs: 21 SLBMs: 348	1576
Zwischensumme, ballistische Raketen	1104	5116
Tu-95MS/Bear H16	34	544
Tu-95MS/Bear H6	29	174
Tu-160/Blackjack	6	72
Zwischensumme, schwere Bomber	69	790
Insgesamt	1173	5906



Quelle: Carnegie Endowment for International Peace/Monterey Institute of International Studies, Nuclear Status Report: Nuclear Weapons, Fissile Material, and Export Controls in the Former Soviet Union, 6 (Juni 2001), S. 5.

2003 auf Ende 2007 und der Ratifizierung von START II nebst Zusatzprotokoll durch Rußland sind die Regelungen für Moskau immer noch aus zwei Gründen nachteilig: (1) Das Verbot von Mehrfachsprengköpfen zwingt Rußland, die Modernisierung der Topol-M (mit einem Sprengkopf getestet) voranzutreiben, es ist dazu aber offensichtlich finanziell nicht in der Lage; (2) es kann weder die im Vertrag vereinbarten Obergrenzen von 3000–3500 Sprengköpfen noch die im Protokoll als Ergebnis eines START-III-Abkommens anvisierten 2000–2500 Sprengköpfe erreichen. Rußland hat infolgedessen ein wesentliches Interesse daran, genau das zu erreichen, was Präsident und Duma im Zusammenhang mit der Ratifizierung von START-II und danach gefordert haben: Abschluß von START-III-Verhandlungen bis Ende Dezember 2003 mit Obergrenzen von 1000 bis 1500 Sprengköpfen. In richtiger Erkenntnis der russischen Zwangslage haben die USA dem russischen Junktum zwischen Einhaltung des ABM-Vertrags und Reduzierung der Offensivwaffen ein eigenes entgegengesetzt: START-III-Vereinbarungen mit Obergrenzen von weniger als 3000–3500 Sprengköpfen nur bei einer Modifizierung des ABM-Vertrags.<sup>89</sup>

Wenn der Status als Weltmacht und die strategische Ebenbürtigkeit mit den Vereinigten Staaten für Moskau weiterhin wichtige Zielsetzungen sind, ist eine einvernehmliche Lösung beim Komplex Offensiv- und Defensivwaffen – die Annahme eines Pakets, in dem START-III und eine Modifikation oder Ersetzung des ABM-Vertrags miteinander verbunden sind – nahezu unabwendbar.

Entscheidungen in dieser Frage hängen allerdings nicht nur von der nuklearstrategischen Logik ab. Zu prüfen sind andere, auch sicherheitspolitische Faktoren im Entscheidungsprozeß Moskaus. Inwieweit sind beispielsweise NMD und die Osterweiterung der Nato miteinander verbunden?

<sup>89</sup> Diese Position wurde amerikanischen Berichten zufolge bereits in der Clinton-Administration von John Holum, Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im State Department, in Verhandlungen mit Jurij Kapralow, Leiter der Abteilung für Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, im Januar 2000 entwickelt; siehe Steven Lee Myers/Jane Perlez, Documents Detail U.S. Plan to Alter '72 Missile Treaty, in: New York Times, 27.4.2000 sowie Carnegie Endowment/Monterey Institute, Nuclear Status Report [Anm. 85], S. 43–44.

## NMD und Nato-Erweiterung

Eine mögliche Verbindung hat Putin in Äußerungen gegenüber Nato-Generalsekretär Robertson im Februar 2001 zum Ausdruck gebracht. Es gebe derzeit zwei Probleme, die Rußland »beunruhigen«, meinte der russische Präsident: Das erste sei NMD, das zweite die Nato-Erweiterung.<sup>90</sup> In diesem Zusammenhang spielte er auf die oben zitierten Bemerkungen von Sicherheitsberaterin Rice an. »Wir können lesen«, sagte er, und es »stört uns«, wenn westliche Beamte »versuchen, das Image Rußlands als eines Reichs des Bösen wiederherzustellen, das irgend jemand bedrohe«. Er glaube allerdings, daß das wirkliche Image Rußlands »niemand schrecke«. »Wir begrüßen es auch«, führte er weiter aus, »daß die Allianz Rußland nicht als einen Gegner sieht. Aber die Ausdehnung der Allianz an unsere Grenzen kann nur so erklärt werden, daß sich die Nato durch Rußland bedroht fühlt.«<sup>91</sup>

Trotz Putins Bemerkung schon vom März 2000, er wolle unter der Voraussetzung, daß sein Land innerhalb der Nato als »gleichberechtigter Partner« behandelt werde, einen Beitritt Rußlands zum westlichen Bündnis langfristig »nicht ausschließen«, trotz der Wiederaufnahme der Gespräche im Nato-Rußland-Rat, der Übergabe des Vorschlags über den Aufbau einer europäischen Raketenabwehr-Eingreiftruppe an den Nato-Generalsekretär und der Wiedereröffnung des Nato-Informationsbüros in Moskau bleibt die russische Haltung zum westlichen Bündnis weiterhin grundsätzlich kritisch. Und in dem Maße, in dem die Moskauer Machtelite den Vereinigten Staaten weiterhin ein Streben nach Weltherrschaft unterstellt, sind sowohl NMD als auch die Nato und ihre Erweiterung nach Osten miteinander verbunden. Diese Verbindung wird auch wie folgt hergestellt:

- Traditionellen sowjetischen wie auch heutigen russischen Vorstellungen zufolge spielen die Vereinigten Staaten in der Nato nicht nur eine führende, sondern die beherrschende Rolle.
- Die Nato legitimiert nicht nur die amerikanische Präsenz in Europa, sondern ist auch ein wichtiges Instrument, um amerikanischen Einfluß in Europa, »out of area« und global sicherzustellen.

<sup>90</sup> Solov'ev, Očerednye zigzagi [Anm. 80].

<sup>91</sup> Peter Baker/Susan B. Glasser, Russia Details Anti-Missile Alternative, in: Washington Post, 21.2.2001, S. A16; Rußland schlägt NATO europäische Raketenabwehr vor, in: Süddeutsche Zeitung, 21.2.2001, S. 1.

- Die amerikanischen Pläne zum Aufbau eines nationalen »strategischen« Raketenabwehrsystems sind technologisch mit den Möglichkeiten und politisch mit den Absichten der USA verbunden, über den Aufbau von regionalen Fähigkeiten (TMD) amerikanische Truppen und Verbündete in Europa, Ostasien und im Nahen und Mittleren Osten zu schützen.

Es überrascht infolgedessen nicht, daß schon die Wiedereröffnung des Nato-Informationsbüros kontrovers war und nach Ansicht russischer Beobachter im Außenministerium auf »scharfen Widerstand« stieß.<sup>92</sup> Die schon so oft besprochene und in Aussicht gestellte militärische Vertretung der Nato in Moskau gibt es immer noch nicht. PfP-Aktivitäten unter Beteiligung Rußlands lassen ein wirkliches Engagement Moskaus vermissen. Die prinzipielle russische Kritik an den Nato-Luftangriffen auf Jugoslawien vom Frühjahr 1999 wird weiterhin aufrecht erhalten.

Putins engste Berater haben sich die negative Sicht der Nato zu eigen gemacht. Einerseits, behauptet Sergej Iwanow, sehe Rußland ein geeintes Europa, frei von Trennungslinien und militärischen Konflikten, als wesentlichen Bestandteil einer neuen Friedensordnung an und messe dabei der »Zusammenarbeit mit der Nordatlantischen Allianz eine wichtige Bedeutung« zu. Andererseits wirft er der Nato im selben Atemzug vor, sie habe mit ihren Luftangriffen auf Jugoslawien die »Eskalation des Konflikts im Kosovo zu einer humanitären Katastrophe« bewirkt, ein »ökologisches Desaster heraufbeschworen, welches [in seinem Ausmaß] die Katastrophe von Tschernobyl übertrifft«, und zum »systematischen Anwachsen von Gewalt beigetragen und eine politische Sackgasse geschaffen, welche die europäische und allgemeine Sicherheit bedroht.«<sup>93</sup>

Noch deutlicher hat sich General Iwaschow zur Nato geäußert. Hatte er die Nato schon während der Luftangriffe auf Jugoslawien als »verbrecherische Organisation« bezeichnet, die »keine Existenzberechtigung« habe, erklärte er im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Nato-Informationsbüros, dies sei im Grunde genommen ein »erzwungener Schritt«, der sich aus den Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem westlichen Bündnis ableite. Die Nato werde sich natürlich als »Friedens-taube« darstellen. Diese Irreführung sei aber kein

großes Problem. Derartige Bemühungen könnten »neutralisiert« werden. »Wir müssen [dabei] klar herausstellen, daß die Nato ein Monster ist, das alle bedroht.«<sup>94</sup>

Vor allem die Beitrittsgesuche der baltischen Staaten sind der Grund, warum Rußland »weiterhin« die Erweiterung der Nato »scharf« ablehnt und warum Jelzin eine »rote Linie« gezogen hatte, welche die Nato nicht überschreiten dürfe. Die Sicherheit Rußlands und die Stabilität Europas würden gefährdet, wenn ehemalige Sowjetrepubliken Teil der westlichen Allianz würden.<sup>95</sup>

»Die russische Bedrohung wird zwar nicht förmlich und offiziell als Grund für die Nato-Erweiterung angegeben«, schreibt eine Anhängerin nationalkonservativer Positionen, »der sogenannte ›russische Faktor‹ und die ›russische Vorherrschaft‹ in der Region fallen aber doch wie der Schatten Hamlets auf alle dramatischen Szenarios regionaler Sicherheit und Begründungen für die Mitgliedschaft der baltischen Länder in der Nato.« Käme es also zu einer neuen Welle der Nato-Erweiterung unter Einschluß Estlands, Lettlands und Litauens könnte dies »im Zusammenhang mit dem Problem der Landverbindungen [zwischen Rußland und seiner] Exklave Kaliningrad eine äußerst scharfe Krise in den Beziehungen [zwischen Rußland und dem Westen] provozieren.«<sup>96</sup>

Eine ausdrückliche Verbindung zwischen NMD und Nato-Erweiterung wird weder offiziell noch inoffiziell in Moskau gezogen, und ein quid pro quo kann auch Washington nicht anbieten. Wenn auch ohne Bezugnahme auf NMD hat der tschechische Präsident Vaclav Havel die Gründe dafür klar angesprochen: »Einem geopolitischen oder geostrategischen Interesse Rußlands Vorrang zu geben ... wäre das Schlimmste, was die Allianz tun könnte. Es würde die Rückkehr zum Ribbentrop-Molotov-Pakt bedeuten.«<sup>97</sup>

<sup>94</sup> Iwaschows Charakterisierung der NATO erfolgte auf einer Pressekonferenz, auf der er auf die Wiedereröffnung des NATO-Informationsbüros in Moskau einging; »NATO – éto monstr« (»Die NATO ist ein Monster«), in: Kommersant-Daily, 22.2.2001, S. 10.

<sup>95</sup> Sergej Iwanow auf der sicherheitspolitischen Konferenz in München am 4.2.2001 [Anm. 15]; Jelzin auf dem G-8-Gipfel in Birmingham im Mai 1998; Interview mit The Guardian, in: Atlantic News (Brüssel), 32 (16.5.1998) 3010, S. 3.

<sup>96</sup> Nadežda Arbatova, Paradoxy bezopasnosti v Baltijskom regione. Nužny netrivial'nye podchody (Sicherheitsparadoxe in der Baltischen Region: Nicht-triviale Ansätze sind notwendig), in: Nezavisimaja gazeta, 30.1.2001, S. 3.

<sup>97</sup> Vaclav Havel, Let the Balts Join NATO, in: Wall Street Journal, 14.5.2001, S. 8.

<sup>92</sup> Solov'ev, Očerednye zigzagi [Anm. 80].

<sup>93</sup> Sergej Iwanow auf der sicherheitspolitischen Konferenz in München am 4.2.2001; Ivanov, Vystuplenie [Anm. 15].



Insgesamt hat es den Anschein, als hege Putin auch *nicht* die Erwartung, Zugeständnisse bei der NMD/ABM-Frage könnten mit einem amerikanischen Entgegenkommen bei der Nato-Erweiterung getauscht werden. Konkret hieße dies vor allem keine Aufnahme der Baltischen Staaten Ende 2002 in Prag. Bushs Äußerungen in Warschau am 15. Juni zur Osterweiterung (»Nato-Mitgliedschaft für all diejenigen Demokratien Europas, die sie wollen ... kein neues München, kein neues Jalta«) könnten zwar als Abstecken einer prinzipiellen Position gewertet werden, die es um so eher erlaubt, den Zeitpunkt der Aufnahme der Baltischen Staaten hinauszuschieben (»die Frage ›Wann?‹ könnte noch innerhalb der Nato diskutiert werden«).<sup>98</sup> Diesen Schluß zu ziehen wäre allerdings gewagt.

Weiterhin ist anzunehmen, daß Putin die Aufnahme der Baltischen Staaten für wahrscheinlich hält. Zumindest exponiert er sich in Anbetracht der Erfahrung des erfolglosen Widerstands gegen die erste Runde der Nato-Erweiterung unter Jelzin weder mit scharfen Äußerungen noch durch Androhung von Gegenmaßnahmen. Wenn mit »adäquaten Maßnahmen« militärische Gegenmaßnahmen im Gegenzug zur Nato-Erweiterung gemeint gewesen sein sollten, habe er das jedenfalls »niemals so formuliert«.<sup>99</sup> Auch den politisch anstößigen Begriff der »roten Linie« vermeidet er tunlichst.

Wenn es zutrifft, daß Putin nicht davon ausgeht, Zugeständnisse bei der NMD/ABM-Frage könnten mit einem amerikanischen Entgegenkommen bei der Nato-Erweiterung erkaufte werden, andererseits aber die Erweiterung in Verbindung mit dem Ausbleiben einer einvernehmlichen Lösung bei NMD/ABM die russisch-amerikanischen Beziehungen stark belasten und dadurch auch das Verhältnis zwischen Rußland und Europa in Mitleidenschaft gezogen würde, stellt sich die Frage, ob Moskau eine »europäische Karte« im politischen und militärstrategischen Spiel mit Washington besitzt.

<sup>98</sup> Rede Bushs in Warschau am 15.6.2001; <http://www.cnn.com/2001/WORLD/europe/06/15/bush.warsaw.trans/>.

<sup>99</sup> Prezident RF: rassirenje NATO ne sootvetstvuet realijam segodnjašnjego dnja (Der Präsident der Russischen Föderation: Die Erweiterung der NATO entspricht nicht den heutigen Realitäten), in: <http://www.strana.ru/995468710.html>. Putin, Pressekonferenz in Moskau am 18.7.2001.

## Die »europäische Karte«

Im wesentlichen, so lassen sich entsprechende russische Einschätzungen zusammenfassen, ist Europa nur *eine* der wenigen Trumpfkarten, aber keine, die im NMD/ABM-Spiel entscheidend wäre.

Sowohl den regierungsnahen als auch den wenigen der Regierung eher kritisch gegenüberstehenden Zeitungen und den Fachzeitschriften zur internationalen Politik ist zu entnehmen, daß es in russischer Sicht eine Abstufung in der Haltung der drei größten europäischen Nato-Staaten zu NMD gibt. Großbritannien wird die größte Nähe zur amerikanischen Position zugeschrieben, Deutschland eine mittlere Stellung und Frankreich eine Haltung, welche der Rußlands am ehesten entspricht. Als eine der Optionen russischen Widerstands gegen NMD wird unter direktem Hinweis auf die sowjetische Kampagne gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa die Möglichkeit genannt, »die europäische Öffentlichkeit im Kampf gegen die Pläne der USA zu mobilisieren«. Derartige Anstrengungen seien aber zum Scheitern verurteilt: »Europa wird sich nicht gegen die USA von uns aufstacheln lassen.«<sup>100</sup>

In der Tat sind Kreml-Kampagnen zur Nutzung von »Widersprüchen zwischen den Machtzentren des Imperialismus« sowjetische Vergangenheit. Wie auch die gerade beschriebene Haltung Putins zur Nato-Erweiterung zeigt, sind die Ansätze des Kremels gegenüber den USA und Europa in sicherheitspolitischen Fragen subtiler und flexibler als unter Breschnjew oder noch unter Jelzin. Ein wirklichkeitsnahes Entscheidungskriterium wäre für Putin also weniger die Möglichkeit einer Einbindung europäischer Regierungen in eine anti-amerikanische Kampagne als die Chance, deren Besorgnisse hinsichtlich einer Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen und einer Verschärfung der sicherheitspolitischen Situation in Europa zu nutzen, um die Bush-Administration von einem unilateralen Vorgehen abzuhalten und zu einer *für Moskau vorteilhaften Verhandlungslösung* zu bewegen. Die Europäer könnten also dazu beitragen, falls Putin diese Option wählt, die Vereinigten Staaten in die »Verhandlungsfalle« zu locken.<sup>101</sup>

<sup>100</sup> Georgij Bovt, *Teatral'nye voiny* (Theaterkriege), in: *Izvestija* (Rußland-Ausgabe), 24.2.2001, S. 7.

<sup>101</sup> Insbesondere scheint sich Frankreich für einen derartigen Ansatz zu eigenen; siehe beispielsweise die Gemeinsame Erklärung Putins und Chiracs vom 4.7.2001, oben S. 12.

Als politisch am wichtigsten und zugleich typisch für die Haltung der Europäer wird in Moskau die Entwicklung der Haltung Berlins angesehen. Im Mai 2000 hieß es in einer Stellungnahme der Bundesregierung noch, der Zusammenhalt der Nato könnte durch die NMD-Pläne der Amerikaner gefährdet werden (die Besorgnis galt der Herausbildung von »Zonen unterschiedlicher Sicherheit« im westlichen Bündnis); »nukleare Aufrüstungseffekte seien zu befürchten«.<sup>102</sup> Auch der Besuch des deutschen Verteidigungsministers in Moskau Ende Januar 2001 schien russischen Erwartungen Auftrieb gegeben zu haben, Berlin könne in der NMD-Frage fester an Rußland gebunden werden. Hierzu können Bemerkungen beigetragen haben, die »internationale Architektur der Rüstungskontrolle darf nicht in Gefahr gebracht werden« und die Bundesregierung habe »großes Interesse daran, daß der [ABM-]Vertrag erhalten bleibt und nicht beschädigt wird«.<sup>103</sup>

Ob diese Erwartungen nun tatsächlich existierten oder nicht,<sup>104</sup> auf der Münchner sicherheitspolitischen Konferenz Anfang Februar wurde aus den Äußerungen Schröders, Scharpings und Fischers deutlich, daß sich die Bundesregierung nicht in einen Gegensatz zur Bush-Administration bringen lassen wollte. Außenminister Fischer wurde bei seinem Besuch in Moskau Mitte Februar mit den Worten zitiert, NMD sei zwar ein »zentrales Thema der internationalen Politik«. Gleichzeitig wurde aber seine Auffassung wiedergegeben, die Bundesregierung betrachte sich weder als »Bote« der USA noch als Vermittler zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, im Grunde genommen handle es sich hier um ein russisch-amerikanisches Problem, das man aber »in einer positiven Atmosphäre lösen« könne; die von Rußland eingenommene Haltung zu NMD sei auch wohl noch

nicht das letzte Wort Moskaus.<sup>105</sup> Ende Februar setzte sich der Kanzler wegen der technologischen Bedeutung und arbeitsmarktpolitischen Folgen sogar für eine Beteiligung deutscher Firmen an NMD ein.<sup>106</sup>

Die russischen Ansatzpunkte für eine Einbindung der Europäer in eine gemeinsame Position wurden auch durch die Veränderung der amerikanischen Haltung in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt: Zunehmend (zumindest gegenüber Europäern und anderen amerikanischen Verbündeten) wurde von Mitgliedern der Bush-Administration das »N« von NMD, das den nationalen amerikanischen Aspekt von Missile Defense bezeichnet, durch das geographisch unspezifische »B« für Ballistic Missile Defense ersetzt. Schließlich könnten die »Problemstaaten«, so wurde den Europäern nahegelegt, Europa schon mit Raketen mittlerer Reichweite und damit früher bedrohen, als die USA mit Interkontinentalraketen. Der Aufbau einer amerikanischen Raketenabwehr sei daher auch im europäischen Interesse, denn er sei lediglich Teil eines umfassenderen Abwehrschirms, der auch über die amerikanischen Truppen und die Verbündeten der USA in Übersee aufgespannt werden solle.

Vermutlich hat Rußland nicht zuletzt wegen derartiger amerikanischer Angebote und ihrer möglichen Anziehungskraft auf Europa den Vorschlag vom 20. Februar 2001 zum Aufbau einer »gesamteuropäischen« Eingreiftruppe zur Abwehr nichtstrategischer Raketen vorgelegt.

Nimmt man die Haltung der Bundesregierung als charakteristisch für die Mehrzahl der europäischen Staaten, so ist insgesamt zu sagen, daß sich die »europäische« Position im Laufe des letzten Jahres eher zuungunsten Rußlands gewandelt hat: von Appellen an die Adresse der Vereinigten Staaten, den ABM-Vertrag einzuhalten, zu Mahnungen an beide Vertragsparteien, beiderseits einvernehmliche Lösungen zu finden.

Ganz im Gegensatz dazu steht die Haltung einer anderen Macht, die bei Moskaus Entscheidungsfindung zum NMD/ABM-Problem von Bedeutung ist, nämlich die Chinas.

**102** Zit. bei Eckart Lohse, Der außenpolitische Blick schweift nun über Europa hinaus, in: FAZ, 17.2.2001, S. 7.

**103** Scharping kritisiert in Moskau Raketenschutzschild der USA, in: Die Welt (Internet-Ausgabe), 31.1.2001.

**104** Zumindest war ein Militärkorrespondent der gegenteiligen Meinung, Scharping habe sich »nicht dafür erwärmen können, die Reihen aktiver [NMD-]Gegner aufzufüllen«; Moskva prodolžat iskat' sojuznikov v NATO protiv amerikanskij sistemy PRO (Moskau fährt fort, Verbündete gegen das amerikanische NMD-System in der NATO zu suchen), in: Kommersant-Daily, 31.1.2001, S. 3.

**105** Germanija i RF obsuždajut problemu PRO (Deutschland und Rußland erörtern NMD), in: Nezavisimaja gazeta, 14.2.2001, S. 6. Evgenij Grigor'ev, Berlin meždu Moskovoj i Vašington (Berlin zwischen Moskau und Washington), ebd., 31.2.2001, S. 6.

**106** Günter Bannas, Kontinuierlicher Kurswechsel des Bundeskanzlers, in: FAZ, 1.3.2001, S. 3.

## Die russisch-chinesische »strategische Partnerschaft«

Rußland und China bewerten die Weltlage vielfach gleichlautend. Sie teilen das Unbehagen gegenüber dem »Streben der Vereinigten Staaten nach globaler Vorherrschaft« und befürworten entsprechend eine »multipolare« Welt; sie wenden sich gegen jegliche Einschränkung des »ausschließlichen« Mandats des UN-Sicherheitsrats bei der Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt; sie stellen der Aufweichung der staatlichen Souveränität Widerstand entgegen; sie lehnen »Einmischung« in die innerstaatliche Menschenrechts- und Minderheitenpolitik kategorisch ab; sie teilen Besorgnisse hinsichtlich der Auswirkungen radikal-islamistischer Bewegungen auf ihr Staatsgebiet und ihre Interessensphären; und nicht zuletzt lehnen sie die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer Raketenabwehr ab.

Diese Ablehnung hat sich immer wieder in gemeinsamen Erklärungen niedergeschlagen. »Die Aufrechterhaltung und strikte Beachtung des ABM-Vertrags ist von lebenswichtiger Bedeutung«, stellten Putin und Jiang Zemin beispielsweise im Juli 2000 in Beijing sowie im Juli 2001 anlässlich der Unterzeichnung des russisch-chinesischen Freundschaftsvertrags in Moskau fest. Der Vertrag sei ein »Eckpfeiler der globalen strategischen Stabilität und internationalen Sicherheit«, die »Grundlage für Schlüsselvereinbarungen über die Reduzierung und Begrenzung von strategischen Offensivwaffen und die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen«; »Rußland und China glauben, daß die Pläne [der USA] auf ein Streben nach Überlegenheit im militärischen Bereich und Sicherheitsangelegenheiten hinauslaufen«. Ihre Ausführung hätte die »ernstesten Auswirkungen nicht nur auf die Sicherheit Rußlands, Chinas und anderer Länder, sondern auch für die Sicherheit der USA selbst«.<sup>107</sup>

Die gemeinsame Ablehnungsfront sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß die Interessen-

lage der beiden Staaten bei der Raketenabwehr unterschiedlich ist. Der russische Widerstand richtet sich vor allem gegen NMD, weil es den Wert der russischen strategischen Offensivwaffen relativieren könnte und nur bedingt gegen ein von den USA geführtes Abwehrsystem in Europa. Moskaus Widerstand könnte schwinden, wenn die Stationierung strategischer Abwehrwaffen auf amerikanisches Territorium begrenzt würde und ein europäisches, »nichtstrategisches« Abwehrsystem Rußland einschloße.

Die Opposition Chinas richtet sich zwar auch gegen NMD, in viel stärkerem Maße aber gegen TMD. Dafür sprechen folgende Überlegungen: Das chinesische Nuklearwaffenpotential ist dem amerikanischen und russischen quantitativ und qualitativ weit unterlegen. China verfügt über ungefähr 400 nukleare Sprengköpfe, davon 250 »strategische« Waffen; letztere könnten entweder mit den China zur Verfügung stehenden 18–20 Interkontinentalraketen oder von U-Booten aus verschossen werden. Die ICBMs könnten aber nur die Westküste der USA erreichen, und für strategische Zwecke könnte Beijing derzeit nur ein U-Boot zum Einsatz bringen. Ab 2002 sollen neue Waffen auf beweglichen Rampen und auf U-Booten disloziert werden, und zehn Jahre später könnten insgesamt 100 Interkontinentalraketen mit bis zu 1000 Sprengköpfen einsatzbereit sein, deren Reichweite die amerikanische Ostküste einschließen würde.<sup>108</sup>

Auch ein modernisiertes chinesisches strategisches Offensivwaffenpotential könnte also – Leistungsfähigkeit und Anzahl der Abfangraketen vorausgesetzt – von NMD neutralisiert, im Angriffsfall mehr oder weniger vollständig ausgeschaltet werden. Auch künftig würde sich dadurch die Situation beider Staaten nicht grundlegend verändern: Ein chinesischer Angriff auf die USA verspräche keinen Vorteil, während die Vereinigten Staaten weiterhin in der Lage wären, durch einen nuklearstrategischen Gegenschlag die Lebensgrundlage Chinas zu zerstören. NMD ist daher zwar eine wichtige, aber keine zentrale Frage chinesischer Politik.

**107** Gemeinsame Erklärung Putins und Jiang Zemins zum ABM-Vertrag, 19.7.2001, RIA-Novosti, 19.7.2000; auf dieses Dokument wurde genau ein Jahr später in einer weiteren Erklärung aus Anlaß der Unterzeichnung des russisch-chinesischen Freundschaftsvertrags Bezug genommen und ihr Inhalt bestätigt; siehe Sovmestnoe zjavlenie Prezidenta RF V. V. Putina i Predsedatel'ja Kitajskoj Narodnoj Respubliki Czjan Czemin' (Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation und des Vorsitzenden der Chinesischen Volksrepublik, Jiang Zemin), Pressemitteilung des russischen Außenministeriums vom 18.7.2001.

**108** Ausführlich hierzu siehe *Arnhold*, Raketen und Raketenabwehr [Anm. 14], S. 52–59, und *Kay Möller*, China und National Missile Defense: Mythen und Fakten, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2000 (SWP-aktuell, 60); *Joachim Krause/Frank Umbach*, Präsident Bush: Überprüfung der US-Streitkräfte und Raketenabwehr – Neue Horizonte der strategischen Rüstungskontrolle?, in: *DGAP* (Hg.), Policy-Forum NMD, <http://www.weltpolitik.net/policy-forum/article/213.html>.

Falls jedoch die USA ein regionales Raketenabwehrsystem in Ostasien aufbauen würden oder dazu beitragen, wären zentrale Fragen chinesischer Politik betroffen. Der ohnehin große Einfluß der Vereinigten Staaten in der Region würde gefestigt und weiter ausgebaut. Vor allem würde der für China außenpolitisch wichtigste Nerv berührt: die Taiwan-Frage. Ein amerikanisches oder von Washington bereitgestelltes Raketenabwehrsystem auf Taiwan würde das Selbstbewußtsein auf der Insel stärken und die Verhandlungsposition Pekings gegenüber Taipeh schwächen. Es würde den Wert chinesischer Kurz- und Mittelstreckenraketen auf dem Festland mindern, könnte Chinas Option, die Taiwan-Frage mit militärischen Mitteln zu lösen, erheblich einschränken und politisch unglaubwürdig machen.<sup>109</sup>

Verbal hat Putin zwar bisher die chinesische Position in TMD-Fragen unterstützt. Gemeinsam mit Jiang Zemin hat er »ernste Besorgnis und nachdrücklichen Protest gegen die Pläne einiger Staaten« angemeldet, »in der asiatisch-pazifischen Region ein nichtstrategisches Raketenabwehrsystem zu stationieren«. Rußland und China betrachteten die »Einbeziehung Taiwans in irgendeiner Form in von fremden Staaten geschaffene Raketenabwehrsysteme [als] unannehmbar«.<sup>110</sup>

Inhaltlich hat Moskau aber mit seinem Vorstoß vom Februar 2001, eine europäische Raketenabwehr-Eingreiftruppe aufzubauen, die Ablehnungsfront schon durchbrochen. Denn warum sollte Rußland in Ostasien nicht recht sein, was ihm in Europa (politisch) billig ist? Und, fragt Alexej Arbatow, was sollen wir denn unseren Bürgern sagen, die jenseits des Urals leben? »Entschuldigt bitte, Euch können wir nicht schützen, obwohl Ihr noch viel leichter von den Raketen [der ›Schurkenstaaten‹] erreicht werden könnt.« Nein, das ginge nicht. »Selbstverständlich, wenn Rußland ein derartiges System aufbaut, muß es dies sowohl in Europa als auch in Asien stationieren. Das werfe die Frage nach den Beziehungen zu China auf, das weder ein strategisches, noch ein nicht-strategisches System wolle, weder ein eigenes, noch ein russisches. Dies bedeute: »Eine Bewegung Rußlands in diese Richtung [Aufbau eines Abwehrsystems in Europa und Asien] würde faktisch eine *Umwälzung*

<sup>109</sup> Arnold, Raketen und Raketenabwehr [Anm. 14], S. 52–59; Möller, China und NMD [Anm. 108].

<sup>110</sup> Diese Äußerungen finden sich zwar in der Gemeinsamen Erklärung Putins und Jiang Zemins zum ABM-Vertrag vom 19.7.2000 [Anm. 107]; auf diese wurde aber in der Gemeinsamen Erklärung vom 18.7.2001 wieder Bezug genommen.

unserer Beziehungen zu China im militärpolitischen Bereich bedeuten.«<sup>111</sup>

Zumindest öffentlich hat Putin sich dem Problem möglicher Auswirkungen einer einvernehmlichen Lösung mit den Vereinigten Staaten und einer Zusammenarbeit mit der NATO bei der Raketenabwehr auf das russisch-chinesische Verhältnis nicht gestellt. So wick er auf der Pressekonferenz vom 18. Juni der Frage aus, ob denn seine Bereitschaft, Bedrohungen mit Washington gemeinsam zu erörtern und diese zu bekämpfen nicht bedeute, das China, »welches jegliche Art von Raketenabwehrsystem ablehnt, sich in größerer Gefahr sieht, seinen Unmut ausdrücken wird ... und Rußlands Beziehungen mit China sich in eine negative Richtung bewegen werden«. Putins Antwort: »Sie haben die Frage so formuliert, China nehme eine negative Haltung zu jeglicher Art von Raketenabwehr ein. *Davon ist mir nichts bekannt.*«<sup>112</sup>

Weiterhin nahm er nur zur Form der Gespräche mit Washington Stellung, nicht zu ihren Inhalten und möglichen Ergebnissen. Die »Transparenz unserer Handlungen« sei wichtig; es dürfe nicht der Eindruck einer »Verschwörung« entstehen.

Die verbalen Pflichtküren auf dem nicht besonders tragfähigem Eis russisch-chinesischer »strategischer Partnerschaft« können, um zusammenzufassen, nicht über die grundlegende Tatsache hinweg täuschen, daß Putin sich bei den Problemen NMD/ABM und TMD in Europa und Asien entscheiden muß, was in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik einen größeren Stellenwert einnehmen soll: die Beziehungen zu den USA und der Nato oder die »strategische Partnerschaft« mit China. Einer wohl verstandenen Interessenlage Rußlands würde der Ausbau seiner Beziehung zum Westen entsprechen. Die »Kosten« einer Verschlechterung des Verhältnisses zu China

<sup>111</sup> Ausführungen Arbatows auf einer Sitzung des Rats für Außen- und Sicherheitspolitik (SWOP) am 3.–4.3.2001, <http://www.svop.ru/9asmb1.zip>. (Hervorhebungen nicht im Original.) Arbatow ist SWOP-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungskomitees der Duma.

<sup>112</sup> Putin auf dem Treffen mit den Chefs der Vertretungen führender amerikanischer Medien in Moskau, 18.6.2001 [Anm. 12]. (Hervorhebung nicht im Original.) Gemeint war bei der von Patrick Tyler von der »New York Times« an Putin gerichteten Frage offensichtlich Chinas Ablehnung von sowohl NMD als auch von TMD. Putin ignorierte den TMD-Aspekt und parierte sophistisch mit der Feststellung: »Soweit ich weiß, lehnt China nicht das ab, was im [ABM-]Vertrag steht, also kann man nicht sagen, daß es sich gegen jegliche Raketenabwehr wendet.«

müßten dann eben getragen und Schadensbegrenzung betrieben werden. Zweifelhaft ist jedenfalls, daß Putin, falls er einer euroatlantischen Richtung Vorrang geben wollte, sich durch Rücksichtnahme auf China davon abhalten ließe. Wie er selbst sagt: »Natürlich denken alle Staaten dieser Welt [zuallererst] an ihre eigene Sicherheit.«<sup>113</sup>

Den offiziellen Begründungen Washingtons zufolge soll sich NMD allerdings nicht gegen China richten, sondern die von derzeitigen oder künftigen »Schurkenstaaten« ausgehenden Gefahren. Für Moskau stellt sich hierbei analog zu den Kosten einer engeren Zusammenarbeit mit den USA und der Nato im Verhältnis zu China die Frage, welche Konsequenzen eine derartige Kooperation – sei es bei der strategischen oder nichtstrategischen, regionalen Raketenabwehr – für seine Beziehungen zu diesen Staaten und insbesondere zu Iran hätte.

### Das Verhältnis Rußlands zu den »Schurkenstaaten«

Ein wesentlicher Teil der russischen Vorstellungen seit der Abkehr von Kosyrews euroatlantischer Orientierung und der Entwicklung der Idee einer »multipolaren« Welt war nicht nur die Absicht, »strategische Partnerschaften« mit China und Indien aufzubauen, sondern auch die Beziehungen zu den »traditionellen Verbündeten« der Sowjetunion in der Dritten Welt (Staaten wie Iran, Irak, Libyen, Syrien, Nordkorea und Kuba) zu verbessern.<sup>114</sup> Im Kontext der Beziehungen Rußlands zum Westen und insbesondere zu den Vereinigten Staaten schafft diese außenpolitische Orientierung Probleme, weil dies alles Länder sind, die in Washington als »Schurken«- oder »Problemstaaten« eingestuft wurden oder noch werden und einigen von ihnen (Iran, Irak, Libyen und Nordkorea) das Streben nach Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Einsatzmitteln zugeschrieben wird.

In der unter der Ägide Putins vom Außenministerium federführend entwickelten neuen außenpolitischen Konzeption wird einer dieser Staaten besonders hervorgehoben. Dort heißt es, es sei »wichtig, auch

weiterhin die Beziehungen zu *Iran* zu entwickeln».<sup>115</sup> Dieses Land verfügt über Kurz- und Mittelstreckenraketen, hat chemische Waffen in seinem Arsenal, erhält russische Unterstützung beim Aufbau einer zivilen Nuklearindustrie und könnte in absehbarer Zeit auch Nuklearwaffen herstellen. Darüber hinaus weist es ein politisches System auf, das in seiner Entwicklungsrichtung unberechenbar ist.

Der Grund, warum Rußland sich dennoch intensiv um den Iran bemüht, ist das auch von Putin oftmals erklärte Interesse, dem russischen militärisch-industriellen Komplex Rüstungsaufträge zu verschaffen. Entsprechend verkündete das russische Außenministerium im November 2000, Moskau fühle sich nicht länger an eine russisch-amerikanische Vereinbarung aus dem Jahre 1995 über den Verzicht auf weitere Waffenverkäufe an Teheran gebunden, und beim Besuch des iranischen Präsidenten Chatami in Moskau im März 2001 wurden angeblich Lieferungen von Rüstungsgütern in Höhe von über 7 Mrd. US-Dollar vereinbart.<sup>116</sup>

Wie oben ausgeführt, hat nach amerikanischer Auffassung die russische Regierung auch unter Präsident Putin durch ihre Rüstungsexporte wesentlich zur Weiterverbreitung von Raketentechnologie beigetragen, was wiederum von Moskau bestritten wird.<sup>117</sup> Die Beweislage ist schwierig, und eine Beweisführung ohne Zugang zu amerikanischen Geheimdienstquellen wohl unmöglich. Gesichert ist lediglich (auch von Putin unbestritten, s.o.), daß russische Waffentechnologie die *Grundlage* für die iranische Raketenentwicklung bildet. Unklar dagegen sind Umfang, Zeiträume und Bestandteile russischer Lieferungen und ungeklärt ist auch die Frage, ob es sich bei nachgewiesenen Lieferungen um legale oder illegale Exporte handelt. Auf letztere deutet die Tatsache hin, daß Moskau immer wieder einräumt, das bestehende Exportkontrollregime sei verbesserungsbedürftig.

Allerdings ist der Stellenwert der »traditionellen Verbündeten« im Koordinatensystem der russischen Außen- und Sicherheitspolitik auch in Moskau umstritten. Russische Experten für internationale Politik werfen wiederholt die Frage auf, ob es denn

113 Ebd.

114 Zur Entwicklung der russischen Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik im letzten Jahrzehnt siehe Hannes Adomeit, Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Rußlands, in: Osteuropa, 51 (April/Mai 2001) 4, S. 353–365.

115 Konceptija vnešnej politiki [Anm. 56]. (Hervorhebung nicht im Original.)

116 Wade Boese, Putin Reaffirms Arms Sales and Nuclear Assistance to Iran, in: Arms Control Today, April 2001.

117 Michael Eisenstadt, Russian Arms and Technology Transfers to Iran: Policy Challenges for the United States, in: Arms Control Today, März 2001.

dem russischen Nationalinteresse wirklich diene, aus Rücksichtnahme auf zweifelhafte »Verbündete« eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in Kauf zu nehmen.<sup>118</sup> Darüber hinaus scheinen nicht zuletzt der Tschetschenien-Krieg, terroristische Anschläge in Usbekistan und Kirgistan sowie die Entwicklungen im Afghanistan der Taliban die Erkenntnis verstärkt zu haben, daß die wirklichen Gefahren für Rußland nicht von NMD und der Nato-Erweiterung, sondern von radikal-islamistischen Regimen an seiner südlichen Peripherie ausgehen.

Infolgedessen gibt es in der militärwissenschaftlichen Diskussion schon seit geraumer Zeit deutliche Anzeichen für eine Neubewertung künftiger Bedrohungen, neuerdings aber auch in der militärischen Führung. So führte beispielsweise der neue Oberkommandierende der Landstreitkräfte, General Nikolaj Kormilzew, im April 2001 aus: »Wir werden nicht mehr gegen die ganze Welt kämpfen; die Truppen sollten in der Lage sein, Kampfaufgaben in wenigen strategischen Richtungen auszuführen.« Zu diesen rechnete er Zentralasien und die Regionen an den südwestlichen Grenzen Rußlands, zu den »realen möglichen Bedrohungen – lokale Konflikte in Zentralasien und im Kaukasus«.<sup>119</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die russische Regierung in NMD/ABM- und TMD-Fragen weiterhin auf ihre »traditionellen Verbündeten«

**118** Aleksej Arbatov, Nacional'naja opastnost' Rossii vo mnogopoljarnom mire (Die nationale Sicherheit Rußlands in der multipolaren Welt), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, 10 (Oktober 2000), S. 33–34.

**119** Zitat laut Simon Sardazhyan, Russia to Reshift Focus Away From Its Soviet-Era, to Region-Oriented Defense, in: Defense News, 7.5.2001, S. 24. Kormilzews Ernennung und die organisatorischen Veränderungen können als Teil der von Putin wieder aufgenommenen Militärreform und entsprechender weitreichender Personalveränderungen vom März dieses Jahres (z.B. Ernennung Sergej Iwanows zum Verteidigungsminister) gewertet werden. Im Januar 2001 wurde nämlich die vier Jahre vorher in Kraft gesetzte Umwandlung des Führungsorgans der Landstreitkräfte von einem Oberkommando zu einer Hauptverwaltung des russischen Verteidigungsministeriums wieder rückgängig gemacht; im April wurde dem Oberkommandierenden der Landstreitkräfte der Status eines stellvertretenden Verteidigungsministers verliehen und Kormilzew in diese Position befördert; siehe Naznačenija. Povyšen status glavnokomandujuščego (Ernennungen: Der Status des Oberkommandierenden wurde angehoben), in: Krasnaja zvezda, 28.4.2001, S. 3 und Oleg Faličev/Aleksandr Bogatyrev, Rossijskoj armii osnova (Die Basis der russischen Armee) [Interview mit General Kormilzew], in: Krasnaja zvezda, 21.4.2001, S. 1.

Rücksicht nimmt.<sup>120</sup> Sie wird es sich auch weiterhin nicht verbieten lassen, Waffen und Militärtechnologie an Staaten zu liefern, die auf Washingtons schwarzer Liste stehen. Analog zum Stellenwert Chinas ist allerdings die Bedeutung dieser Staaten in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik im Vergleich zum Gewicht der Vereinigten Staaten und Europas gering. Ein Eingehen auf amerikanische Vorstellungen bei NMD sowie eine Zusammenarbeit bei einer »nichtstrategischen« Raketenabwehr in Europa oder auch in Asien würden zwar die politischen und militärtechnischen Beziehungen zwischen Moskau und den Problemstaaten belasten. Nicht zuletzt aber weil diesen Staaten glaubwürdige Alternativen fehlen, ließen sich für Rußland die Kosten eines Einlenkens gegenüber den Vereinigten Staaten begrenzen.

### Rüstungstechnologie: Kooperation und Exporte

Vermutlich, um Anreize für ein russisches Einlenken bei NMD/ABM-Fragen zu schaffen, haben republikanische Kongreßabgeordnete und namentlich nicht genannte »senior administration officials« der Bush-Regierung verschiedentlich angedeutet, die Vereinigten Staaten seien bereit, mit Rußland bei der Raketenabwehrforschung und -entwicklung zusammenzuarbeiten, Aufträge bei russischen Rüstungsbetrieben für die Lieferung von fertigen Systemkomponenten zu plazieren und längerfristig mit Moskau beim Aufbau eines einheitlichen Führungs- und Kommandosystems für die Raketenabwehr zu kooperieren.<sup>121</sup>

**120** So heißt es beispielsweise in den »Prinzipien« des russischen TMD-Vorschlags vom 20.2.2001, das gesamteuropäische Raketenabwehrsystem dürfe »nicht zu Spannungen in den Beziehungen zu denjenigen Ländern führen, welche möglicherweise einseitig als potentielle Angreifer definiert werden«; Zamysl i érapy sozdanija obščeevropeskoj sistemy protivoraketnoj oborony [Anm. 33].

**121** Ein derartiger Vorschlag soll von Curt Weldon im Zusammenhang mit dem Besuch einer Abordnung des amerikanischen Kongresses unter seiner Leitung in Moskau gemacht worden sein, der zum selben Zeitpunkt wie der Besuch Robertsons (20.2.2001) stattfand. Weldon ist stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Forschung und Entwicklung im US-Kongreß, Rußland-Fachmann und Ko-Vorsitzender eines gemeinsamen Kongreß-Duma-Ausschusses über Rüstungs- und Verteidigungsfragen. Einer russischen Quelle zufolge soll der Vorschlag sogar in einem Schreiben Bushs an Putin enthalten gewesen sein, das Weldon den Duma-Kollegen übergab (Solov'ev, Očerednye zigzagi [Anm. 80]). Der Autor beruft sich dabei auf die russische Nachrichtenagentur

Überlegungen zu einer russisch-amerikanischen Kooperation bei der Raketenabwehr bestätigte Präsident Bush Anfang Mai 2001 in einer Rede vor der National Defense University in Washington grundsätzlich. Der Präsident sprach dabei nicht nur speziell den schon im Juni 2000 vereinbarten Informationsaustausch an, »damit jede der beiden Nationen ihre Frühwarnfähigkeit und ihre Fähigkeit, sich und ihr Land und Territorium zu verteidigen, verbessern kann, sondern er meinte auch: »Und vielleicht können wir eines Tages sogar bei der gemeinsamen Verteidigung (joint defense) zusammenarbeiten.«<sup>122</sup>

Besonderes Aufsehen – auch in Moskau – erregte ein Bericht in der »New York Times«, demzufolge die Bush-Administration beabsichtigte, Rußland ein breites Angebot zu Waffenkäufen (unter anderem S-300-Raketenabwehrsysteme), technologischer Unterstützung und gemeinsamen Raketenabwehrübungen zu machen, das Putin Mitte Juni 2001 bei seiner Begegnung mit Bush in Ljubljana überreicht werden sollte.<sup>123</sup>

Anderen westlichen Berichten zufolge strebten die Vereinigten Staaten und Rußland NMD-Systeme an, die in der Lage sein sollen, besonders sensible »Inseln« zu schützen. Zu diesen gehört etwa die Stadt Moskau, die zwar bereits durch ein Raketenabwehrsystem gesichert wird, das jedoch veraltet und kaum funktionstüchtig ist (s.u.). Die Vereinigten Staaten ihrerseits würden dazu übergehen, statt des gesamten nationalen Territoriums vorerst nur ihre Raketenstillfelder und wichtige Industrie- und –Bevölkerungszentren abzuschirmen. Alle NMD-»Inseln« würden durch ein gemeinsames Frühwarnsystem vernetzt. Über den Einsatz würden aber Russen und Amerikaner getrennt voneinander in regionalen Kommandozentralen entscheiden.<sup>124</sup>

»Nowosti«. Allerdings ist zweifelhaft, ob der US-Präsident eine so wichtige Sache einem House-Abgeordneten übertrüge. Auf einer Pressekonferenz im Pentagon am 20.2.2001 wurde auch die Frage nach einem Brief von Verteidigungsminister *Rumsfeld* an seinen russischen Kollegen, der angeblich von *Weldon* übergeben worden sei, verneint. Am glaubwürdigsten ist eine andere russische Quelle, der zufolge *Weldon* die erwähnten Vorschläge von namentlich nicht genannten »US defense officials« mündlich überbracht habe; *Simon Saradzhyan*, *Putin Touts Limited Shield to NATO*, in: *Moscow Times*, 21.2.2001, S. 1.

**122** Rede Präsident Bushs am 1.5.2001 vor der National Defense University [Anm. 10].

**123** *David E. Sanger/Thomas Shanker*, *U.S. Plans Offer to Russia to End ABM Treaty Dispute*, in: *New York Times*, 28.5.2001.

**124** »Da staunt man bloß«: Berlin will den Amerikanern eine deutsche Beteiligung am umstrittenen Raketenabwehrsystem

Trotz aller offiziellen Kritik und prinzipieller Ablehnung der amerikanischen Raketenabwehr-Pläne ging die russisch-amerikanische Zusammenarbeit in praktischen Fragen weiter. Die Arbeit am Aufbau des Zentrums für den Datenaustausch für die Erfassung von Raketenstarts (JDEC, auch JAYDEC im Pentagonjargon) wurde fortgesetzt. Und im Februar 2001 fand auf einer Luftwaffenbasis in Colorado die seit 1996 dritte TMD-Simulation statt. Ziel der Übungen (Command Post Exercises, CPX) ist es, Techniken und Verfahrensweisen für Fälle durchzuspielen, in denen russische und amerikanische Kräfte gemeinsam gegen eine Bedrohung mit Raketen eingesetzt werden könnten.<sup>125</sup>

Die rüstungstechnologische Zusammenarbeit könnte sowohl an einer sowjetisch/russischen Tradition der Luft- und Raketenabwehr als auch an in Rußland verfügbaren Abwehrtechnologien ansetzen. Russische Quellen weisen darauf hin, daß in der Sowjetunion »die Grundlage für das Abfangen von Gefechtskörpern ... schon in den 50er Jahren gelegt, und am 4. März 1961 ein [Gefechtskopf erfolgreich] abgefangen wurde – 40 Jahre früher, als das den Amerikanern gelang«. *Allen Ernest* wurde in diesem Zusammenhang der damalige Parteichef *Chruschtschow* mit den berühmten Worten zitiert: »Unsere Raketen, so könnte man sagen, sind in der Lage, eine Fliege im Kosmos zu treffen.«<sup>126</sup>

Die Abfangrakete vom Typ A-35 (Galosh) bildete die Grundlage für den Aufbau eines Abwehrsystems um Moskau mit bis zu 64 Raketen in vier Abwehrstellungen. Abgesehen davon, daß die Technologien für die Erfassung von Raketenstarts und -flug sowie die Unterscheidung zwischen echtem Sprengkopf und Täuschkörper völlig unterentwickelt waren (und, was letzteres betrifft, auch heute noch sind), gab es ein entscheidendes Problem: Wegen der natürlich auch damals bestehenden Schwierigkeit, sei es »mit einer Kugel eine Kugel« oder eine chruschtschowsche »Fliege« im All oder in höheren Luftschichten zu treffen, war die A-35 mit einem nuklearen Sprengkörper

NMD abzutrotzen. Derweil sind Washington und Moskau längst miteinander im Geschäft, in: *Der Spiegel*, 8.3.2001, S. 30.

**125** *Michael Sirak*, *Russia and USA Conduct Joint TMD Exercise*, in: *Jane's Defence Weekly*, 14.2.2001, S. 4. Es ist bemerkenswert, daß die USA und Rußland in letzter Zeit wiederholt von den Möglichkeiten einer »joint defense« bei der Raketenabwehr sprechen, so unter anderem auch Präsident Bush in seiner Rede vor der National Defense University am 1.5.2001 [Anm. 10].

**126** *Oleg Odnokolenko*, »Zvezdnye vojny«. *Episod 2001* (»Sternenkriege«: Episode 2001), in: *Itogi*, 24.4.2001, S. 14–19.

per mit der Explosionskraft von 2–3 Megatonnen TNT-Äquivalent ausgerüstet; bei seiner Detonation wären im europäischen Rußland katastrophale Umweltschäden zu erwarten gewesen. Die A-35 wurde dann zwar auf 32 Systeme reduziert, außer Dienst gestellt und ab 1983 durch zwei Versionen der A-135 und verbesserte Radarsysteme zur Frühwarnung sowie Zielerfassung und Zielverfolgung ersetzt; beide Abfangraketen waren aber wiederum mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet, eine im Bereich einer Megatonne (Gorgon), die andere mit der Explosionskraft von ungefähr 10 Kilotonnen (Gazelle). Insgesamt besitzt Rußland laut ABM-Modifikation des Jahres 1974 erlaubte 100 Abfangraketen (36 Gorgon, 64 Gazelle), die aber praktisch nicht funktionstüchtig sind.<sup>127</sup>

Legt man der Definition von »strategischer« Abwehr nicht die Reichweiten von angreifenden Raketen zugrunde (ABM-Abgrenzungsvereinbarungen vom September 1997), sondern deren Fähigkeit, nationales Territorium zu erreichen, gibt es sicherheitspolitisch im Grunde genommen keinen Unterschied zwischen strategischer und nichtstrategischer Abwehr. Es ist infolgedessen von einiger Bedeutung, daß Rußland seit Jahren über *regional* wirksame, mobile und in diesem Fall moderne und einsatzfähige Flugabwehr raketen verfügt, von denen einige auch die Fähigkeit besitzen, ballistische Raketen abzufangen. Zu diesen Flugabwehrsystemen gehören im Kurzstreckenbereich die Tor-M1, im mittleren Bereich die Buk-M1-2 und zu den Abfangraketen längerer Reichweite die S-300 in den Versionen S-300 PMU, S-300 V und S-300 VM, auch Antej-2500 genannt, sowie die S-400 Triumph und die noch in Entwicklung befindliche S-500.<sup>128</sup>

**127** Im Einzelnen: Die Gorgon ist eine dreistufige Feststoffrakete mit einer Reichweite von ca. 350 km zur Bekämpfung anfliegender Gefechtsköpfe im Weltraum. Die Gazelle ist eine zweistufige Feststoffrakete mit einer Reichweite von ungefähr 80 km zur Bekämpfung anfliegender Gefechtsköpfe in der Atmosphäre. Diese und nachfolgende Angaben laut <http://www.fas.org/spp/starwars/program/soviet/index.html>; <http://www.wonderland.org.nz/rusabgm.htm> und <http://www.digitalfact.co.jp/missile/missile-data/index-e.htm>.

**128** Westliche Bezeichnungen lauten wie folgt: SA-15 Gauntlet und SA-N-9 (Tor), SA-17 und SA-N-12 Grizzly (Buk-1-2), SA-10 und SA-N-6 Grumble (S-300PMU), SA-12A Gladiator und SA-12B Giant (S-300V) und SA-20 (S-400 Triumph). Die seegestützten Versionen sind jeweils mit »N« bezeichnet. Zu den technischen Daten und westlichen Bezeichnungen siehe <http://sun00781.dn/nuke/guide/russia/airdef/...> und <http://www.fas.org/man/dod-1001/sys/missile/...> Eine gute russische Quelle zu technischen Einzelheiten der Abwehrsysteme findet sich in einem Interview mit dem Generaldirektor des militärindustriellen Konzerns Antej, Jurij Svirin,

Russischen Angaben zufolge gibt es vor allem zur Antej-2500 »kein ebenbürtiges System. Die amerikanische Patriot habe sich im Golfkrieg als recht unwirksam herausgestellt, lediglich eine Erfolgsrate von 0,36 auf einer Skala von 0 bis 1 erzielt. Auch die Weiterentwicklung, die Patriot PAC-3, erreiche nicht die Leistungswerte der Antej-2500. Das russische System dagegen »hat bei zahlreichen Testschüssen gegen [anfliegende] ballistische Raketen einen Erfolgswert von nicht weniger als 0,98 aufgewiesen«. Das System »garantiert zuverlässig die Verteidigung beliebiger Objekte gegen alle Luftangriffsmittel einschließlich ballistischer Systeme mit einer Reichweite von 2500 km«. Allein eine Batterie von Antej-Raketen könne »zuverlässig Objekte auf einer Bodenausdehnung von 1000 bis 2500 km<sup>2</sup> und in einem Luftraum von 125 000 km<sup>2</sup> bekämpfen.« Auch unter modernen Kriegsbedingungen werde »seine Überlebensfähigkeit dadurch erhöht, daß seine Position schnell verändert werden kann, was die gegnerische Aufklärung erschwert«. <sup>129</sup> Es ist nicht bekannt, inwieweit diese russischen Aussagen dem tatsächlichen Leistungsvermögen der Waffen entsprechen.

Bekannt ist allerdings, daß Luft- und Raketenabwehrwaffen einer der großen »Exportschlager« Rußlands in der globalen Rüstungskonkurrenz sind. Moskau fördert den Export dieser Waffen, um mit den entsprechenden Deviseneinnahmen technologische Weiterentwicklungen finanzieren und darüber hinaus den maroden militärisch-industriellen Komplex sanieren zu können.

Eine 1996 vereinbarte Lieferung von S-300 an Zypern kam zwar anfangs wegen internationaler, vor allem türkischer, Proteste nicht zustande. Im Jahre 1999 wurden diese Abwehrsysteme aber auf Kreta stationiert und sind seitdem, unter Beteiligung von ungefähr 100 russischen Spezialisten, integraler Bestandteil der gemeinsamen griechisch-zyprischen Luftverteidigung.<sup>130</sup>

Rußland verkaufte erste Versionen der S-300 an China (Anfang der 90er Jahre auch Lizenzen für die Produktion in China) und Indien (1997). Das US-Verteidigungsministerium kaufte ein S-300V-System zur technischen Bewertung. Anlässlich des Besuchs des

Aktual'noe interv'ju. Priorityty »Anteja« (Aktuelles Interview: Die Prioritäten Antej's), in: Krasnaja zvezda, 24.3.2001, S. 4. Zum Tor-M1-System siehe Anatolij Dokučev, Pul's planety. Rezonans (Der Puls des Planeten: Resonanz), in: Krasnaja zvezda, 17.1.2001, S. 3.

**129** Svirin, Aktual'noe interv'ju [Anm. 128].

**130** Arnhold, Raketen und Raketenabwehr [Anm. 14], S. 50.



indischen Verteidigungsministers Jaswant Singh in Moskau Anfang Juni 2001 bot Rußland den Bau eines Raketenabwehrschirms für Indien an; ein ausführliches Angebot dazu soll vorgelegt werden.<sup>131</sup>

Iran erwarb in den 90er Jahren die S-200, eine Flugabwehrrakete längerer Reichweite (300 km); beim Besuch Präsident Chatamis in Moskau Mitte März 2001 stand russischen Berichten zufolge auch der mögliche Export der Nachfolgesysteme S-300 und S-400 sowie von Abfangraketen kürzerer Reichweite (Tor-M1 und Buk) auf der Agenda.<sup>132</sup>

Im organisatorischen Bereich böte die GUS Ansatzpunkte für den Aufbau einer Raketenabwehr. Von besonderem Interesse ist, daß es bereits seit Februar 1995 eine Vereinbarung »Über die Schaffung eines vereinigten Systems der Luftverteidigung« der GUS-Staaten gibt, an dem sich Rußland, Weißrußland, Ukraine, Armenien, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan beteiligen,<sup>133</sup> und daß einen Tag nach der Übergabe des russischen TMD-Vorschlags an Robertson eine Sitzung des Kooperationskomitees der GUS-Verteidigungsminister über Probleme der Luftverteidigung in Moskau stattfand, auf welcher der Oberkommandierende der russischen Luftstreitkräfte, General Anatolij Kornukow, erklärte, die Luftabwehrkräfte der GUS seien bereit, an der Schaffung eines *gesamteuropäischen Raketenabwehrsystems* mitzuarbeiten.<sup>134</sup>

Wie verhält es sich nun, um zur zentralen Fragestellung dieses Kapitels zurückzukehren, mit dem Zusammenhang zwischen russischem Einlenken bei NMD/ABM und dem »Preis« den Moskau dafür verlangen könnte? Die russische Regierung könnte daran interessiert sein, eine westliche *Finanzierungsbeteiligung* bei der Entwicklung und Produktion neuer Raketen-

abwehrsysteme zu erreichen. Für dieses Interesse spräche, daß die russischen Streitkräfte sich bisher weder die Produktion des Raketenabwehrsystems S-400 leisten können, noch die Entwicklung des zukünftigen Systems S-500. Würden die Vereinigten Staaten aber tatsächlich bereit sein, Raketenabwehrsysteme für die russischen Streitkräfte zu bezahlen oder selbst fertige Systeme zu kaufen? Davon ist in Moskau wohl niemand ernsthaft überzeugt.

Könnten die russischen Streitkräfte aber trotz der jahrzehntelangen Erfahrungen beim Bau von Raketenabwehrsystemen auf *Technologietransfer* von westlichen Ländern hoffen? Für ein entsprechendes Interesse spräche, daß viele der technischen Probleme einer effektiven Raketenabwehr gegen weitreichende Raketen nur, wenn überhaupt, mit fortgeschrittener Computer- und Datenübertragungstechnik gelöst werden können. In diesem Bereich hat Rußland Nachholbedarf. Wiederum ist wenig wahrscheinlich, daß die russische Regierung davon ausgeht, sie könnte auf diesem Weg in den Besitz von hochentwickelter amerikanischer Technologie gelangen. Ihr wird sicher nicht entgangen sein, welche Probleme selbst Bündnispartner der USA mit dem transatlantischen Technologietransfer haben.

Im Wechselspiel der russischen und amerikanischen Interessen käme es auch wesentlich darauf an, ob Putin lediglich begrenzten Modifikationen des ABM-Vertrags zustimmt oder einen »Grand Bargain« mit den Vereinigten Staaten anstrebt. Letzteres würde aber einen Paradigmenwechsel in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik von der »multipolaren« zurück zur »euroatlantischen« Orientierung bis hin zu einer Kursveränderung in Richtung auf einen Beitritt zur Nato voraussetzen.<sup>135</sup>

Ein derartiger Paradigmenwechsel mag in Ansätzen sichtbar sein. Ist seine Verwirklichung aber innenpolitisch überhaupt durchsetzbar?

<sup>131</sup> The Times of India, 9.6.2001.

<sup>132</sup> Aleksandr Reutov, Iran predlagaet nam družit' (Iran schlägt vor, mit uns Freundschaft zu schließen), in: Kommersant-Daily, 12.3.2001, S. 2.

<sup>133</sup> Die Vereinbarung vom 10.2.1995 hatten auch Georgien und Usbekistan unterzeichnet. Vertreter dieser beiden Länder nahmen allerdings nicht an der Sitzung am 21.2.2001 teil. Zur militärischen Ausstattung werden die folgenden Kräfte gezählt: 31 Einheiten mit bodengestützten Abwehrraketen, 17 Einheiten mit Kampfflugzeugen, 23 Einheiten radiotechnischer Truppen und drei separate Bataillone speziell für den radioelektronischen Kampf; Ivan Safronov, Sodružestvo. PVO SNG rasširaet granicy (Zusammenarbeit: Die Luftverteidigung der GUS erweitert ihre Grenzen), in: Kommersant-Daily, 22.2.2001, S. 11.

<sup>134</sup> Safronov, Sodružestvo. PVO SNG rasširaet granicy [Anm. 17].

<sup>135</sup> Darauf hat Aleksej Arbatow im Zusammenhang mit dem russischen Vorschlag vom 20.2.2001 zum Aufbau eines *gesamteuropäischen Raketenabwehrsystems* hingewiesen: Die Nato verfüge zwar über eine integrierte Luftverteidigung, bisher aber nicht über eine gemeinsame Raketenabwehr. Letztere setze aber erstere voraus, und die Integrationserfordernisse wären dieselben. Infolgedessen würde die Verwirklichung »unseres Vorschlags eine sehr enge militärpolitische Union bedeuten«, was praktisch »die Frage nach einer Mitgliedschaft Rußlands in der Nato« aufwerfe; Arbatow auf der Sitzung des Rats für Außen- und Sicherheitspolitik (SWOP) vom am 3.-4.3.2001 [Anm. 111].

## Innenpolitische Zwänge und die Kosten von »Gegenmaßnahmen«

Die Notwendigkeit für den Kreml, sich in der Frage NMD/ABM zu entscheiden, fällt zeitlich mit zwei miteinander verbundenen Themen der russischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammen – dem Tschetschenien-Krieg und einer von Putin im Januar 2001 per Dekret festgelegten dritten Runde der Militärreform.<sup>136</sup>

Der Tschetschenien-Krieg und vorher schon die Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien hatten den Konflikt in der Militärführung und insbesondere zwischen Verteidigungsminister Sergejew und Generalstabschef Kwaschnin über eine Fortsetzung der unter Jelzin stagnierenden Militärreform und in diesem Zusammenhang insbesondere über eine Neuordnung der Prioritäten bei den nuklearen und konventionellen Rüstungsprogrammen verschärft. Im Sommer 2000 nahmen die Auseinandersetzungen auch für russische Verhältnisse ungewöhnliche Formen an. Auf einem Treffen der obersten Militärführung im Juli 2000 entwickelte Generalstabschef Kwaschnin Vorstellungen, die im Kern darauf abzielten, (1) den *Umfang* der nuklearstrategischen Kräfte zu reduzieren, (2) diese Kräfte in ihrem *Status* abzuwerten – konkret: die Strategischen Raketentruppen aufzulösen und der Luftwaffe einzugliedern – und (3) *Finanzmittel* von den nuklearstrategischen Kräften abzuziehen und den konventionellen Kräften zukommen zu lassen. Im einzelnen soll es sich bei den geplanten Veränderungen um zwei mögliche Varianten gehandelt haben. Nach einer radikalen Variante sollten die Strategischen Raketentruppen mit ihren landgestützten Systemen nur noch 150 Träger umfassen und die strategischen Nuklearstreitkräfte auf insgesamt 1000 Trägersysteme reduziert werden. Nach der moderaten Variante war vorgesehen, die Raketentruppen auf 450 Trägersysteme und die Nuklearstreitkräfte insgesamt auf 1000 bis 1500 Systeme zu begrenzen.<sup>137</sup>

**136** Die Grundzüge der Militärreform »Putins« wurden im Jahre 2000 von seinem damaligen Sekretär des Sicherheitsrats, Sergej Iwanow, ausgearbeitet, auf den Sitzungen des Rats beschlossen und im Januar 2001 in einem (nicht veröffentlichten) Dekret Putins in Kraft gesetzt.

**137** Yevgeny Maslin/Vladimir Orlov/Ivan Safranchuk, SNF Reform: Any Steps Should Not Contradict the Approved Military Planning Documents, in: PIR Arms Control Letter, Juli 2000. Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Moskauer Zentrum für Politische Studien (PIR).

Derartige Vorstellungen charakterisierte Sergejew gleich nach dem Treffen als »verbrecherische Dummheit« sowie als »Bemühen, die nationale Sicherheit Rußlands zu schädigen«. Gleichzeitig drohte er mit seinem Rücktritt.<sup>138</sup> Seine Gegenvorstellungen sahen vor, die see-, land- und luftgestützten Komponenten der nuklearstrategischen Kräfte zusammenzufassen und einem neu zu bildenden Vereinigten Oberkommando der Strategischen Abschreckungskräfte zu unterstellen. Das Oberkommando würde sich auf das bisherige Führungs- und Kontrollsystem der Strategischen Raketentruppen stützen, die wiederum als vierte Teilstreitkraft weiterbestehen würden. Insgesamt würden die nuklearstrategischen Streitkräfte in ihrer Funktion bestätigt oder sogar aufgewertet und finanziell entsprechend ausgestattet werden.

Die öffentlich geführten Auseinandersetzungen erforderten ein Einschreiten des Präsidenten. Auf der Sitzung des Sicherheitsrats im August 2000, auf der die militärische Entwicklung Rußlands bis zum Jahre 2016 erörtert wurde, sprach Putin ein Machtwort und zwang die Militärführung, ihren Streit zumindest nach außen hin beizulegen.

Im Endergebnis sieht die putinsche Reform vor, alle Teilstreitkräfte und Sondertruppen erheblich zu kürzen: Der Personalbestand dieser Kräfte und Truppen soll bis 2005 um insgesamt 600 000 Diensttuende verringert werden, davon 470 000 militärisches Personal und 130 000 Zivilbeschäftigte. Der Generalstab hatte noch bis kurz vor der Sitzung auf 1,2 Mio. Mann als Untergrenze der Personalstärke der Streitkräfte beharrt. Mit dieser Forderung hat er sich aber nicht durchgesetzt. Die Soll-Stärke der Streitkräfte soll um 365 000 Militärpersonal auf 835 000 Mann schrumpfen; bei den anderen bewaffneten Kräften soll die Reduzierung 105 000 Mann betragen.

Aber auch Sergejews Vorstellungen wurde nicht entsprochen. Die Strategischen Raketentruppen sollen zwar mindestens bis 2006 als selbständige Teilstreitkraft erhalten und die Zahl der ballistischen Interkontinentalraketen erst nach Ablauf ihrer voraussichtlichen Nutzungsfrist reduziert werden. (Sergejew:

**138** Russische Berichte zur Kontroverse über Organisationsstruktur und Finanzierung der Raketentruppen: Nikolaj Petrov, *Koncepcija voennogo perevorota. Načal'nik Genštaba predložil reformirovat' ministra oborony* (Konzept eines militärischen Umsturzes: Der Generalstabschef schlug vor, den Verteidigungsminister zu reformieren), in: Kommersant, 15.7.2000; weitere Berichte im NTV (russisches Fernsehen), 11.7. und 14.7.2000 sowie Itogi, 14.7.2000.

»Keine einzige Startrampe wird vorzeitig vernichtet.«.) Bis zum Jahre 2010 soll allerdings die Anzahl der Trägersysteme weit unter die in START II vorgesehene Obergrenze von 3000 bis 3500 Sprengköpfen auf 1500 gesenkt werden (800 in den Strategischen Raketen-truppen und 700 bei der Marine und der strategischen Bomberflotte). Mindestens zehn Divisionskommandos bei den Strategischen Raketen-truppen sollen aufgelöst werden. Die Eingliederung der Weltraum-Raketen-abwehr und der Militärkosmischen Kräfte in die Strategischen Raketen-truppen wird rückgängig gemacht. Beide Komponenten werden künftig zentral vom Generalstab geführt. Die Marine soll dadurch begünstigt werden, daß eine neue Generation von Marschflugkörpern (auch für die Luftwaffe) und neuer ballistischer Raketen entwickelt wird. Die Finanzierung nuklearstrategischer und konventioneller Streitkräfte soll im Verhältnis von 1:3 erfolgen.<sup>139</sup>

Die Realisierungschancen des Reformpakets wurden durch Umbesetzungen an der Führungsspitze der Ministerien für Verteidigung, des Inneren und für die Atomenergie sowie des Sicherheitsrats im März 2001 verbessert. Von besonderer Bedeutung war hierbei, daß Putin nicht wieder wie Jelzin den Verteidigungsminister aus den Reihen der Militärs wählte, sondern für diesen Posten einen Zivilisten, seinen engen Vertrauten und bis zu seiner Neu-ernennung Sekretär des Sicherheitsrats sowie Vorsitzender der Arbeitsgruppe dieses Gremiums für die Militärreform, Sergej Iwanow, bestimmte.<sup>140</sup> Sowohl die Chancen einer Umsetzung der Militär-

**139** Quellen: Maslin/Orlov/Safranchuk, SNF Reform [Anm. 137]; Prezident Putin reformiruet armiju El'cina (Präsident Putin reformiert die Arme Jelzins), in: Kommersant, 18.1.2001, S. 7; Valentin Rog/Aleksandr Drobyševskij, Zapozdalye predloženiya (Verspätete Vorschläge), in: NVO, 69 (13.4.2001) 266.

**140** Iwanow hatte zwar bis zum November 2000 den Rang eines Generalleutnants des FSB. Seine Karriere hat er aber in der Auslandsaufklärung des KGB und FSB gemacht, nicht bei den Truppen des Geheimdiensts. Entgegen manchen westlichen Bewertungen ist seine Bezeichnung als »Zivilist« als Verteidigungsminister durchaus richtig. Gerade seine Herkunft aus dem FSB und seine sowie Putins noch bestehenden Verbindungen zu dieser Organisation verringern den Einfluß der professionellen Militärs auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Andere Zivilisten, die leitende Posten in den »Machtministerien« erhielten, waren Boris Gryslow (Innenminister) und Ljubow Kudelina, Vize-Verteidigungsministerin. Putin stellte diese Ernennungen in den Zusammenhang einer »Demilitarisierung« des öffentlichen Lebens; siehe Eberhard Schneider, Neue »Machtminister« in Moskau: Erste wichtige Personalveränderungen Putins, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2001 (SWP-Aktuell, 8/01).

reform als auch eines Ausgleichs mit den Vereinigten Staaten erhöhte Putin mit Hilfe von weiteren Personalveränderungen: Die auch in Rußland als Hardliner in Fragen NMD/ABM und Nato-Erweiterung angesehenen Generäle Leonid Iwaschow, »Chef-Diplomat des Verteidigungsministeriums« (Leiter der Hauptverwaltung für internationale militärische Beziehungen), und Walerij Manilow, einer der stellvertretenden Generalstabschefs (international bekannt auch durch seine forsche Rechtfertigung der russischen Militäroperationen in Tschetschenien) wurden von ihren Posten abgelöst.<sup>141</sup>

Schon ein cursorischer Überblick über die geplanten Maßnahmen zeigt, daß die Ausführung der Militärreform vor allem hinsichtlich der geplanten umfangreichen Verschrottung von strategischen Raketen und ihren Sprengköpfen und die Auflösung von RWSN-Divisionen nur dann im militärstrategischen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten Sinn macht, wenn der START-II-Vertrag in Kraft tritt und schnellstmöglich eine START-III-Vereinbarung getroffen wird – was wiederum, wie erwähnt, nur dann geschehen wird, wenn Rußland zu einer einvernehmlichen Lösung beim NMD/ABM-Problem bereit ist. Festzuhalten ist also, daß die Implementierung der Militärreform, so wie sie konzipiert ist, von einer Einigung mit den USA abhängt.

Die Gegenrechnung auf der Grundlage möglicher »Gegenmaßnahmen« führt zu demselben Ergebnis. Diese widersprüchen wegen der notwendigen Aufstockung und Umverteilung von knappen Mitteln im Verteidigungshaushalt den Absichten der Militärreform, sie wären praktisch auch nicht finanzierbar.

Die nuklearstrategischen Programme, um dieses Problem zu verdeutlichen, sollen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die einzigen gewesen sein, die genau nach Plan finanziert wurden. Schätzungen einiger russischer Militärexperten zufolge haben die für die

**141** Stanislav Tarasov, General'naja linija. Začem Kremlju kadrovyje perestanovki v Ministerstve oborony (Die Generallinie: Warum der Kreml personelle Umbesetzungen im Verteidigungsministerium braucht), in: Vek (Internet-Ausgabe), 6.7.2001; Aleksandr Čuikov, »Jastreb« chočet uletet' (Der »Falke« will wegfliegen), in: Izvestija Moskva (Moskauer Ausgabe, im Internet), 13.7.2001. Daß Putins Schritt wichtige politische Hintergründe hat (Stärkung der zivilen Kontrolle über das Militär und Schaffung günstigerer personeller Bedingungen für Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und der Nato) läßt sich auch aus der Tatsache ableiten, daß Iwaschow bisher noch kein neuer Posten angeboten worden ist und Manilow lediglich Vertreter des Bezirks Fernost in Förderationsrat werden soll.

strategischen Nuklearwaffen aufgewandten Finanzmittel Ende des letzten Jahrzehnts rund 80 Prozent der Beschaffungsausgaben verschlungen;<sup>142</sup> anderen Angaben zufolge betrug dieser Anteil lediglich 40 Prozent.<sup>143</sup> Wie hoch auch immer der Anteil gewesen sein mag oder derzeit ist, im Zuge einer Neuverteilung der Prioritäten im Rahmen der Militärreform soll er auf 30 Prozent reduziert werden.<sup>144</sup>

In absoluten Zahlen stellt sich das Problem der Finanzierung nuklearstrategischer Systeme wie folgt dar: Um Parität im Rahmen des START-II-Vertrags zu gewährleisten, müssten – amerikanischen Angaben zufolge – bis zum Jahre 2005 insgesamt 450 Topol-M disloziert werden. Die dafür zu veranschlagenden Kosten würden schätzungsweise 700 Mrd. Rubel betragen.<sup>145</sup> Zur Finanzierung der strategischen Rüstung machte Putin in der START-II-Ratifizierungsdebatte in der Duma Ende April 2000 folgende Angaben: Für Forschung, Entwicklung und Produktion schwerer Interkontinentalraketen über einen Zeitraum von sieben bis zehn Jahren wären mindestens 62,3 Mrd. Rubel erforderlich. Für die Finanzierung aller strategischen Kräfte bis zum Jahre 2010 müssten im Rahmen von START I 950 Mrd. Rubel aufgewandt werden, bei START II 750 Mrd. Rubel (3000–3500 Gefechtsköpfe) und bei einer START-III-Vereinbarung 400 Mrd. Rubel (2000–2500 Sprengköpfe).<sup>146</sup>

Bezieht man die von Putin vorgelegten Zahlen auf das russische Verteidigungsbudget, ergibt sich folgendes Bild:

- Die für 2001 angesetzten Ausgaben für »nationale Verteidigung« betragen 218 Mrd. Rubel (7,29 Mrd. US-Dollar zum gegenwärtigen Umrechnungskurs

**142** Vladimir Isachenkov, Putin Pledges More Money for Defense, in: Moscow Times (Internet-Ausgabe), 28.1.2000; einen Ausgabenanteil von 80% für die nuklearstrategischen Waffen nennt auch Aleksandr Pikaev, Militärexperte an der Carnegie Foundation in Moskau, zit. bei: Simon Saradzhyan, Arms Industry to Get \$960 Million Boost, ebd.

**143** Angaben laut Alexej Arbatow; Interview des Autors mit Arbatow am 4.4.2000 in Tel Aviv.

**144** Die Schätzungen bezüglich der Reduzierung des Anteils auf 30% finden sich bei: Russia to Raise Defense Procurement Spending, in: Monitor: A Daily Briefing on the Post-Soviet States (Internet-Ausgabe), 4 (14.2.2000) 31.

**145** Berechnungen der Federation of American Scientists (Washington, D.C.), Nuclear Forces Guide, RT-2PMU – Topol-M – SS-27, <http://sun00781.dn.net/nuke/guide/russia/icbm/t-2pmu/htm>.

**146** Ol'ga Michajlova/Michaïl Antochin, Spektakl' »Ratifikacija SNV-2« udalsja (Die »Ratifikation von START-II«-Show ist gelungen), in: Svredstva massovoj informacii v internete (SMI), <http://smi.ru/2000/04/14/955718665.html>.

von 27,7 Rubel pro Dollar), was 2,82 Prozent des BIP entspricht.

- Für 2002 sind Verteidigungsausgaben in Höhe von 269,9 Mrd. Rubel (8,3 Mrd. Dollar zum angesetzten Umrechnungskurs von 31,5 Rubel pro Dollar) oder 2,55% Prozent des erwarteten BIP geplant.

Legt man der Finanzierung der strategischen Waffen Putins Zahlen zugrunde, würden im für Rußland günstigen Rahmen von START III bis zum Jahre 2010 jährlich fast die Hälfte der gegenwärtigen Verteidigungsausgaben auf den Staatshaushalt zukommen. Ein derart hoher Anteil würde aber die geplante Struktur der Mittelverteilung sprengen.

Beamte des russischen Verteidigungsministeriums haben vermieden, sich in eine Diskussion darüber einzulassen, wie viel denn die »Gegenmaßnahmen« im Falle einer ausbleibenden Einigung mit den Vereinigten Staaten kosten könnten. Ein Offizier der RWSN, der namentlich nicht genannt werden wollte, meinte dagegen, für die erforderlichen Maßnahmen würde ein Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP in Höhe von 5 Prozent ausreichen – praktisch eine Verdoppelung des gegenwärtigen Anteils also, die wirtschaftlich gar nicht aufzubringen wäre.<sup>147</sup>

Die negativen Auswirkungen von Gegenmaßnahmen auf die russische Wirtschaft hatte auch Putin in der START-II-Ratifizierungsdebatte mit den Worten bestätigt: »Die Wiederaufnahme der Produktion schwerer Raketen brächte unnötige, absurde Ausgaben und eine Fortsetzung des Wettübens; wir dürfen uns da nicht hineinziehen lassen.«<sup>148</sup>

Die wirtschaftliche Schwäche Rußlands und die Knappheit der Finanzmittel im Verteidigungsbereich sprechen also wie andere Faktoren zumindest für die Wahl der zweiten der oben angeführten Optionen, das heißt für ein Kompromiß- oder Teillösungsangebot. Trifft es aber zu, daß Putin dann, wenn er diesen Weg

**147** Simon Saradzhyan, Defense Spending Could Double, in: Moscow Times (Internet-Ausgabe), 24.1.2001. Dieser Anteil würde auch weit über der Richtgröße der Militärreform von 3,5 Prozent liegen, die zwar schon in der Jelzin-Ära verwirklicht werden sollte, aber noch nie erreicht worden ist.

**148** Rede Putins am 14.4.2000 vor der Duma [Anm. 50]. Mit »schweren« Raketen meint Putin vermutlich die mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausgerüsteten Interkontinentalraketen vom Typ SS-18, SS-19 und SS-24. – Was Putin vor der Duma sagte, klang ganz anders und richtiger als das, was er gegenüber den Leitern der Büros amerikanischer Medien in Moskau im Juni 2001 behauptete: Eine Verbesserung der nuklearstrategischen Offensivfähigkeiten Rußlands »würde praktisch keine [zusätzlichen] finanziellen Injektionen erfordern« [Anm. 12].

einschläge, »sofort in ernste Schwierigkeiten mit seiner wirklichen Machtbasis geriete, mit der anti-amerikanischen, militaristischen und jingoistischen Elite Rußlands, die ihn in den Kreml gebracht hat«?<sup>149</sup> In Schwierigkeiten ja, aber nicht in unüberwindliche, denn Putin hat es im ersten Jahr seiner Amtszeit geschafft, Opposition, die den Namen verdient, weitgehend auszuschalten.<sup>150</sup>

Wie verhält es sich aber mit der Wahl der *dritten* Handlungsvariante, der Suche nach einer umfassenden Verhandlungslösung, einem »Grand Bargain«? Wenn eines der zentralen innenpolitischen Anliegen Putins die Modernisierung der russischen Wirtschaft ist und er dafür erhebliche Investitionen aus dem Ausland braucht, wäre dann nicht eine umfassende Lösung mit Washington bis hin zu einer engen Kooperation bei der strategischen und nichtstrategischen Raketenabwehr geboten? Einige Anzeichen sprechen dafür, daß Putin auf lange Sicht einen dafür notwendigen Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik vornehmen will. Innenpolitisch scheint die Zeit dafür aber noch nicht reif zu sein.

## Internationaler Terrorismus

Die Terrorangriffe vom 11. September auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben sich auch auf die russische Diskussion über NMD/BMD und die russisch-amerikanischen Beziehungen ausgewirkt. Noch ist es zu früh, ein begründetes Urteil über die mittel- und langfristigen Konsequenzen zu fällen. Die ersten Reaktionen in Moskau und mögliche Entwicklungsrichtungen können jedoch kurz aufgezeigt werden.<sup>151</sup>

Die Terroranschläge scheinen sowohl die Gegner als auch die Befürworter einer einvernehmlichen Lösung mit Washington bei der Raketenabwehr in ihren Ansichten bestärkt zu haben. Der Tendenz nach haben die Angriffe allerdings das Gewicht der Befürworter in

den politischen Auseinandersetzungen in Rußland gestärkt.

Die *offizielle* Position stellt sich derzeit (noch) als nur unwesentlich verändert dar. Auch nach den Gesprächen zwischen Außenminister Iwanow und Unterstaatssekretär Bolton zum Thema internationaler Terrorismus, Raketenabwehr und russisch-amerikanische Beziehungen am 18. September in Moskau kritisierte Iwanow mit Blick auf die Vereinigten Staaten wieder »vergebliche Anstrengungen, Sicherheit unter Bedingungen der Globalisierung mittels einseitiger Maßnahmen auf Kosten anderer Staaten oder Staatsgruppen zu gewährleisten«.<sup>152</sup> Georgij Mamedow, einer seiner Vertreter und ebenfalls Teilnehmer an den Gesprächen in Moskau, stellte fest, die russisch-amerikanischen Abkommen zu strategischen Waffen, einschließlich des ABM-Vertrags, blieben ein »unabdingbarer Bestandteil der internationalen Ordnung«.<sup>153</sup>

Der amerikanische Delegationsleiter scheint allerdings die *inoffizielle* Haltung der russischen Regierung richtig wie folgt wiedergegeben zu haben. Bei den russischen Teilnehmern, so Bolton, sei eine gewisse Veränderung verglichen mit ihrer bisherigen Haltung in der Frage der Raketenabwehr zu bemerken gewesen; zumindest hätten sie nicht mehr damit gedroht, aus allen Rüstungskontrollvereinbarungen auszusteigen, falls die Vereinigten Staaten den ABM-Vertrag einseitig aufkündigen würden.<sup>154</sup>

Diese Charakterisierung der inoffiziellen russischen Haltung stimmt mit Äußerungen des stellvertretenden Generalstabschefs Generaloberst Jurij Balujewskij, ebenfalls Teilnehmer an den Gesprächen, überein. Auch wenn die Vereinigten Staaten den ABM-Vertrag verlassen würden, meinte er, würde das nicht die Vertrauensbeziehungen zwischen den beiden Staaten ändern; er vertrat sogar die Ansicht, Rußland »wird den Dialog über neue strategische Beziehungen weiterführen«.<sup>155</sup>

Weitere Konsequenzen der Anschläge werden aller Wahrscheinlichkeit nach (1) eine engere Zusammen-

149 Pavel Felgenhauer, We Still Need Arms Control, in: Moscow Times (Internet-Ausgabe), 17.5.2001.

150 Siehe Hannes Adomeit/Roland Götz/Heinz Timmermann (Hg.), Ein Jahr Präsidentschaft Putin, unveröffentl. Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2001 (S 5/01).

151 Eine erste Analyse der möglichen Auswirkungen findet sich bei Olga Alexandrova/Christian Meier/Heinz Timmermann, Kampf gegen den Terrorismus: Rußland einbinden, in: Die Welt nach dem 11. September, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 18.9.2001, www.swp-berlin.org. <http://www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/wnd11sep2.htm>.

152 Bolton Says NMD Still Needed, in: Moscow Times (Internet-Ausgabe), 18.9.2001.

153 Evgenij Antonov, Terrorism PRO ne pomecha (Terrorismus ist kein Hindernis für die Raketenabwehr), in: Vremja novostej, 18.9.2001, S. 6.

154 Ebd. Bolton ist, wie oben erwähnt (S. 23), Bushs Sonderbeauftragter für die Verhandlungen mit Rußland zu Fragen der Raketenabwehr.

155 Evgenij Vasil'ev, PRO bez contra (PRO ohne contra), in: Vremja MN, 18.9.2001, S. 2 (Hervorhebung nicht im Original). Das russische Akronym PRO bedeutet Raketenabwehr (siehe Abkürzungsverzeichnis).

arbeit der Vereinigten Staaten und Rußlands bei der Terroristenbekämpfung, (2) eine Abschwächung der ohnehin vergleichsweise moderaten Kritik der Bush-Regierung am russischen Vorgehen in Tschetschenien und (3) eine Entschärfung der Auseinandersetzungen über NMD und den ABM-Vertrag sein.

Die Terroranschläge werden aber sicher nicht dazu führen, daß BMD von der Agenda der Administration Bush genommen wird. Die Entwicklung eines breiten Spektrums von Schutzmaßnahmen wird vermutlich sogar ein noch wichtigeres Ziel der amerikanischen Regierung werden – sowohl in der Form »passiver« Vorkehrungen gegen Gefahren des Einsatzes atomarer, biologischer und chemischer Mittel als auch »aktiver« (proactive) Maßnahmen, darunter auch gezielte Militärschläge gegen Terroristenlager und Staaten, welche sie dulden oder unterhalten.

Die Akzeptanz dieses Ziels scheint nicht nur in den USA, sondern auch in Rußland gewachsen zu sein. »Bisher gingen alle davon aus, daß der Hinweis auf Schurkenstaaten als Rechtfertigung für die Raketenabwehr lediglich ein Vorwand und nicht das eigentliche Ziel von NMD war«, meinte beispielsweise Alexej Arbatow. »Jetzt scheint mir, daß sich das Programm nicht hauptsächlich gegen China oder Rußland richten wird, sondern [tatsächlich] gegen Schurkenstaaten oder Länder, die den internationalen Terrorismus unterstützten und welche gleichzeitig Programme für [die Entwicklung von] Raketen und Massenvernichtungswaffen haben.«<sup>156</sup>

Umstritten wird wohl aber das Ausmaß militärischer Unterstützung Rußlands für eventuelle amerikanische Militärschläge in Afghanistan oder gegen Staaten im Nahen und Mittleren Osten sein, die im Verdacht stehen, terroristische Gruppen zu beherbergen. Generalstabschef Kwaschnin hat eine Beteiligung Rußlands an amerikanischen Militäraktionen auch in Afghanistan abgelehnt,<sup>157</sup> und der seines Postens als »Chefdiplomat« des Verteidigungsministeriums enthobene General Iwaschow hat sogar »jegliche Solidarität mit der Politik militärischer Gewalt der Vereinigten Staaten« ausgeschlossen, dagegen »aktivere Kontakte mit den islamischen

Staaten« befürwortet, »um eine Eskalation von Terrorismus abzuwenden.«<sup>158</sup>

Schließlich hat sich auch die Diskussion in Rußland darüber verschärft, welchen Weg dieses Land beschreiten soll: den eurasischen »Sonderweg« oder eine eindeutige Orientierung kulturell auf die westliche Zivilisation, politisch auf die demokratische Staatengemeinschaft und militärisch auf einen »operativen Beitritt« zur westlichen Allianz. Die Tendenz in Moskau geht derzeit in letztere Richtung. Als Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit mit der westlichen Staatengemeinschaft werden allerdings immer wieder – insbesondere von den Vereinigten Staaten – ein »multilateraler« Ansatz und eine »gleichberechtigte« Einbeziehung Rußlands gefordert.<sup>159</sup>

<sup>156</sup> Arbatow auf einer Pressekonferenz in Moskau am 18.9.2001, in: <http://www.fednews.ru>. Arbatow ist stellvertretender Vorsitzender des Duma-Verteidigungskomitees (siehe Anm. 111).

<sup>157</sup> Kwaschnin nach Gesprächen mit dem tadschikischen Präsidenten Rachmonow in Duschanbe am 19.9.2001, Associated Press (Moskau/Taschkent), 19.9.2001.

<sup>158</sup> Russian General against Siding with USA in Possible Strikes, Interfax (Moskau), 15.9.2001. Iwaschow wird derzeit lediglich als »Generaloberst im Verteidigungsministerium« bezeichnet: [www.strana.ru](http://www.strana.ru), 19.9.2001. Zu seiner Person und politischen Haltung sowie seiner Ablösung siehe oben, S. 13, 19, 31, 42.

<sup>159</sup> Was die militärische Ebene der Zusammenarbeit betrifft, hat die stellvertretende Vorsitzende der Duma, Irina Hakamada (Union der Rechtskräfte), auf einer geschlossenen Sitzung der Duma eine Einbeziehung Rußlands in den Schutz von Artikel 5 der Nato befürwortet – de facto also eine Mitgliedschaft Rußlands in der Nato. In diesem Zusammenhang wird in russischen Berichten unter Berufung auf die russische Nachrichtenagentur APN behauptet, daß es nach den Terroranschlägen in den »präsidentiellen Strukturen« Diskussionen über eine »Doktrin des »operativen Beitritts« zur Nato« gegeben hat; Andrej Močenov/Sergej Nikulin/Dmitrij Voroncov, Sluchi i oproverženija (Gerüchte und ihre Widerlegung), in: [smi.ru](http://smi.ru), 21.9.2001, <http://smi.ru/2001/09/20/1000995220.html>.

## Fazit

- Die Essenz der russischen *Haltung* zu NMD läßt sich wie folgt zusammenfassen: Das amerikanische NMD-Projekt soll dazu dienen, sowohl die globale politische als auch die militärstrategische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zu erringen und zu sichern. Die Bedrohung, die von sogenannten »Schurken«- oder »Problem«-Staaten ausgeht, die einen Angriff mit interkontinentalen ballistischen Raketen gegen die Vereinigten Staaten führen könnten, wird von Washington übertrieben, kann durch russisch-amerikanische Zusammenarbeit und internationale Kontrollregime politisch gebannt werden, rechtfertigt also nicht militärtechnologische Lösungen in Form eines finanziell aufwendigen strategischen Abwehrsystems. Im Grunde genommen richtet sich NMD auch nicht gegen vage künftige Bedrohungen seitens dritter und drittangiger Staaten, sondern gegen Rußland. Zumindest würden der Aufbau eines derartigen Systems und die dafür notwendige Verletzung des ABM-Vertrags beziehungsweise dessen Aufkündigung seitens der Vereinigten Staaten (1) bedeutende strategische Interessen Rußlands beeinträchtigen, (2) die Gefahren eines neuen Wettrüstens und einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel heraufbeschwören und (3) die bestehende internationale strategische Stabilität unterhöhlen.
- Um »adäquat« auf die so definierte Herausforderung zu reagieren, kommen für Rußland im wesentlichen drei *Entscheidungsmöglichkeiten*, Vorgehensweisen oder Verhandlungsoptionen in Frage: (1) Aufschub jeglicher Festlegung, endlose Konsultationen, Vorspiegeln von Flexibilität, jedoch prinzipielles Festhalten am ABM-Vertrag ohne Wenn und Aber (Hinhaltetaktik); (2) Zustimmung zu Anpassungen des Vertrags, die einerseits NMD-Tests erlauben, andererseits Begrenzungen einer Stationierung festschreiben; je nach der Schärfe der Begrenzungen und ihrer Bewertung durch unterschiedliche Akteure in den Vereinigten Staaten könnte diese Option entweder (a) aus einer bewußt aufgebauten »Verhandlungsfalle« oder (b) aus einem ernst gemeinten Angebot zu einem tragfähigen Kompromiß (Kompromiß- oder Teillösung) bestehen; (3) Eingehen auf weiterreichende amerikanische Vorstellungen über ein neues Regime in nuklearstrategischen und sicherheitspolitischen Fragen (Grand Bargain).
- Die Entscheidung für eine dieser Optionen hängt hauptsächlich von folgenden *Faktoren* ab: (1) der Entwicklung der politischen und militärstrategischen Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten; (2) der Haltung der USA zur Nato und zur Nato-Erweiterung; (3) den Möglichkeiten Moskaus, in Europa Verbündete gegen NMD zu gewinnen; (4) dem Stellenwert Chinas im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und den Auswirkungen eines Ausscherens Rußlands aus der gemeinsamen Ablehnungsfront; (5) dem Stellenwert von Moskau »traditionellen Verbündeten« im Koordinatensystem der russischen Außen- und Sicherheitspolitik; (6) den Angeboten Washingtons zu Rüstungskooperation und finanzieller Kompensation bis hin zum Kauf fertiger russischer Abwehrsysteme oder deren Komponenten; (7) den Kosten eventueller »Gegenmaßnahmen« im Falle einer ausbleibenden einvernehmlichen Lösung mit den Vereinigten Staaten; (8) der innenpolitischen Durchsetzbarkeit und Akzeptanz von Verhandlungslösungen.
- Die *erste* Option ist lange genug von Moskau verfolgt worden. Es ist offensichtlich, daß die Bush-Administration jetzt eine Entscheidung forcieren will und sogar konkrete Termine für eine Lösung setzt. Die russische Seite hat sich auf diese Tatsache eingestellt. Sie ist jetzt dabei, sich zwischen den anderen beiden Optionen zu entscheiden.
- Für die Wahl der *dritten* Option, einer umfassenden Verhandlungslösung mit Washington bis hin zu einer engen Kooperation bei der strategischen und nichtstrategischen Raketenabwehr, sprächen die folgenden Überlegungen: (1) Die russische Wirtschaft muß, wie Putin mehrfach festgestellt hat, dringend reformiert und modernisiert werden; dies erfordert unter anderem erhebliche Investitionen aus dem Ausland und insbesondere amerikanisches Kapital, Technologie und Know-how. (2) In Anbetracht der Tatsache, daß die russischen Streitkräfte sich bisher weder die Produktion des Raketenab-

wehrsystems S-400 noch die Entwicklung des zukünftigen Systems S-500 leisten können, wäre es vorteilhaft, wenn sich amerikanische Firmen an der Finanzierung bei der Entwicklung und Produktion neuer Raketenabwehrsysteme beteiligen würden. (3) Viele der technischen Probleme einer effektiven Raketenabwehr gegen weitreichende Raketen können nur, wenn überhaupt, mit fortgeschrittener Computer- und Datenübertragungstechnik gelöst werden. In diesem Bereich liegen die USA weit vorn, Rußland hingegen hat großen Nachholbedarf.

- Ein militärstrategischer und politischer »Grand Bargain« würde allerdings einen Paradigmenwechsel in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik erfordern. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß Putin auf lange Sicht bereit ist, diesen Weg einzuschlagen. Innenpolitisch scheint die Zeit dafür aber noch nicht reif zu sein.
- Die Wahl der zweiten Option ist infolgedessen am wahrscheinlichsten – nicht allerdings in ihrer negativen Variante des Angebots von Scheinlösungen (»Verhandlungsfalle«), sondern auf der Basis eines glaubwürdigen Bemühens, eine tragfähige Kompromißlösung zu erreichen.
- Eine entsprechende russische Entscheidung scheint von folgenden Überlegungen auszugehen: (1) Die Europäer und Chinesen werden sich vermutlich nicht vor einen wackeligen anti-amerikanischen Karren der Russen spannen lassen. (2) Die Skeptiker und Gegner der Abwehrpläne im Senat werden sich nicht durchsetzen. (3) NMD wird auch ohne überzeugenden Nachweis technologischer Wirksamkeit und Kosteneffizienz aufgestellt. (4) Eine drastische Verschiebung des nuklearstrategischen Gleichgewichts zuungunsten Moskaus kann nur durch eine Anpassung des ABM-Vertrags verhindert werden. (5) Für ein Einlenken bei NMD/ABM könnten die Vereinigten Staaten Gegenleistungen in anderen Bereichen erbringen. (6) Gegenmaßnahmen sind finanziell von der Staatskasse und von der russischen Wirtschaft nicht zu verkraften; sie setzen darüber hinaus auch falsche rüstungspolitische Prioritäten.
- Für die Wahl der zweiten Handlungsoption spräche auch ihre Vereinbarkeit mit der geplanten dritten Runde der Militärreform. Die in ihrem Rahmen geplante umfangreiche Verschrottung von strategischen Raketen und ihren Sprengköpfen und die Auflösung von RWSN-Divisionen würden im militärstrategischen Verhältnis zu den Vereinigten

Staaten nur dann Sinn machen, wenn der START-II-Vertrag in Kraft tritt und schnellstmöglich eine START-III-Vereinbarung getroffen wird – was wiederum nur dann geschehen wird, wenn Rußland zu einer einvernehmlichen Lösung beim NMD/ABM-Problem bereit ist.

- Die Gegenrechnung mit den »Gegenmaßnahmen« führt zum selben Ergebnis. Die meisten oder alle der oben erwähnten Gegenmaßnahmen ergeben im militärstrategischen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wenig Sinn (vor allem dann, wenn die USA nicht mehr als Gegner, sondern als Partner angesehen werden). Die notwendige Umverteilung und Aufstockung von knappen Mitteln im Verteidigungshaushalt würde den Absichten der Militärreform widersprechen. Und sie wäre praktisch nicht finanzierbar.
- Es dürfte im Interesse der Bundesregierung liegen, sich bei der NMD/ABM-Frage zurückzuhalten. Vorteilhaft könnte es allerdings sein, sich in Moskau für eine einvernehmliche Lösung mit Washington einzusetzen. Öffentlich eine kritische Haltung zu den amerikanischen Plänen einzunehmen wäre hingegen nicht empfehlenswert, weil dies sich negativ auf die russische Konzessionsbereitschaft auswirken könnte.



## Abkürzungen

ABM	Anti-Ballistic Missile
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMD	Ballistic Missile Defense
BMDO	Ballistic Missile Defense Organization
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der Europäischen Union)
FSB	Federativnaja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst, eine der Nachfolgeorganisationen des KGB)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (der Europäischen Union)
GKS	Globales Kontrollsystem (für die Kontrolle der Weiterverbreitung von Raketen und Raketentechnologie)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IFOR	Implementation Force
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
JDEC	Joint Data Exchange Center (gemeinsames, russisch-amerikanisches Zentrum für den Austausch von Daten über Raketenstarts)
KFOR	Kosovo Force
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
MD	Missile Defense
NADC	Nato Air Defence Committee
NVO	Nezavisimoe voennoe obozrenie (»Unabhängige Militärrevue«, Militärbeilage zur »Nezavisimaja gazeta«)
PARP	Planning and Review Process (Nato-Prozeduren zur Planung und Überprüfung von PFP)
PPF	Partnerschaft für den Frieden (Nato-Programm der Zusammenarbeit mit dem im Partnerschafts- und Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten)
PRO	Protivoraketnaja oborona (Raketenverteidigung)
PWO	Protivovozdušnaja oborona (Luftverteidigung – bis 1997 eine separate Teilstreitkraft der sowjetischen/russischen Streitkräfte)
RWSN	Raketnye voiska strategičeskogo naznačenija (Strategische Raketentruppen)
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDI	Strategic Defense Initiative
SFOR	Stabilization Force
SLBM	Submarine-launched Ballistic Missile
SSBN	Strategic Submarine for Ballistic Missiles, Nuclear-fuelled (nukleargetriebenes strategisches U-Boot)
START	Strategic Arms Reduction Talks/Treaty
SWOP	Sovet po vnešnej i oboronnoj politike (Rat für Außen- und Verteidigungspolitik)
TBM	Theater Ballistic Missile
TMD	Theater Missile Defense (Regionale Raketenabwehr)